

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, 1,10 Mark pro Quartal, 3,30 Mark pro Semester, 6,60 Mark pro Jahr. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagshefte 15 Pf. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Auslandsendungen sind mit 25% Zuschlag zu belegen. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die leichgedruckte Kolonne über dem Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Artikel und Besprechungs-Artikel 75 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist: jedes Wort 10 Pf. (zweifach 20 Pf. je Zeile), jedes weitere Wort 5 Pf. (zweifach 10 Pf. je Zeile). Die Anzeigen sind bis 10 Uhr nachmittags in der Expedition abzugeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983. **Donnerstag, den 9. Oktober 1913.** Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Ein Appell an die Vernunft.

Paris, 6. Oktober. (Fig. Ber.)

Es ist noch gar nicht lange her, daß der „Temps“ zu den schlimmsten Hehlblättern des europäischen Imperialismus zählte. Man weiß, welchen Anteil sein Redakteur Lardieu an den zweideutigen Gründungsaffären in Syrien und Mesopotamien und an den kapitalistischen Wachsungen im Kongo hatte, die dann zur Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen führten, man kennt seine Rolle als publizistischer Lafai der Marokko-Syndikate und weiß, daß er zuletzt noch während der Balkankrise für den Giftmischer Iswolski die Pillen gedreht hat. Um so bemerkenswerter ist sein heutiger Leitartikel, worin er die Artigkeiten, die die „Kölnische Zeitung“ löblicherweise der französischen Regierung und Nation anlässlich der Fälle des verunglückten Oberst Winterfeldt und des Militärfliegers Steffen gesagt hat, mit nicht nur höflichen, sondern auch vernünftigen Bemerkungen erwidert. Der „Temps“ ist zur Einsicht gekommen, daß es zweier großer „vornehmer“ Nationen unwürdig sei, wegen geringfügiger Zwischenfälle in eine aufgeregte, böshafte, beleidigende und gefährliche Diskussion einzutreten. Man müsse die Gesamtweltentwicklung seit dem Frankfurter Frieden im Auge behalten. Sie gebe Deutschland und Frankreich eine doppelte Sicherheit. Deutschland müsse anerkennen, daß Frankreich, indem es seine Hilfsquellen und seine diplomatische Unabhängigkeit entwickelte, es doch nie angegriffen oder provoziert habe. Frankreich seinerseits müsse zugeben, daß Deutschland trotz seines Verharrens bei der Hegemoniepolitik sich doch allmählich an die neuen, durch die Allianzen, Ententes und Verträge ohne seine Mitwirkung in Europa geschaffenen internationalen Bedingungen angepaßt habe. Mit anderen Worten, Deutschland habe so wenig für die Suprematie, wie Frankreich für das Gleichgewicht es auf einen Krieg ankommen lassen wollen. Sei es nun ein glücklicher Zufall, daß der Konflikt zwischen beiden eine bloß diplomatische Form bewahrt habe? Dann wäre die Aufrechterhaltung des Friedens um so bezeichnender. „Sie würde in der Tat beweisen, daß der Frieden in sich genug Kraft hat, der doppelten PreSSION zu widerstehen, die Frankreich zu einem Revanchekrieg, Deutschland zu einem Krieg zur Bewahrung des Erworbenen hintreibt.“ Unter diesen Bedingungen hindere nichts die beiden Teile, an der Herstellung eines relativen Gleichgewichts zu arbeiten. „Beide Länder haben Opfer zugestanden. Frankreich hat seinen Willen zur Wiedererregung auf das politische, Deutschland seinen Willen zur Erhaltung des Erworbenen auf das territoriale Gebiet beschränkt. Frankreich ist immer noch verstümmelt, aber Deutschland ist nicht mehr Gebieter von Europa. Kurz, wir haben nicht unseren Streit durch Blut und Eisen zum Austrag gebracht, aber mitten im Frieden unsere gegenseitigen Positionen so verändert, daß wir als Gleiche einander gegenüberstehen und folglich, unter Vorbehalt der Zukunft, in der Gegenwart auf der Grundlage der Gleichheit verhandeln können. Dies ist der wahre Grund, warum Frankreich und Deutschland in korrekten Beziehungen zueinander leben können. Da wir nicht den Krieg zur Wiedereroberung unserer verlorenen Provinzen, die Deutschen nicht zur Wiedergewinnung ihrer Uebermacht geführt haben, haben wir nicht das Recht, Deutschland wegen nebensächlicher Konflikte in Aufregung zu bringen. Es wäre kindisch und verbrecherisch, unwichtige Schwierigkeiten, die zum Kleingeld des internationalen Lebens gehören, nicht auf freundschaftliche Weise zu lösen. Die „Kölnische Zeitung“ hat nur von Humanität gesprochen. Wir glauben, daß man auch die Vernunft reden lassen kann. Sind die zwei Schlussforderungen so verschieden?“

Dieser Artikel des „Temps“ ist vor allem eine glänzende Rechtfertigung unserer französischen Parteigenossen, die der „Temps“ selbst und die gesamte nationalstische Skandalpresse immer des Vaterlandsverrats beschuldigt hat, weil sie mutig ausgesprochen haben, was der „Temps“ jetzt selbst bekennt — nämlich, daß die Politik der dritten Republik niemals den Revanchekrieg ins Auge gefaßt hat. Der „Temps“ macht natürlich der Tradition zuliebe den „Vorbehalt für die Zukunft“ — aber wenn die Republik 40 Jahre lang den Krieg um der Revanche willen abgelehnt hat, wie sollte sie ihn nach der vom „Temps“ konstatierten Genehmigung Frankreichs auf dem Gebiet der internationalen Politik rechtfertigen? Der „Temps“ gesteht, indirekt auch, daß die Kritik unserer französischen Genossen, die dem anmaßenden Militarismus ihres Landes innere Unwahrheit vorwerfen, durchaus richtig war. Zudem er aber auch zugibt, daß es gar nicht in den Absichten Deutschlands lag, einen Krieg mit Frankreich herbeizuführen, deckt er nicht damit auch die ganze Lügenhaftigkeit der Kampagne auf, womit in Frankreich die dreijährige Dienstzeit durchgesetzt wurde, die Unredlichkeit des Arguments vom „Jahren Ueberfall“, das man gegen die französischen Sozialisten auspielte, um sie der freventlichen Preisgabe des vaterländischen Bodens anzuklagen? Aber der reuige Sünder sei mit Freude empfangen! Wie sollte es die internationale Sozialdemokratie nicht voll

Genehmigung bestätigt hören, daß die Menschlichkeit wie die Vernunft heißen, nebensächliche Schwierigkeiten auf internationalem Gebiet freundschaftlich auszutragen? Sie kann darum großmütig verzichten, nachzuforschen, warum just der „Temps“ gleich seinen deutschen Kollegen sehr nebensächliche Affären auf die gewissenloseste Weise aufgebauscht hat, so zum Beispiel zuletzt noch den Bank im Stutari. Es sei auch nicht nachgefragt, welche Motive es sind, die das Organ des französischen Finanzkapitals jetzt so merkwürdig zur internationalen Verständigung und Verständigkeit abschwenken lassen. Sind es Verschiebungen auf dem diplomatischen Feld, sind es Hoffnungen auf die französisch-deutsche Profitkompanie in Vorderasien und anderswo? Oder der wachsende Berger der industriellen und Kaufmannswelt über die zollpolitischen Quengelen? Gleichviel, die Hauptfrage ist, daß die größte Zeitung der Bourgeoisie selbst erklärt, daß die ewige Heße zwischen Frankreich und Deutschland unvernünftig, verbrecherisch und verlogen ist, weil sie in den Existenzbedingungen und Interessen beider Nationen keinen Grund hatten.

Es gibt eine Reihe von Anzeichen, daß die Bedingungen für ein friedlicheres, freundschaftlicheres Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland jetzt, nach der großen militäristischen Schröpfung auf beiden Seiten und unter der Wirkung des nach der chauvinistischen Orgie eingetretenen Regenjammers besser sind als seit langem und bei Vermeidung allzu tappigen Vereinsfahrens zu erfreulichen Gestaltungen hinführen können. Dazu ist aber auch in erster Reihe notwendig, daß der alldeutschen Heppresse, die nicht Ruhe geben will, das Handwerk gelegt werde. Auch die deutsche liberale Presse, die ja so gern die deutsch-französische Verständigung begünstigt, hat da eine schöne Aufgabe. In ihrer Mächtig steht es, mitzuwirken, daß die Kampagne gegen die Fremdenlegion nicht unter dem Deckmantel der Humanität und des nationalen Mitgeföhls zum widerlichen Erge eines läugerischen Lingeltangel-Chauvinismus entarte. Der „Temps“ hat gesprochen. Werden sich seine deutschen Kollegen auch davon loslagern, aus Nebenächlichkeiten durch kindische und verbrecherische Uebertreibungen gefährliche Verstimmungen zu erzeugen?

## Der Kölner Erzbischof gegen die Kölner Richtung.

Der neue Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, hat in Essen vor mehreren tausend Männern eine bedeutende Rede gehalten. Der Kirchenfürst wurde begrüßt von dem Geh. Justizrat Baermann, der die Gelegenheit benützte, eine Rechtfertigungsrede für die Kölner Richtung zu halten. Das erschien dem rheinischen Zentrumsmann wohl um so notwendiger, als der neue Kölner Erzbischof als Gegner der Kölner Richtung gilt. Etwas sehr plump sprach der Redner den Erzbischof an („Köln. Volkszeitung“, Nr. 806):

„Ist denn wirklich die Kölner Richtung so abjektiv? Nun, was verstehen wir denn unter dieser Richtung? Nach unserer Auffassung ist es die Richtung, die sich freizestreckt hat und noch bestrebt, eins zu sein mit ihrem Erzbischof.“

Mit der Kölner Richtung werden regelmäßig in einem Atem die christlichen Gewerkschaften genannt. Wenn ich darüber ein Wort sage, so fürchten Sie nicht, daß ich den Frieden von Reich brechen werde. Die Freunde der christlichen Gewerkschaften halten sie für bringend erforderlich, weil sie als nationale und christliche Arbeitervertretungen machtvoll und maßvoll zugleich sind und einen festen Kern gegen die rote Flut bilden. Die christlichen Gewerkschaftler selbst denken auch gar nicht daran, gegen die Weisungen des Heiligen Vaters und unserer Bischöfe zu verstoßen. Aber auswärtige Kritiker können wir nicht anerkennen. Der Heilige Vater hat uns in der Gewerkschafts-Engelika an die hochwürdigsten Bischöfe verwiesen, und dort sieht unser alleiniger Richter, dem wir volles Vertrauen entgegenbringen. Doch eine Bitte möchte ich an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften richten, die ich mir nicht zu verübeln bitte: Treten Sie alle, wie das schon in großem Maße geschehen ist, den katholischen Arbeitervereinen bei, dann muß auch der letzte Verdacht gegen Ihre Organisation schwinden.“

Der so angezapfte Kirchenfürst antwortete mit folgenden bemerkenswerten Worten:

„Es ist oberhirtliche Sorge, meine lieben teuren Männer von Essen, die mich drängt, das zu sagen, was ich jetzt aussprechen noch eine Gefahr ist es, vor der ich Euch warnen möchte, und das ist der Dünkel, die Einbildung, die sich der Gefahr aussetzt eines glaubensgefährlichen Umganges, die sich der Gefahr der gefährlichen Retiküre aussetzt. Sogar doch niemand von uns, niemand, das kann mir nichts schaden, ich kann mit jedem umgehen, das tut mir nichts und meinem Glauben bringt das keine Gefahr, ich kann alles lesen, das schadet mir nichts. O! Täuscht Euch nicht! Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um. Das prägt Euch ein.“

Die Warnung vor dem glaubensgefährlichen Umgang, was anderes kann sie sein, als die Warnung vor dem Interkonfessionalismus der christlichen Gewerkschaften? Und weiter mahnt der Erzbischof:

„Wir wollen heute aufs neue bekennen, daß wir dem Heiligen Vater in treuer Liebe ergeben sind. Wir wollen ihm sagen, daß wir alles und jedes fest und unerschütterlich für wahr halten, was die unfehlbare Lehrerin aller Völker, die katholische Kirche, verkündet. Wir wollen gewissenhaft und treu

alles beobachten, was diese Führerin uns zu tun befiehlt, und wir wollen uns auf dem Wege des Heiles leiten lassen von unserer heiligen Kirche, die uns nicht auf falsche Wege führt. Wir wollen treue Mitglieder der Herde Christi sein. Der Statthalter Christi ist es, der uns stets und immer auf den rechten Weg führt. Folgen wir ihm, dann gehen wir nicht in die Irre. Dann werden wir wirken zu unserem eigenen Heile und zum Wohle der ganzen menschlichen Gesellschaft.“

Trotz des Gleißens des vorgeannten Essener Zentrumsführers aus der Kölner Richtung fällt also kein Wort für die christlichen Gewerkschaften. Nur Mahnungen und Warnungen, die lediglich gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet sein können. Damit hat sich der Erzbischof von Köln offen an die Seite der „Querstreifer“ gestellt. Was wir immer gesagt haben, ist damit bestätigt. Der Papst in seinem unbedingten Entschluß, die interkonfessionellen Gewerkschaften zurückzudrängen, hat ihnen einen Kirchenfürsten als Gegner an ihren Kölner Sitz gestellt.

## Um das Mandat Schuhmeiers.

Wien, 8. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute fand die Reichstagserversammlung für den verstorbenen Abgeordneten Schuhmeier statt. Schuhmeier ist vor zwei Jahren in der Stadtwahl gegen den Christlichsozialen mit einer Mehrheit von 800 Stimmen gewählt worden. Heute kam es in diesem Bezirk zur Hauptwahl. Der Sozialdemokrat Eldersch erhielt 5934 Stimmen, der Christlichsoziale Dr. Matzka 7761, der Liberale Blase 2543, der deutsch-nationale und der tschechisch-nationale Kandidat zusammen 800 Stimmen. Vor zwei Jahren haben die Liberalen in diesem Bezirk keinerlei Agitation entfaltet und nur einen Fälschkandidaten aufgestellt, auf den 500 Stimmen entfielen. Das Verhältnis zwischen den Christlichsozialen und ihren Gegnern hat sich seit jener Wahl nicht geändert. Die Christlichsozialen, die laut hinausföhren, sie müßten die Niederlage von 1911 jetzt gutmachen, haben dies Ziel nicht erreicht. Sie haben in den zwei Jahren in der Bevölkerung an Boden nicht gewonnen. Die Stadtwahl wird am 14. Oktober stattfinden, und es ist zu erwarten, daß der Sozialdemokrat sicher gewählt werden wird.

## Der Kampf in Dublin.

London, 7. Oktober. (Fig. Ber.) Die Bemühungen der englischen Kommissare haben den störischen Sinn der Dubliner Arbeitgeber nicht zu brechen vermocht. Sie weigern sich nach wie vor, auf irgendeinen Einigungsversuch einzugehen, der nicht als Grundlage die Vernichtung der Macht und des Einflusses der Transportarbeiter-Gewerkschaft hat. Nach ihrer Ansicht hat der Vorschlag der Kommissare, ein Einigungsamt in Dublin zu errichten, mit dem Problem, das zu lösen ist, nichts zu tun. „Den Unternehmern kommt es weit mehr darauf an“, erklärte der Abolot der Arbeitgeber, „den bestehenden Schwierigkeiten ein Ende zu bereiten, als Probleme in bezug auf künftige wirtschaftliche Umruhen zu erwägen.“ Wenn nun den Zeitungen der Kapitalisten Glauben schenken will, so verlangen die Arbeitgeber vor allen Dingen Wirksamkeit für das „gute Betragen“ der irischen Gewerkschaft in der Zukunft, und zwar soll die Transportarbeiter-Überration mit ihren Geldern für den irischen Transportarbeiterverband Nation stellen. Wer für die Dubliner Arbeitgeber bürgen soll, wird nicht angegeben.

Der Bericht, den die Untersuchungskommission gestern den Vertretern der beiden Parteien in öffentlicher Sitzung unterbreitete, atmet den Geist der Mäßigung und der Versöhnlichkeit. Es heißt dort, daß die Ereignisse, die sich in den verschiedenen Industrien zugetragen haben, darauf hinweisen, daß Beschwerden von beträchtlicher Wichtigkeit vorliegen. Um diese abzustellen, habe der Transportarbeiterverband unter anderen Mitteln auch den Sympathiestreik angewendet. Der Kommissionsbericht gibt folgende Definition vom Sympathiestreik: „Der Sympathiestreik kann beschrieben werden als eine Weigerung von Leuten, die selbst keine Klagen über ihre eigenen Arbeitsverhältnisse haben mögen, in der Arbeit fortzuführen, weil sie im gewöhnlichen Verlauf ihrer Arbeit mit Worten in Verührung kommen, die in irgend einer Weise mit Firmen in Verbindung stehen, deren Angelegenheiten gesperrt sind oder streiken.“ Diesen Sympathiestreik bewirkt der Kommissionsbericht. Es heißt darüber: „Kein Gemeinwesen könnte bestehen, wenn der Sympathiestreik zur allgemeinen Taktik der Gewerkschaften werden würde, da infolge der Abhängigkeit der verschiedenen Industriezweige von einander Streitigkeiten, die selbst nur ein Individuum betreffen, sich unbeschränkt ausdehnen würden.“

War der Sympathiestreik in Dublin gerechtfertigt? Die Kommission beantwortet diese Frage also: „Wir haben die vorgebrachte Behauptung, daß die in Dublin herrschenden Arbeitsverhältnisse seitens der Arbeiterschaft das drastische Vorgehen, zu dem man in den letzten paar Jahren keine Zuflucht genommen zu haben scheint, notwendig machten, sorgfältig erwogen. Ohne demjenigen einen ungebührlichen Tadel auszusprechen zu wollen, die der Ansicht waren, daß diese Verhältnisse die Zuflucht zu den Methoden, die sie zur Remedur anwendeten, nötig machten, sind wir doch der Meinung, daß die Zeit jetzt da ist, in der eine Fortsetzung derselben Methoden für alle Beteiligten verhängnisvolle Folgen haben wird. Tausende von Arbeitern haben sich jetzt dem Transportarbeiterverband angeschlossen, und die Arbeiterschaft in



viele der Industriellen der Stadt hat in den letzten paar Jahren die Entschlossenheit an den Tag gelegt, sich unter ihren eigenen Beamten zu organisieren.

Der letzte Tag ist ein deutlicher Wind für die Arbeitgeber, das eine neue Zeit angebrochen ist und daß sich das Pascharegime überlebt hat. Ueber das Vorgehen der Unternehmer, die ihre Arbeiter gezwungen haben, ihren Austritt aus der Gewerkschaft zu unterzeichnen, urteilt die Kommission wie folgt: „Was auch die Absichten der Unternehmer gewesen sein mögen, dieses Dokument erlegt dem Unterzeichnenden Bedingungen auf, die mit der Freiheit des Individuums in Widerspruch stehen und deren Annahme man vernünftigerweise von keinem Arbeiter und von keiner Körperschaft von Arbeitern verlangen kann.“

Um aus der Sackgasse zu kommen, schlägt der Kommissionsbericht die Einsetzung eines Einigungsamtes vor. Die verschiedenen Industrien sollen gruppiert werden, und für jede Gruppe wäre ein Komitee zu bilden, das sich mit Streitfragen über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse zu befassen hätte, ehe ein Streit oder eine Aussperrung erklärt werden könnte. Die Mitglieder dieser Komitees müssen von beiden Parteien gewählt werden. Jede der Parteien soll auch Sekretäre wählen, die an den Diskussionen teilnehmen könnten, aber nicht stimmberechtigt wären.

Eine nicht unwichtige Rolle spielt auch der persönliche Faktor in dem Dubliner Kampf. Der Generalsekretär der Transportarbeiter ist den Arbeitgebern ein Greuel, hauptsächlich wohl weil er so wenig von der Demütigkeit zur Schau trägt, zu der sie ihre Arbeitssklaven erzogen haben. Die Kommission äußert sich wie folgt zu dieser Seite des Problems: „Im gewöhnlichen geschäftlichen wie privaten Umgang haben die Menschen ein Recht, es abzulehnen, mit Leuten umzugehen, mit denen sie aus irgend einem Grunde nicht zusammenzutreffen mögen; aber in einem Gemeinwesen wie der Stadt Dublin, das seine unabhängigen Interessen hat, ist dieses Recht notwendigerweise großen Einschränkungen unterworfen.“ Von beiden Parteien war während der Untersuchung über Vertragsbruch geklagt worden. Der Kommissionsbericht schlägt vor, den Vertragsbruch dadurch zu bestrafen, daß man den schuldigen Teil fesselt.

Wie schon telegraphisch gemeldet, zweigerten sich die Arbeitgeber, den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Die Arbeitervertreter hingegen erklärten sich bereit, auf Grundlage des Vorschlages mit den Vertretern der Arbeitgeber zu verhandeln. Wie bei der Untersuchung, so haben die Arbeiter auch diesmal geschickter operiert als die Arbeitgeber, die jetzt vor aller Welt dastehen als das, was sie sind: eigenständige Despoten, die nicht verstehen wollen, daß sich die Welt bewegt und daß ihre Position unhaltbar ist.

## Politische Uebersicht.

### Dynastische Kämpfe und Vergleiche.

In dem Kampfe, der in den sogenannten allerhöchsten Kreisen während der letzten Wochen um die Frage geführt worden ist, ob der Prinz Ernst August von Cumberland vor seiner Besteigung des braunschweigischen Herzogsthrones auf Hannover Verzicht leisten muß, scheint die Partei des Prinzen, zu der die einflussreichsten Damen des Kaiserhofes zählen sollen, den Sieg errungen zu haben, denn das Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht folgende offizielle Erklärung.

Die von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche, die unter Berufung auf den Fahneneid abgegebenen Erklärungen in dem Briefe Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, an den Reichskanzler zu widerrufen, stehen, wie uns aus Mündeln von zureichender Seite mitgeteilt wird, in hartem Gegensatz zu der Auffassung des Prinzen selbst. Der Prinz ist der Meinung, daß seine in diesem Briefe enthaltenen Äußerungen über das in dem Fahneneid liegende Versprechen so klar und bestimmt seien, daß niemand das Recht habe, an seinen Worten zu denken und zu rätseln. Es sei für ihn unverständlich, wie jemand daran zweifeln könne, daß dieses Versprechen auch in Weltung bleibe, sobald er deutscher Bundesfürst geworden sei, da es eine Verpflichtung enthalte, die sich für einen deutschen Bundesfürsten von selbst ergebe, und daß er sich daher an sein Versprechen für immer gebunden fühle. Die Mitteilungen der „Frankfurter Nachrichten“ über die Verhandlungen vor der Hochzeit sind, wie wir aus Mündeln und aus Berlin erfahren, unrichtig. Die Versprechungen des Reichskanzlers in Gomburg mit Seiner Königlichen Hoheit dem Herzog von Cumberland und dem Prinzen erzielten ganz klar das Ergebnis, das in dem Briefe des Prinzen an den Kanzler niedergelegt ist. Die Schilderung eines Austrittes mit dem Prinzen August Wilhelm gehört in das Reich der Fabel.

Die Erklärung ist recht schön, wird aber in dem Teil, der sich gegen die Mitteilungen der „Frankf. Nachrichten“ wendet, schwerlich viel Glauben finden, denn es läßt sich nicht wegleugnen, daß zeitweilig zwischen dem Berliner Hof und Mündeln recht gespannte Beziehungen bestanden haben.

Dagegen ist nach dieser Erklärung nicht mehr daran zu zweifeln, daß Wilhelm II., der Reichskanzler und die preussische Regierung es aufgegeben haben, eine Verzichtleistung auf Hannover von dem Prinzen Ernst August zu fordern, Preußen wird also im Bundesrat die bisherigen Versicherungen des Prinzen für genügend erklären, und das sicherlich die meisten kleinen Bundesstaaten sich ihm anschließen werden, werden die Braunschweiger bald ihren „angestammten Herrscher“ erhalten. Gar mancher ehrliche braunschweigische Patriot rechnet schon auf den schönen Titel „Hoflieferant“.

### Der Kampf um Kadens Nachfolge.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Im Reichstagswahlkreis Dresden-Neustadt ist der Wahlkampf im vollen Gange. Kann man auch nicht sagen, daß die Wahlkampfzeit mit besonderer Heftigkeit entbrannt sei, so herrscht doch auf allen beteiligten Seiten eine große Nüchternheit. Die konservativen reisen mit ihrem Kandidaten Dr. Hartmann besonders in den ländlichen Distrikten des Kreises herum, laden aber dort, wo eine sozialdemokratische Opposition möglich sein könnte, nur längere Zeit zu ihren Versammlungen ein. So glauben sie sich vor unbequemer Gegenrede gesichert. Die Vorsicht wäre unnötig gewesen, denn unsere Genossen haben noch keinerlei Neigung gezeigt, die gähnende Lücke der großen Wählerversammlungen der konservativen irgendwie zu beeinträchtigen und sie in ihren Privatunterhaltungen zu stören.

Die Fortschrittler haben für ihren Kandidaten Rechtsanwalt Dr. Klöppel einen ganzen Stab Parlamentarier mobil gemacht. Neben Kaumann sind auch waren Wiemer, Köplich, Gothein, Botthoff und andere rednerisch tätig. Ueber Platzmangel hatten aber auch sie in ihren Versammlungen nicht zu klagen, obwohl auch die Nationalliberalen alles aufboten, daß Klöppel wenigstens in die Stichwahl kommt. An Optimismus fehlt es, wie

man sieht, den Herrschaften nicht. Damit allein wird aber nichts zu machen sein.

Natürlich fehlt es auch an Flugblättern nicht. Für die Konservativen arbeitet überdies die große Anzahl der Amtsblätter in dem ausgedehnten Kreise, der sich von Dresden aus in breitem Streifen über Radeburg und Königsbrunn bis zur preussischen Grenze erstreckt und außer vier Städten noch 104 ländliche Ortschaften umfaßt.

Daß unsere Genossen eifrig tätig sind, bedarf keiner besonderen Versicherung. Unser Kandidat, Arbeitersekretär Budz, hält jeden Tag, an Sonntagen sogar mehrere Versammlungen ab. Dabei sind wir in Dörfern eingedrungen, wo noch keine sozialdemokratischen Versammlungen stattgefunden haben. Wirksam unterstützt wird er von einigen anderen rednerisch tätigen Genossen und in den letzten Tagen sind und werden auch die Reichstagsabgeordnete Ledebour, Roske, Mühl und Schulz zur Belebung des Wahlkampfes beitragen. Im Gegensatz zu den gegnerischen Veranstaltungen waren unsere Versammlungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, immer gut besucht.

Bis 1890 war der Kreis Dresden-Neustadt in konservativen Händen, dann ging er an die Antisemiten über. 1899 wurde er von Kadens erobert und seitdem ist er ständig in sozialdemokratischem Besitz geblieben. Die Nüchternheit unserer Genossen und der Ausbau unserer Organisation im Kreise läßt uns hoffen, daß es uns am 10. Oktober, wo die Entscheidung bei der Nachwahl fällt, gelingen wird, den Kreis mit großer Mehrheit zu halten.

### Landtagswahlwahl in Eberfeld-Varmen.

In der Landtagswahlwahl für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Hingmann (natl.) im Wahlbezirk 2 Düsseldorf (Eberfeld, Varmen) wurde der nationalliberale Kandidat Baumeister mit 408 Stimmen gewählt. Der Kandidat der vereinigten Rechten die Rechte erhielt 322 Stimmen.

### Reichstagswahlwahl in Achem-Wahl-Kreis.

Bei der am Dienstag erfolgten Reichstagswahlwahl für den 8. badischen Reichstagswahlkreis erhielt Reuhaus (Z.) 12 268, Unter liberaler Blockkandidat 3873 und Müller (Soz.) 4569 Stimmen. Reuhaus ist somit gewählt.

Bei der Wahl im Januar 1912 erhielten Dr. Reuder (Z.) 15 896, der Nationalliberale 4200 und der Sozialdemokrat 5217 Stimmen. Die Nationalliberalen verloren 327, die Sozialdemokratie 648 und das Zentrum 2580 Stimmen. Der Verlust des Zentrums ist also prozentual am erheblichsten. Es zeugt von großer Bescheidenheit, wenn trotzdem die „Germania“ von dem „glänzenden Siege des Zentrumskandidaten“ spricht!

### Die Nationalliberalen und der Arbeitswilligenschutz.

Die „Admische Zeitung“ ist hochbestrebt, von der Wiesbadener Tagung der nationalliberalen Parlamentarier, so hochbestrebt, daß sie ein paar ganz kräftige Hiebe nach der „Wormser Echo“ führt, da die Nationalliberalen nicht agrarisch genug waren. Zufrieden ist die „Admische Zeitung“ auch mit der Haltung der Wiesbadener Konferenz zur Arbeitswilligenschutz; sie schreibt:

„In gewissem Sinne ist auch eine erfreuliche Klarheit in dem, was über den wirksamen und andauernden Arbeitswilligenschutz gesagt ist, wenn es sich auch noch nicht um bindende Richtlinien handelt, sondern nur um die Ankündigung einer Stellungnahme nach der Beratung in einer lebendigen Kommission. Die Zusammenkunft dieser vorbereitenden Stelle ist nach Wassermanns Worten in der Weise geschehen, daß durch sie die verschiedenen Standpunkte Berücksichtigung finden, die man bei der Verteilung der Frage einnehmen muß, um ihr noch allen Seiten hin die richtige Würdigung zuteil werden zu lassen. Die Klarheit besteht nämlich darin, daß man nun überhaupt eine selbständige Stellung der Partei zu erwarten hat. Das entspricht ja gerade den von Wassermann angegebenen Grundfragen nationalliberaler Politik, daß wichtige Fragen nicht umgangen werden dürfen, daß man auch nicht warten soll, bis etwa die Regierung in dieser oder jener Form etwas tut und man sich dann erst zu einem Ja oder Nein bekennt.“

Wie wichtig diese Frage für unser ganzes Wirtschaftsleben ist und wie sehr sie auch politische Folgen auszulösen vermag, davon weiß man besonders im Industriebezirk ein Lied zu singen.“

Der Schlußsatz deutet an, daß es der „Adm. Zeitung“ doch nicht allein darum zu tun ist, daß die Nationalliberalen überhaupt zur Frage des Streikbrechergesetzes Stellung nehmen, diese Stellungnahme soll auch der rheinischen Großindustrie behagen. Die eingesezte Kommission wird der „Adm. Zeitung“ launig Anlaß geben, nachträglich von ihrer Zurückhaltung zurückzukommen, haben doch sehr unzufriedene nationalliberale Organe wiederholt ein kleines Zuchtstängelgesetz zum Schutze der Streikbrecher gefordert.

### Bauunternehmer gegen Arbeitslose.

Wie viele andere Städte, so befaßt sich auch die Stadt München gegenwärtig lebhaft mit der Arbeitslosenversicherung. Man glaubt die Frage durch ein gemeinschaftliches Vorgehen der bayerischen Städte lösen zu können. Jedoch dürfte noch geraume Zeit vergehen, ehe dieses Problem verwirklicht wird, zumal es an widerstrebenden Kräften nicht fehlt. Zu diesen gehört auch der Allgemeine Gewerbeverein in München, eine Vereinigung von Münchener Arbeitgebern. Dieser Verein ist entschiedener Gegner der Arbeitslosenversicherung; er hat an den Magistrat eine Eingabe gemacht, im Interesse der Gewerbetreibenden von der Einführung dieser Versicherung abzugehen, denn ihnen könne eine weitere finanzielle Belastung nicht mehr zugemutet werden. Nicht genug damit: In einer Versammlung des Vereins, die zu der Angelegenheit Stellung nahm, sprach man von Arbeitslosen als von Arbeitsheulen.

In dem Allgemeinen Gewerbeverein ist es vornehmlich der Arbeitgeberverband für das Münchener Gewerbe, der gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung wütet. Er, der Vertreter der Berufs, die jetzt geradezu schrecklich unter der Arbeitslosigkeit leiden, bemüht sich sogar um den Nachweis, daß eine Arbeitslosigkeit gar nicht bestehe! Die bürgerliche Presse sekundiert ihm natürlich hierbei fleißig.

### Die Arbeitslosenfrage und die württembergische Regierung.

Auch Württemberg wird von der Krise schwer heimgesucht. Die Stuttgarter Ortskrankenkassen zählten anfangs 1913 über 4000 männliche Versicherte weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Beim städtischen Arbeitsamt Stuttgart stieg im August d. J. die Zahl der Arbeitslosen auf 11 008 (im gleichen Monat des Vorjahres 11 883), während gleichzeitig die Zahl der Stellenangebote von 11 008 auf 8623 zurückging. Die Stadt Stuttgart hat auf das Drängen der sozialdemokratischen Ratfraktion hin beschlossen, alle irgendwie geeigneten und vorbereiteten Arbeiten unentgeltlich in Angriff zu nehmen. Die Gesamtausgabe für diese Arbeiten wird auf 8 Millionen Mark geschätzt. Auch sollen Umfragen in den Volksschulen veranstaltet werden, um den Kindern der Arbeitslosen ein warmes Mittagbrot zuzuwenden. Ein Schulgesundheitsrat erhalten bereits alle bedürftigen Kinder. Andere Gemeinden suchen gleichfalls der Not entgegenzuwirken.

Nur der Staat, dem weit stärkere Mittel zur Linderung des Elends zu Gebote stehen, rührt sich nicht. Nun wird noch mitgeteilt, daß die Herbsttagung des Landtages ausfallen, die Stände erst im kommenden Jahre zusammenberufen werden sollen, weil — so lautet die offiziöse Begründung — die Kommissionen ihre Vorarbeiten noch nicht weit genug gefördert haben. Damit entgeht auch die Regierung dem unangenehmen Drängen der Arbeitervertreter. Ob die Sozialdemokratie diesem Ausweichen gebuldig zuschauen wird, dürfte allerdings fraglich sein.

### Der Landtagewahlkampf in Stuttgart-Oberamt

hat eine eigenartige Wendung genommen. Wie berichtet, findet die Landtagewahl für den nach Hamburg verjagten Genossen Hildebrand am 25. Oktober statt. In der Hauptwahl am 16. November 1912 erhielt Genosse Hildebrand 6830 Stimmen, sein nationalliberaler Gegenkandidat Major a. D. Schuster, der von den Fortschrittlichen unterstützt wurde, 2537 Stimmen. Die bauerndemokratische Wahlkandidatur v. Krout brachte es auf 178 Stimmen. Die Wählerchaft setzt sich zu 90 Prozent aus Kleinbauern, Arbeitern und Zwergbauern, die wohnen in Bauhandwerk in Stuttgart und anderen Orten beschäftigt sind, zusammen. Daß für diese hart arbeitenden Bevölkerungsschichten ein Major a. D. der ungeeignetste Kandidat war, liegt auf der Hand. Das hinderte die Nationalliberalen aber nicht, auch zur Nachwahl diesen Kandidaten wieder aufzustellen. Die Fortschrittler verzweigten jedoch die Gefolgschaft. Sie verlangten kategorisch einen anderen „Sammelkandidaten“. Die braven Nationalliberalen gehörten pünktlich. Der Herr Major schrieb einen schönen Schreibbrief, hinterließ sich seiner Kandidatur ungeachtete Schwierigkeiten entgegenzustellen, verzichtete er trotz des Drängens seiner Freunde usw.

Die sieben Parteifreunde, die den Herrn Major so sehr gedrängt haben sollen, die Kandidatur zu befehlen, hatten jedoch vorstichtshalber gleich einen Reserverkandidaten in petto, einen Pfarrer namens Lamparter, der denn auch das Opfer bringen will, statt des Herrn Major durchzuhalten. Die Spekulation auf den religiösen Sinn der schwäbischen Bevölkerung dürfte gründlich fehlschlagen. Denn ihm ist eine gute Portion Abneigung gegen das offizielle Kirchentum beigegeben. Dem vielbespotteten Seltenweien Würtembergers ist ein eigenartiger kommunistischer Zug eigen. Und so berühren sich hier vielfach die Extreme, die zueinander dem Kommunismus zustrebende Sozialdemokratie und die religiöse Schwärmerei der dem Kirchentum scharf ablehnend gegenüberstehenden „Gemeinschaften“. Ein Pfarrer, dazu noch ein nationalliberaler, hat ebensoviele zu hoffen, als der Herr Major. Aber der Wahlkampf dürfte ein eigenartiges Gepräge erhalten.

### Die Balkanfragen.

#### Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

Athen, 8. Oktober. (Meldung der „Agence d'Athènes“.) Von heute an wird der Ministerrat mehrere Sitzungen der genauen Prüfung des türkischen Gegenentwurfs widmen und sodann die ottomanischen Bevollmächtigten die gefassten endgültigen Beschlüsse wissen lassen, die als Grundlage für die Verhandlungen dienen sollen. Die Prüfung ist nötig, da der ottomanische Gegenentwurf in mehreren Punkten, die man für geregelt hielt, einschneidende Änderungen bringt, die sich sogar auf die Balustrade erstrecken, ja, wie die Blätter melden, an die Souveränitätsrechte Griechenlands rühren. Der ehemalige Gesandte in Konstantinopel, Gyparis, wird wahrscheinlich an den Verhandlungen teilnehmen, die sich langwierig gestalten werden, da die Vollmachten der ottomanischen Delegierten begrenzt sind.

#### Vom albanischen Kriegsjahresplan.

Sofia, 8. Oktober. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Die serbischen Truppen haben alle bulgarischen Dörfer in den Bezirken Kitchewo, Dibra und Dwidra zerstört. Die friedfertige Bevölkerung dieser Ortschaften wurde ohne Erbarmen niedergemetzelt. In den meisten zerstörten Dörfern gab es weder Auffständische, noch war irgendeine Bewegung gegen die Behörden vorhanden.

### Oesterreich.

#### Demobilisierung oder nicht?

Das empfindbare Spiel, das man mit den zu den Waffen und zum Paradezug an die Grenzen gerufenen Ersatzreservisten treibt, wird frohlich fortgesetzt. Nach einer neuen Verfügung werden zwar die Ersatzreservisten der 1910-Jahrgänge 1910 und 1911, aber nicht die 1912 Eingestellten jetzt in den nichtaktiven Stand zurückversetzt. Die 1912 eingestellten Ersatzreservisten dienen bereits zwölf Monate statt zehn Wochen und noch ist kein Ende abzusehen. Und die anderen kommen aus der „Aktivität“ des Gergzierdrills zurück in die Passivität einer völligen Wirtschaftsveroute. Und da fordert man eine Milliarde für neue Rüstungen und ländigt außerdem die Umbewaffnung der Artillerie — die zweite in sechs Jahren — an. . . .

#### Die Eröffnung des ungarischen Parlaments.

Budapest, 8. Oktober. Bei der heutigen Wiedereröffnung des Abgeordnetenhauses legte Graf Andrássy dar, welche Gründe die Opposition verhindern, an den Beratungen des Parlaments teilzunehmen. Er hob insbesondere hervor, daß die Parlamentswache für die Ausweisung der Abgeordneten ausgedehnte Befugnisse besitze, die der versammlungsmäßig garantierten Unverletzlichkeit der Abgeordneten widersprächen. Nach Schluß seiner Rede erhob sich Graf Andrássy und verließ mit seiner Partei den Beratungssaal, von bürgerlichen Juristen seitens der Regierungspartei begleitet. Ministerpräsident Graf Tisza polemisierte gegen die Ausführungen des Grafen Andrássy. Die Grundlosigkeit der Klage des Grafen Andrássy über eine Versammlungsbesetzung und Willkürherrschaft werde am besten dadurch bewiesen, daß die Stimmung des Landes ausgezeichnet und durchaus ruhig sei.

### Frankreich.

#### Gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 8. Oktober. Wie aus Carmaux gemeldet wird, veranstalteten die sozialistischen Rekruten, die zu ihren Regimenten einrücken sollten, nach einer von Jaurès gehaltenen Ansprache eine lärmende Straßenumgebung gegen das Dreijährigesgesetz.

### Spanien.

#### Der Besuch des französischen Präsidenten.

Herr Poincaré ist in Madrid zu Gast, um für das wachsende Einvernehmen zwischen Spanien und Frankreich zu demonstrieren. In den Trinksprüchen, die bei dem Galadiner zwischen dem König Alfons und dem Präsidenten gewechselt wurden, war daher viel von der Einmütigkeit der Interessen und der fruchtbarsten Zusammenarbeit (bei der Unterwerfung Marokkos), von der „immer herzlicher werdenden Entente“ und der „Zukunft der Intimität“ die Rede.

Nach den Unstimmigkeiten, die seinerzeit wegen Marokkos entstanden waren, zeigen diese Rede und Reden, daß Spanien wieder völlig zur Tripelentente gehört.



# Aus der Partei.

## Die Organisationen zum Parteitage.

Zu den Beschlüssen des Parteitages nahm der sozialdemokratische Verein in Weimar Stellung. Nach eingehender Debatte, in der lebhaft für und wider die gefassten Beschlüsse in den Fragen des Massenstreiks und der Steuerbewilligung gesprochen wurde, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Parteioorganisation in Weimar erkennt an, daß die sich gegenüberstehende Stellungnahme der Genossen auf dem Parteitage zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung — Massenstreik und Steuerfrage — auf beiden Seiten getragen war vom Geiste tatkräftiger Propagierung des Gedankens, energischer und sicherer in den weiteren Kämpfen des Proletariats wirken zu können. Da die Beschlüsse des Parteitages als Richtschnur für die prinzipielle und tatsächliche Stellungnahme der Partei zu gelten haben und die Verwirklichung in der Geschlossenheit und Einheit der Partei die beste Gewähr erblickt, entsprechend ihrer Stärke weitere Erfolge zu erringen, erklärt sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.“

## Parteiliteratur.

**Sozialdemokratische Arbeitslosenfürsorge.** Als Heft 21 der „Sozialdemokratischen Flugblätter“ erscheint unter vorliegendem Titel im Verlage der Buchhandlung Vorwärts das Referat des Genossen Johannes Zimm, das dieser auf dem Parteitage in Jena über die Arbeitslosenfürsorge gehalten hat. Die Broschüre liefert wertvolles Material für die Aktionen der Partei und Gewerkschaften in nächster Zeit gegen die Plage der Arbeitslosigkeit unternehmen werden. Der Preis des Heftes beträgt 10 Pf. Für die Organisationen ist eine Ausgabe ohne Umschlag hergestellt, für die bei Massenbezug ganz billige Preise berechnet werden.

Das Landessekretariat der Sozialdemokratischen Partei Sachsens ist nunmehr in Wirklichkeit getreten. Die Geschäfte des Landesverbandes werden künftig durch das Sekretariat geführt. Wir erlauben daher, von nun an alle für den Landesverband bestimmten Zuschriften, sowohl in Angelegenheiten der Parteiverwaltung wie in Fragen der Gemeindepolitik, ebenso alle Geldsendungen an richtigen an Otto Hähig, Dresden-K., Wettinerplatz 10/11. Die Fernsprechnummer des Landessekretariats ist: 23 261.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Preßprozesse.

1000 Mark Geldstrafe verhängte das Schöffengericht IV zu Hamburg am Dienstag über den Genossen Köpfe als Verantwortlichen des „Hamburger Echo“ wegen Verleumdung des Redakteurs Hubbe von den „Hamburger Nachrichten“. Hubbe, der eine bewegte journalistische Vergangenheit hat, ist bei dem Hamburger Scharfmeißelblatt Spezialist in Sozialistenbekämpfung geworden. Er läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, um die Arbeiterbewegung in der giftigsten Weise zu beschaden. Als er im vorigen Jahre zur Bürgerchaft kandidierte und sich dabei nach allen Seiten hin Anhang zu beschaffen suchte, botte das „Hamburger Echo“ einiges aus seiner Vergangenheit auf. Noch bis vor wenigen Jahren hat Hubbe in Sibirien die ostentativ-antidemokratische „Hochwacht“ geleitet, in der Judentum und Christentum in gleiche Weise vom Standpunkt alldemokratischer Massenpolitik und Wobanderechnung verpöndelt wurden. In Hamburg aber betreibt Hubbe den bilseltesten Kirchenplan und verbindet nach der Art Knuten-Cerzels seine Sozialistenbekämpfung mit frommelnden Betrachtungen. Nebenher war er noch als Parteiarbeiter und satirischer Plauderer für eine Wochenchrift tätig. Der hierauf abgeleitete Vorwurf der Doppeltgängerigkeit gab Hubbe Veranlassung, gegen das „Echo“ zu klagen, mit dem Erfolge, daß das Gericht das obige Urteil fällte. Hubbe behauptete und er fand damit beim Gericht Glauben, daß er als „Hochwacht“-Redakteur nur die preßgesetzliche Verantwortung getragen, moralisch aber für den Inhalt dieses Blattes nicht verantwortlich zu machen sei. Die Vorwürfe, die Genosse Köpfe schon wegen Preßvergehens erlitten hat, und einige Schlussfolgerungen, die das „Echo“ über Hubbes Charakter gezogen hatte, dienen zur Begründung des Urteils, gegen das selbstverständlich Berufung eingelegt wird.

Die Elberfelder „Freie Presse“ berichtete kürzlich über die Arbeitsverhältnisse in dem Schmelmer Emailierwerk „Menania“, erwähnte, daß dort der Direktor eine Rede gegen die Arbeiterorganisationen gehalten und gewarnt hätte, der Organisation beizutreten. Die Elberfelder „Freie Presse“ bemerkte dazu, daß gerade in dem genannten Werke die Organisation bitter notwendig sei, denn es würde dort ja sogar geprügelt und die Arbeiter in jeder anderen Art nach Belieben und benachteiligt. Der Herr Direktor fühlte sich durch den Artikel beleidigt und stellte Strafantrag. Vor dem Schmelmer Schöffengericht jedoch traten Zeugen auf, die geprügelt haben bezogen, geprügelt worden sind. Ein erkrankter Arbeiter habe sich im Bureau einen Krankenschein holen wollen. Diefem habe man jedoch gesagt, daß er wohl ein paar hinter die Ohren, aber keinen Krankenschein bekommen könne. Die Neugierfrage war für den klagenden Direktor so erdrückend, daß das Gericht den verantwortlichen Redakteur unseres Elberfelder Parteiblattes freisprechen mußte.

Die Strafkammer in Bremen verurteilte am Dienstag den Genossen Schwanz, den Verantwortlichen der „Stemmer Bürgerzeitung“, wegen Verleumdung des leitenden Redakteurs des Bremer Liberal sein wollenden Amtsblattes zu 400 M. Strafe.

Eine Hausdurchsuchung fand am Mittwochvormittag in der „Rheinischen Zeitung“ zu Köln statt. Das Interesse der Kriminalpolizei galt einem Manuskript eines vor einigen Tagen im lokalen Teil unseres Parteiblattes erschienenen Artikels, in dem gewisse Zustände innerhalb der Kölner Polizeiverwaltung, die von einem Kriminalkommissar an Gerichtsstelle befandene Gesandtschaftnahme durch höhere und niedere Beamte, scharf kritisiert worden waren. Gefunden wurde natürlich nichts. Ebenso vergeblich wurde in der Wohnung des verantwortlichen Redakteurs, Genossen Soßmann, nach jenem Manuskript gehandelt.

## Siebenter österreichischer Gewerkschafts-Kongreß.

(Dritter Tag.)

### Telegraphischer Bericht.

Wien, 8. Oktober 1913.

In der Debatte über die geschliche Regelung der Heimarbeit, über deren Beginn wir bereits gestern berichtet haben, ergriß auch Genossin Gertrud Hanna Berlin von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands das Wort. Sie schilderte das deutsche Heimarbeitersend und wünschte den österreichischen Heimarbeitern, daß sich die österreichische Regierung an den Ungünstigkeiten des deutschen Gesetzes kein Ansehen nehmen, sondern ein besseres Gesetz dem Parlament vorlegen möge. In seinem Schlusswort trat der Referent Abg. Semlitz (vom Schneiderverband) gegen den in der Diskussion vertretenen Plan auf, für die Heimarbeiter besonders Organisationen zu schaffen. Man könne das allenfalls für jene Heimarbeiter tun, in deren Branche Fachorganisationen noch nicht bestehen, jedenfalls aber müßten die Heimarbeiter überall da, wo bereits Fachorganisationen existieren, ihrer Berufsorganisation angehörend, da ja die Heimarbeiter in sehr vielen Fällen es mit denselben Unternehmern zu

tun haben, denen auch die Werkstätten und Fabriken in der betreffenden Industrie gehören.

Darauf wurde die bereits mitgeteilte Resolution mit den Einzelsforderungen des Heimarbeiterschutzes an die Gesetzgebung einstimmig angenommen.

Es folgte das Referat des Sekretärs der Union der Textilarbeiter Österreichs, Reichsratsabgeordneter Genossen Hanusch, über

### Parlament und Arbeiterschutz.

Er sagte auseinander, daß es um den Arbeiterschutz und seinen Ausbau vielfach in den 80er Jahren, als die Arbeiter im österreichischen Parlament noch nicht vertreten waren, besser bestellt gewesen sei, als in der Gegenwart unter dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Wichtig ist allerdings, daß damals, weil keine Gewerkschaften bestanden, die Kleinrentnerarbeiten noch nicht im Klassenkampf gegen die Arbeiter gestanden haben, daß auch die agrarische Agitation gegen das Aufsteigen des Proletariats noch nicht eingesetzt hätte und die Kleinrentner und Bauern noch scharf gegen die neuankommende Industrie gerichtet waren, weshalb auch ihre Vertreter für die Arbeiter Sympathien hatten und beställigen. Die Feudalen waren noch nicht industrialisiert und darum geneigt, Arbeiterschutzes gegen den Willen des von den damaligen Liberalen vertretenen industriellen Kapitals einzuführen. Ganz spielte dabei auch die Absicht mit, die Arbeiter gegen die Liberalen einzunehmen, um sie der feudalen Sache in ihrer „christlich-sozialen“ Gestalt anzuschließen. Aber dann, daß sich die Klassengegensätze so geändert haben, ist nicht das allgemeine Wahlrecht schuld, sondern das ist ein Ergebnis der ökonomischen Entwicklung. Abg. Hanusch schließt seine Ausführungen mit folgenden Bemerkungen: Was in Österreich an Arbeiterschutz in den letzten drei Jahren zustande gekommen ist, ist sehr wenig, und wir protestieren heute als Vertretung aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieses Staates dagegen, daß die Regierung den Ausbau des Arbeiterschutzes mehr hindert, als fördert. Ist doch vor kurzem der Leiter der „Sozialpolitischen Sektion“ des Handelsministeriums nach Berlin gefahren, um zu verhindern, daß die deutsche Regierung auf der Arbeiterschuttskonferenz in Bern der Hinaufhebung des gewerblichen Schutzes für die Jugend auf 18 Jahre zustimme, und zu erreichen, daß die Grenze weiter bei 16 Jahren festgesetzt wird. Die österreichische Regierung hat auch in Berlin erreicht, daß auf der Arbeiterschuttskonferenz in Bern nicht ein Beschluß gefaßt wurde, der die Beschäftigung der Jugendlichen über 14 Jahren in industrieller Nacharbeit verboten hätte, welcher Zustand nur einem der allergrößtändigen Staaten zuzugeht, nämlich Portugal. Alle anderen Länder haben eine höhere Grenze für die Nacharbeit der Jugendlichen. So sehen wir, daß wir von einem guten Willen der österreichischen Regierung, den Arbeiterschutz vorwärts zu bringen, nicht sprechen können, und daß daher alles getan werden muß, um der österreichischen Regierung Zurück vor den Arbeitern einzuschleichen. (Stürmischer Beifall.)

Der Referent legt dem Kongreß eine längere Resolution vor, in der das Verlangen des Parlamentes auf dem Gebiet der Sozialpolitik infolge der passiven Resistenz der Regierung, der Obstruktion der bürgerlichen Parteien und der krassen Arbeiterschuttslosigkeit des Herrenhauses festgestellt wird. Beherrscht von den egoistischen Interessen der bestehenden Klasse, machen die bürgerlichen Parteien und das Herrenhaus jeden Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet unmöglich, indem sie die von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Anträge brutal niederstimmen. Der Kongreß protestiert auf das schärfste gegen die unverantwortliche Verschleppung des Sozialversicherungsgesetzes und aller übrigen vom Sozialdemokratischen Verband eingebrachten Gesetzesentwürfe, welche zur Verbesserung der sozialen Stellung und zur Erhaltung der Gesundheit des arbeitenden Volkes dienen. Der Kongreß protestiert gegen das System der Regierung, die Arbeiterklasse mit einigen nichtigsten Verordnungen absperrt zu wollen, während sie auf dem Gebiet der Gesetzgebung jede Initiative veranlaßt. Der Kongreß wiederholt und erneuert die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse und fordert zugleich vom Parlament und der Regierung die rasche Durchführung dieser Forderungen:

1. Rasche Beratung und Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes, insbesondere aber Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung für alle Arbeiter und der Witwen- und Waisenunterstützung.
2. Reform des Koalitionsgesetzes dahin, daß der Arbeiterschaft völlige Vereinigungsfreiheit gewährt wird. Abschaffung der Arbeitsbücher.
3. Achtstündigen Höchstarbeitszeit für alle Gewerbebetriebe, achtstündiger Höchstarbeitszeit für die ununterbrochenen Betriebe, den Bergbau und die Eisenbahnen im Verkehrsdienst.
4. Sechsendreißigstündige Sonntagsruhe.
5. Ausnahmsloses Verbot der Nacharbeit für Frauen, jugendliche Arbeiter und Kinder, sowie der regelmäßigen Beschäftigung der Männer zur Nacharbeit.
6. Erlassung besonderer gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit in gesundheitsgefährlichen Industrien und Betrieben, sowie ausreichende sanitäre Bestimmungen für die Betriebe der Nahrungsgewerbe und geschlechtliche Schuttsbestimmungen der Arbeiter im Fall von Berufskrankheiten durch die Besitzer des Betriebes. Rasche Erledigung des Pädagogenschuttsgesetzes.
7. Verbot der Beschäftigung schwangerer Frauen in der Dauer von vier Wochen vor der Niederkunft und sechs Wochen nach der Entbindung, für welche Erholungszeit Krankengeld in der vollen Höhe des Verdienstes zu bezahlen ist. In diesem Zweck haben die Krankenkassen aus der Staatskasse entsprechend hohe Subventionen zu erhalten.
8. Vermehrung der Gewerbeinspektoren, Verkleinerung der Aufsichtsbezirke, Bestellung von Spezialgewerbeinspektoren, Lehrscheidungsinspektoren und Arbeiterinnen, Vermehrung der Bezirksämter und Erhaltung derselben zur Gänze aus den Staatsfinanzen.
9. Reform des Gewerbegerichtsgesetzes, Ausdehnung des passiven Wahlrechts auf die Arbeiterinnen, Vermehrung der Gerichtshöfe und Erhaltung derselben zur Gänze aus den Staatsfinanzen.
10. Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Arbeiter, Einbeziehung des Kleinverwerkes sowie der Land- und Forstwirtschaft.
11. Aufhebung des Bruderladens und Einbeziehung der Bergarbeiter in die allgemeine Kranken- und Unfallversicherung.
12. Bestellung freigewählter Vergütungsinspektoren aus der Bergarbeiterklasse.
13. Einführung von Sicherheitsmännern (Inspektoren) zur Überwachung der Sicherheit, sowie der humanitären und sanitären Einrichtungen bei den Eisenbahnen. Freie Wahl und Ammunität dieser Kontrollpersonen aus der Mitte der Bediensteten.
14. Achtstundentag, Siebenstundensperre, sechsendreißigstündige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.
15. Unterstellung der Heimarbeit unter den Arbeiterschutz.
16. Reichsgesetzliche Regelung der Gewerbeordnung.
17. Zusammenfassung des gesamten Arbeiterrechts.
18. Annahme des sozialdemokratischen Votums betr. Lindeutung der Arbeitslosigkeit zum Schutz der Arbeitlosen vor Verelendung.

Morgen, Dienstag, gehen die Verhandlungen weiter.

## Aus Industrie und Handel.

Gründung einer albanischen Bank. Sie aus Balona gemeldet wird, hat die österreichische und italienische Bankkommission (unter Führung des Direktors der Banca Commerciale Italiana Fenoglio-Italien und Baron Pittner-Oesterreich) ihre Vorarbeiten zur Gründung der albanischen Bank vollendet. Die Bank soll ihre Tätigkeit in drei Monaten aufnehmen. Sie hat vorläufig einen Treßordienst für die proditorische Regierung eingeführt. Dieser Anfang dieses Monats

aufgenommene Dienst wird vorläufig von je einem österreichischen und einem italienischen Beamten geleitet. Die Banktätigkeit ist zurzeit auf Balona beschränkt. Sie soll später auch auf andere Orte Albaniens ausgedehnt werden.

Zur Eisenkonjunktur. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sank die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats September gegen den August (von 1,84 auf 1,59 Mill. Tonnen), war aber um 70 000 Tonnen höher als im September 1912. Die Erzeugung während der ersten neun Monate dieses Jahres blieb um 1,1 Mill. Tonnen höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Der Septembererford des Stahlwerksverbandes fiel gegen den vorhergehenden Monat von 524 500 auf 518 000 Tonnen und war um 8000 Tonnen höher als im Vorjahre. — Die österreichische Roheisenproduktion erfuhr für den September gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat einen Rückgang um 4600 Tonnen und für die ersten neun Monate einen solchen von 33 800 Tonnen. Der Export blieb um 60 bzw. 3444 Tonnen hinter den vorjährigen Differenz zurück. — In allen genannten Zahlen wird der Konjunkturrückgang nicht so deutlich wie in der Ermäßigung der Eisenpreise.

Die amerikanische Petroleumindustrie im Jahre 1912. Das Jahr 1912 brachte nach einem Bericht der New Yorker Handelskammer im Petroleumhandel der Vereinigten Staaten von Amerika verschiedene Ueberraschungen. Da die Produktion mit dem erheblich gestiegenen Verbrauch nicht Schritt gehalten und infolgedessen die Vorräte abgenommen hatten, konnte man ja auf eine Verteuerung des Petrols rechnen. Aber selbst die sanguinischsten Spekulant wurden dadurch überrascht, daß der Preis des pennsylvanischen Rohpetrols ab Duell im Januar von 1,35 Dollar für das Fass auf 1,50 Dollar stieg, dann von April an die Steigerung fortsetzte und allmählich bis Mitte Dezember die Höhe von 2 Dollar erreichte, so daß der Durchschnittspreis fürs Fass sich auf 1,80 gegen 1,90 Dollar für 1911 stellte. An Stelle des Ueberflusses von Rohöl, der früher zu seiner Verwendung für Heizöl und für die Leuchtgasgewinnung geführt hatte, war nunmehr infolge des großen Gasolins- und Benzindarfes der Kraftwagen ein Mangel an rohem Mineralöl getreten, der bisher nicht für möglich gehalten worden war. Nicht ein Rückgang der Zufuhr, sondern die große stetige Erhöhung des Abfahres seit mehreren Jahren hatte diese Verschiebung herbeigeführt.

Die Produktion von Rohpetroleum war im Jahre 1912 mit 223,9 Millionen Fass etwas größer als im Vorjahre mit 220,4 Millionen; aber die zahlreichen neuen Verwendungsweide des Oeles sowie die gesteigerte Nachfrage im In- und Auslande für die alten Zweide trieb die Mineralölindustrie zu lebhafterer Tätigkeit als je zuvor. Bei der Erhöhung der Preise mußte die Verwendung in mancher Form eingeschränkt werden; so nahm die Verwendung von Gasöl erheblich ab, und Heizöl war, außer den in Gebieten, wo das gemommene Rohöl sich lediglich zum Heizen eignet, kaum mehr zu haben.

Der Durchschnittspreis für Deutropetroleum stieg infolge der Verteuerung des Rohöls; er betrug für die Gassone (3,78 Liter) im Fass zu New York 8,33 Cent und überstieg den vorjährigen um 1 Cent.

Die Ausfuhr betrug im Jahre 1912 an Rohöl, raffiniertem Oele und Naphta 1 298 Millionen Gallonen, rund 100 Millionen Gallonen weniger als 1911. Aber der Gesamtexport an Mineralöl und Erzeugnissen daraus war mindestens ebenso groß wie im Vorjahre, denn an den anderen Produkten als den drei genannten gingen sehr große Mengen aus.

## Jugendbewegung.

### Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 21 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Internationaler Jugendkongreß. Von Fr. Meißel. — Die Schlacht bei Nohhauken. Von E. Reinhard Müller. (Schluß.) — Ferienfahrten der Hamburger Arbeiterjugend. Von Rud. Lindau. — Die Seifenblase. Von Albert Neubauer. (Mit Abbildungen.) — Regierung und Verwaltung in den deutschen Kleinstädten. — Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz usw. — Heilige: Der Sohn des Waldes. Erzählung von R. Rivling. — Laubfall. Von Otto Lütken. — Karl Spittweg. Von Wilhelm Hausenstein. (Mit Abbildungen.) — Die Familie im Wandel der Zeiten. Von D. Jenßen. (Schluß.) — Herbstbild. Von Friedrich Hebbel. — Die Bläser. Von Feig Müller. — Im Bahnpostwagen. Von Richard Wagner. — Langrondo. Gedicht von Albert Seiger.

## Letzte Nachrichten.

### Kämpfe zwischen Albanesen und Montenegrinern.

Cetinje, 8. Oktober. (W. T. V.) Am 6. d. M. haben die Albanesen den linken Flügel der montenegrinischen Truppen bei Gussinje angegriffen, worauf die Montenegriner einen Gegenangriff unternahmen. Die Kämpfe, die auch noch gestern fortbauerten, waren heftig. Die montenegrinischen Truppen warfen den Gegner zurück und verfolgten ihn. Die Montenegriner hatten zwei Tote und sechs Verwundete. Die Verluste der Albanesen sind unbekannt.

### Der Bürgerkrieg in Mexiko.

New York, 8. Oktober. (W. T. V.) Nach einer Meldung aus Laredo in Texas sind der Bundesgeneral Alvarez, sein Stab und 125 Mann gestern in Torreón auf Befehl des Führers der Konstitutionalisten Francisco Silla erschossen worden. Die Aufständischen erbeuteten in Torreón, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, die gesamten Waffen und Artillerie der Bundes-truppen. Der Kampf dauerte vier Tage unter schweren Verlusten auf beiden Seiten.

### Das Wüten der Cholera in Rumänien.

Bukarest, 8. Oktober. (W. T. V.) Nach der über den derzeitigen Stand der Cholera veröffentlichten amtlichen Mitteilung ist zu den bereits gemeldeten 908 Cholerafällen ein Zuwachs von 880 Neuerkrankungen an Cholera zu verzeichnen, wovon 330 Fälle auf den Bezirk Dolj entfallen.

### Solidaritätsstreik in Petersburg.

Petersburg, 8. Oktober. (W. T. V.) Um ihre Solidarität mit den ausländischen Arbeitern in Moskau zu bezeigen, sind in zwei Petersburger Stadtteilen 9000 Arbeiter in einen ein-tägigen Ausstand getreten.

### Deutscher Protest gegen amerikanische Zollbestimmungen.

New York, 8. Oktober. (W. T. V.) Nach einer „Sun“-Meldung aus Washington hat Deutschland beim Staatsparlament gegen die Zollvergünstigung von 5 Proz. zugunsten amerikanischer Schiffe protestiert.

Außer Deutschland protestierten auch Frankreich und andere Mächte gegen die amerikanische Zollvergünstigung.

### Von einem Tiger zerfleischt.

Krasan, 8. Oktober. (P. C.) Während der Vorstellung im Circus Madoff in New-Sandee stürzte sich ein Tiger auf den Dompteur Reiff und zerfleischte ihn gräßlich. Nur mit Mühe gelang es dem Personal, den blutüberströmten Dompteur aus dem Käfig zu ziehen. Des Publikums bemächtigte sich eine lebhaft Panik. Der Dompteur wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.



R



Königstr. 33 Chausseestr. 113  
am Bf. Alexanderpl. Ecke Invalidenstr.

Sonntags geschlossen!

29<sup>75</sup>

Eleg. Phantasie-Paletots aus den schönsten und prakt. imit. engl. Stoffen mit bequemen Taschen und verschiedenen sehr aparten Garnierungen  
schon von 9<sup>75</sup> an

37<sup>00</sup>

Hochmoderne Kostüme aus vorzüglichen Stoffen, dauerhaft verarbeitet, in neuen und sehr eleganten Aufmachungen. Vorzüglicher Sitz  
schon von 12<sup>75</sup> an

32<sup>50</sup>

Astrachan-Mäntel, ebenso modern wie kleidsam in allen nur denkbaren Variationen und Preislagen  
schon von 25<sup>25</sup> an

21<sup>75</sup>

Der unifarbene Mantel behauptet nach wie vor die erste Stellung. Elegant in der Aufmachung, tadellos im Schnitt, gut im Stoff  
schon von 14<sup>50</sup> an

**Möbel-Cohn**  
1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58  
2. Geschäft: Grüner Weg 109  
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

**Möbel auf Kredit**  
Riesen-Auswahl  
Anzahlungen auf Stube und Küche:  
Mark 15 30 50 75  
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer  
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.  
Einzelne Möbelstücke | Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.  
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.  
Käufer einer Wohnungs-Einrichtung erhält einen eleganten Teppich gratis. Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
Sonntags 12-2 geöffnet.

**SINGER**  
Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!  
Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

**SINGER CO.**  
Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin, Leipziger Str. 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Wer ein **Zigarrengeschäft** neu einrichtet, wende sich vertrauensvoll an die bekannte Firma Carl Röder, Berlin, Grüner Weg 119. (Königstadt 3861.)

Alle bekannten Tabake (Kapitän, Panewader, Grimm u. Triebel, Kopenhagener Kautabal usw., Kapitän-Rauchtabake, v. Eiden, Hamburg, Cidestott, Goldfard Schnupftabak und andere; stets frisch.

Zigaretten, denkbar größte Auswahl zu billigsten Fabrikpreisen: Jozetti, Garbath, Zol. Melkum, Manoli, Problem, Cesterr. Regie, Staffsche und viele andere Sorten.

Zigarren, nur in Qualitäten, welche seit Jahren in vielen hundertsten Geschäften bestend eingeführt sind, in jeder Preislage.

**Spezialarzt**  
Dr. Simmel  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Dr. Homeyer  
i. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Ehrlich's Gata-Siren in u. Co. Long-Laborat. Blut-untersuchung, Fäden i. Harnabg. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum.  
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

# Kapier

die neue 4-Pfennig-Manoli Cigarette ist das Beste, was jemals in dieser Preislage erzeugt wurde. Im Geschmack mild und aromatisch, in der Aufmachung eigenartig und doch vornehm, hat sich dieser neue Manoli-Schlager in kurzer Zeit den Markt erobert.

Absolut trüffelrei!



Gewerkschaftliches.

„Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!“

Stettin, 8. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Vor dem Stettiner Schwurgericht stand heute der Arbeitswillige Hermann Brandenburg, der am 5. Juni d. J. bei dem Streik in der Pichorienfabrik von J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin den Arbeiter Reinhold Kühl ohne Grund erstochen hatte. Er behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben. Dagegen behaupteten fast sämtliche Zeugen, bis auf einen, der als Streikbrecher tätig gewesen ist, daß weder Brandenburg noch ein anderer von dem Erstochenen bedroht wurde. Alle Tatzeugen stimmten darin überein, daß der Angeklagte dem Arbeiter Kühl, als dieser ihn anredete, ohne ein Wort zu sagen, ein langes Messer tief in den Leib rampte, das er vorher unter seiner Weste verborgen getragen hatte. Nur ein Streikbrecher wollte gehört haben, daß Brandenburg nachmittags bedroht wurde. Er hatte angeblich auch gesehen, daß der Erstochene den Brandenburg an der Schulter geschüttelt, ehe dieser zuflüchtete. Obgleich alle anderen Zeugen dies bestritten und der medizinische Sachverständige die Stellung des Kühl als im Widerspruch mit seiner Verletzung stehend erklärte, verneinten die Geschworenen — nur Agrarier und Fabrikanten sahen auf der Geschworenenbank — die Schuldfrage. So wurde der Angeklagte freigesprochen, den selbst der Staatsanwalt, allerdings auch nur wegen Ueberschreitung der Notwehr, verurteilt wissen wollte.

Berlin und Umgegend.

Der Streik im Kürschnergewerbe.

In einer gemeinsamen Versammlung der Zwischenmeister und Gehilfen, die am gestrigen Tage stattfand und sehr stark besucht war, stellten der Zwischenmeister Feldmann und Regge vom Deutschen Kürschnerverband noch einmal die Sachlage fest, unter der die feinergebeitenen 10 Proz. Zulage von den Arbeitnehmern abgelehnt worden sind. Wenn man den letzteren nunmehr einen Vorwurf mache, so nur, um die Großinteressenten über die wahren Tatsachen zu täuschen. Die Arbeitnehmer kennen die Arbeitgeber lange genug, um zu wissen, daß nach dem 1. Januar des kommenden Jahres von dieser Zulage nichts mehr vorhanden gewesen wäre. Die Arbeitnehmer haben von vornherein erklärt, daß ihnen an einer Zulage weniger gelegen sei als an einem festen Tarif. Ebenso war es mit der Zulage, vom 1. April 1914 an eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde eintreten zu lassen, wofür eine verbindende und schriftliche Erklärung auch nicht gegeben werden sollte. Darum war es nur zu berechtigt, wenn die Arbeitnehmer sich darauf nicht einließen. Die Herren hätten ja nur in einen Tarif einzuwilligen brauchen, dann wäre der Kampf vermieden worden. Die Schuld trifft die Fabrikanten und die Zünfte. Wollen die Herren einen ehrlichen Frieden, so ist ihnen dazu am heutigen Tage vor dem Gewerbegericht Gelegenheit geboten.

Die kurze Diskussion ergab die völlige Uebereinstimmung mit dem Referenten. In seinem Schlusswort führte Frihe aus, es arbeiten jetzt bereits schon über 300 Gehilfen zu den neuen Bedingungen. Der 8 1/2-Stundenstag ist für die Kürschnergehilfen Programm und wenn es nicht in diesem Jahre ist, dann im nächsten, wenn nicht mit Tarif, dann ohne Tarif.

Wachtung, Silberglaser, Buchbinder, Silberrahmmacher! Die Firma Gost u. Co., Alexandrinenstr. 105, verweigert den Gläsern die Zahlung der tariflichen Löhne. Die Glaser haben die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb gilt als gesperrt. Verkündigend an der Sache ist, daß der Inhaber der Firma, ein Herr Leth, Obmann der Fabrikantenvereinigung in der Rahmenindustrie ist, von der die Grundlöhne des Glasertarifs anerkannt sind.

Lohnbewegung der Fleischer in Neukölln.

In Neukölln beschloßen die organisierten Fleischergehilfen, auch in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten. An sämtliche Fleischermeister, die noch in keinem tariflichen Verhältnis stehen, sind bereits Tarife abgegangen. Der Tarif fordert in der Hauptsache 12stündige tägliche Arbeitszeit, Ueberstundenbezahlung,

Minimallohn nicht unter 13 M., sowie die kostenlose Benutzung des vom Zentralverband der Fleischer eingesehten Arbeitsnachweises. Wir hoffen, daß bei allen Arbeitgebern eine friedliche Verständigung zustande kommt, zumal bereits im vorigen Jahre in Neukölln mit über hundert Fleischermeistern tarifliche Vereinbarungen getroffen wurden. Die Tarifkommission der organisierten Fleischergehilfen Neuköllns.

Deutsches Reich.

Zum Hafnarbeiterstreik in Stettin.

Die Situation ist für die Streikenden nach wie vor günstig. Die Agenten des Streikbrecherlieferanten Hedberg suchen unter folgender Annonce in der bürgerlichen Presse Arbeitswillige:

Gesucht:

tätige Arbeiter

bei gutem Lohn für dauernde Arbeit. Zu melden auf Bahnhof Stöven. Preis Reife.

Wie Erkundigungen ergaben, fanden sich auf dem Bahnhof Stöven wohl einige Arbeiter ein, die lohnende Beschäftigung nach Stettin annehmen wollten, als sie aber darüber aufgeklärt wurden, daß in Stettin gestreikt würde, war der Agent des Herrn Hedberg wieder allein. Ein Flugblatt des Gemeindearbeiterverbandes an die Arbeitswilligen hatte den Erfolg, daß 20 der gewonnenen Kranführer den Stettiner Hafen verließen. An diesem Tage lag der Betrieb im Hafen fast vollständig danieder.

Anschließend glaubt der Magistrat, mit Hilfe der Polizei die Streikenden einschüchtern zu können. Eine ganze Anzahl von Strafmandaten gegen Streikposten zeugt von der rührigen Tätigkeit dieser Behörde. Als Begründung wird angegeben, daß die Bestreikenden auf der großen Laftade und am Barnitzplatz zwecklos umhergestanden, was im Interesse der Aufrechterhaltung des Verkehrs unsinnhaft ist, und daß den an die Posten ergangenen Anforderungen eines Polizeibeamten nicht unbedingt Folge geleistet worden ist. Die Bestrafung soll erfolgen auf Grund des bekannten großen Unfallsparagrafen und der Polizeiverordnung vom 20. Februar 1906. Die Streikenden lassen sich trotz alledem nicht beirren. Hoffentlich scheidet die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag nun auch ein, daß rechtliche Forderungen der Arbeiter nicht so weiter unterdrückt werden können.

Der deutsche Holzarbeiterverband in der Krise.

Die Holzindustrie leidet seit Monaten schwer unter der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit hat einen tiefen Umfang angenommen und es hat nicht den Anschein, als ob in absehbarer Zeit eine Besserung eintreten sollte. Ein recht trübes Bild ergeben die monatlichen Arbeitslosenzählungen, die der Deutsche Holzarbeiterverband regelmäßig vornimmt; selbst die sonst stets eintretende sommerliche Besserung des Geschäftsganges macht sich in diesem Jahre nur in sehr geringfügiger Maße bemerklich. Einen gewissen Anhalt zur Beurteilung, in welchem Maße sich der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert hat, gewährt die nachstehende Tabelle, die sich nur auf die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes bezieht.

Table with 6 columns: Monat, Gemeindegemeinschaften, Arbeitslose am Schluß des Monats, in Prozent der Gemeindegemeinschaften, 1912, 1913. Rows include January through August.

In jedem einzelnen Monat war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen weit größer als in dem entsprechenden Monat des Jahres 1912. Schwerer noch fällt ins Gewicht, daß die Aussicht, Beschäftigung zu finden, in diesem Jahre ganz beträchtlich geringer ist, als im vorigen Jahre. Besonders ungünstig sind in dieser Hinsicht die Ergebnisse der Monate Mai und Juni. Nicht nur, daß in diesen Monaten die Zahl der Arbeitslosen um ein Drittel größer war, als zur gleichen Zeit des Vorjahres, von diesen vielen Arbeitslosen war auch noch nahezu die Hälfte am Schluß des Monats ohne Beschäftigung. Die Monate Juli und August brachten zwar eine Besserung des Verhältnisses zwischen der Gesamtzahl der Arbeitslosen und den

am Schluß des Monats noch Beschäftigten, ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen des Vorjahres zeigt aber, wie geringfügig diese Besserung war.

Es ist eine regelmäßig zu beobachtende Erscheinung, daß unter der ungünstigen Wirtschaftslage auch die Werbefähigkeit der Organisationen zu leiden hat. Erfolgreicherweise hat aber der Deutsche Holzarbeiterverband trotz der schwierigen Verhältnisse seine Position behauptet. Zwar hat er im ersten Quartal dieses Jahres 1453 Mitglieder verloren, aber die folgenden veröffentlichte Abrechnung für das zweite Quartal zeigt, daß der Verband sich bereits wieder von diesem Verlust erholt hat. Er zählte am 1. Juli 1913 96 Mitglieder, das sind immerhin um 586 mehr als zu Beginn des Jahres. Von den Mitgliedern sind 188 904 (am Schluß des Vorjahres 188 501) männliche, 7362 (7193) weibliche und 1130 (1116) jugendliche.

Die große Arbeitslosigkeit hat bewirkt, daß die Kassen des Verbandes außerordentlich stark in Anspruch genommen wurden. Sind auch die Ausgaben bei allen Unterstützungsarten beträchtlich gestiegen, so weist die Arbeitslosenunterstützung doch die weitestläufigste Steigerung auf. Aus den Kassen des Holzarbeiterverbandes wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres nahezu 1 1/2 Millionen Mark an arbeitslose Mitglieder am Ort und auf der Reise gezahlt. In welchem Maße die Anforderungen an die Kassen des Verbandes für Unterstützungsarbeiten gewachsen sind, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung, welche die Aufwendungen aus der Hauptkasse und den Lokalkassen umfaßt.

Table with 4 columns: Unterstützungen im ersten Halbjahr, 1911, 1912, 1913. Rows include Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Gemäßregelungenunterstützung, Sterbegeld, Umzugsunterstützung, Notfallunterstützung.

Trotz des schlechten Geschäftsganges haben die vom Holzarbeiterverband geführten Lohnbewegungen kaum eine merkliche Einschränkung erfahren. An Streikunterstützung hat der Verband in der ersten Hälfte dieses Jahres 438 911 M. ausgegeben gegen 496 928 M. in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Abgesehen von der großen Tarifbewegung, welche der Verband in diesem Frühjahr geführt hat, wobei etwa 45 000 Holzarbeiter in 52 Städten in Betracht kamen, weist die Streikstatistik nach einer vorläufigen Zusammenstellung im ersten Halbjahr 269 beendete Lohnbewegungen mit 12 834 beteiligten Arbeitern auf; außerdem waren zu der Zeit, als diese Zusammenstellung gemacht wurde, 44 Streiks mit 3714 Beteiligten im Gange.

Die hohen Aufwendungen, welche der Verband für Unterstützungsarbeiten zu machen hatte, haben nicht zu verhindern vermocht, daß das Verbandsvermögen in der ersten Hälfte dieses Jahres eine Steigerung um reichlich 400 000 M. erfahren hat. Es betrug am 1. Juli 7 626 538 M., davon 6 229 693 M. in der Hauptkasse. — Der Rückblick auf die Entwicklung und die Leistungen des Holzarbeiterverbandes in der ersten Hälfte dieses Jahres läßt erkennen, daß die schwere Wirtschaftskrise nicht spurlos an ihm vorübergeht. Die Organisation ist aber so in sich gefestigt, daß sie der Schwierigkeiten Herr wird und die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit, welche ihr der schlechte Geschäftsgang auferlegt, voraussichtlich erfolgreich bestehen wird.

Der Streik in den Rastenburger Mühlenwerken A. Gramberg-Rastenburg ist beendet. Es ist gelungen, nicht nur die eingeführten Lohnforderungen abzuwehren, sondern auch noch einige Verbesserungen für die Arbeiter durch schriftliche Vereinbarung herauszuholen.

Die Arbeiterschaft der Firma Gebr. Salomon, Harburg, Lumpenhandlung engros, ist am 27. September in den Streik getreten. Die Firma sucht nun Ersatzkräfte, und da der Salomonische Betrieb in Harburg trotz der Arbeitslosigkeit keinerlei Anziehungskraft besitzt, sucht sie Arbeitswillige von auswärts, sowohl aus Hamburg wie aus Berlin, Hannover und Bremen heranzuziehen. Vor Zuzug nach Harburg wird deshalb hiermit gewarnt. In Berlin angenommenen Arbeitern wurde gesagt, es bestände kein Streik. Ebenso heißt es in einem nach Hannover gerichteten Schreiben, der Streik in Harburg sei erledigt, die alten Leute wären entlassen und würden nicht mehr eingestellt. Die Situation ist für die Arbeiterschaft durchaus günstig. Die Firma bietet einen Tagelohn von 4,25 M. und den Arbeiterinnen einen Anfangslohn von 2 M. Das ist aber für Harburg eine durchaus ungenügende Entlohnung, da hier die ganzen Lebensverhältnisse ziemlich teuer sind. Wir warnen deshalb alle Arbeiter und Arbeiterinnen, auf die Verlockung der Firma hin nach Harburg zu kommen. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Bezirksstelle Harburg.

Kleines feuilleton

Gerupfte Hute. „Meine Damen, bitte Ihre Hute!“ Das ist die verblüffende Aufforderung, die seit dem letzten Sonnabend höflich, aber ohne Rücksicht von den New-Yorker Zollbeamten an die Damen gerichtet wird, die nach der Fahrt aus Europa den Boden der neuen Welt betreten oder wieder betreten wollen. Was bedeutet diese Frage? Was will dieses Anstehen der ohnehin so ungeru gesehener Pölnner? Seit dem letzten Sonnabend ist im New-Yorker Zollamt das neue Tarifgesetz in Kraft getreten: und eine Klausel dieses Gesetzes verfügt in einer schönen Anwendung von Tierisch, daß die Einfuhr von Federn, die lebenden Vögel angegriffen sind, fortan in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf das strengste verboten ist. Das erste Opfer dieser Zollbestimmung wurde eine elegante Französin, die mit einem neugierigen Lächeln das Zollamt betrat und nicht ahnte, was ihrer harte. Ein kleiner Samtkut, der mit einer kostbaren Nigrette geschmückt war, zierte das Köpfchen. Sorglos stand die Dame neben ihren Koffern und harpte der Zollrevision, als ihr aufstieß, daß ein Zollbeamter sie sehr kritisch musterte. Es war ein erfahrener und mutiger Zollinspektor, der, mit seinen neuen Dienstvorschriften bewaffnet, sich als ein Winkelried der Unpopulartät auslegte und entschlossen auf die erstaunte Madame Bevilacqua zu trat. „Meine Dame, ich bitte um Ihren Hut.“ Die Reisende war zu verblüfft, um etwas zu antworten: im nächsten Augenblick streckte sich der Arm des Zollinspektors vor und mit einer Bewegung, die der Geschicklichkeit des Hüters der Zollgesetze alle Ehre machte, war im Nu der schöne Reifer funktvoll aus dem Gute gerupft. Mit bedauerndem Achselzucken erklärte der Beamte der fassungslosen Dame die nach Gesetzesvorschrift. Unter einer Flut von bitteren und bissigen Bemerkungen über die „Mitternacht“ der Herren Pölnner und der Männer, die diesen „schamlosen“ Tarif erlassen haben, waren im Handumdrehen ein Duzend von Damen ihres Federkammes beraubt und mußten zähneknirschend mit ihren gerupften Hüten das Zollamt verlassen. Der geistige Urheber der Federklausel ist der Direktor des neuen zoologischen Gartens von New York William Hornaday.

Neues von Roald Amundsen's Plänen. Roald, Amundsen weiß gegenwärtig in Kristiania und ist mit seinen Reisevorbereitungen für seine Nordpolfahrt beschäftigt. Einem Landsmann hat er hierüber dieser Tage allerlei Mitteilungen gemacht, und dieser gibt das Interview mit Amundsen in „Politiken“ wieder. Danach steht jetzt fest, daß Amundsen im Juni des Jahres 1914 aufbricht; die Forschungsreise soll wenigstens fünf Jahre, vielleicht sogar länger dauern, so daß das ganze Polarmeer gründlich erforscht werden

lann. Die „Fram“ wird zunächst nach San Francisco segeln, von da durch die Behringstraße fahren und dann den Eisdrift am Polarmeer entlang folgen. Die Anzahl der Nordpolforscher ist auf fünfzehn festgesetzt. Besonders interessant ist es, daß Amundsen eine Flugmaschine und einen richtigen Flieger mitnehmen will; bisher, so meinte er, war die Westküste der höchste Aussichtspunkt, von dem man die Umgebung mustern konnte; von der Flugmaschine aus hat man natürlich einen ganz anderen Ueberblick, und Amundsen selbst will als Fluggast an Flügen teilnehmen. Seine Tätigkeit in Kristiania besteht gegenwärtig in der Beschaffung der Reisevorräte, von denen ein paar hundert Tonnen nötig sind. Amundsen soll übrigens, obwohl er die anstrengende Leistung vollbracht hat, innerhalb eines halben Jahres 150 Vorträge zu halten, vorzüglich aussetzen.

Theater.

Kleines Theater: Belinde, ein Liebesstück von Herbert Eulenberg. Es hat ein paar Jahre gedauert, bis dies mit dem Volks-Schiller-Preis gekrönte, viel diskutierte Drama seinen Weg auf eine Berliner Bühne fand. Die Aufnahme war außerordentlich freundlich. Schade, daß der stark lebendigen Empfindung, die in dem Werke pulst, so viel fremde Elemente beigemischt sind, daß sich zwischen groß und bildhaft Geschautes so viele Jüge alt Eulenbergischer Willkür und Phantastik drängen.

So felsam unwahrscheinlich die Voraussetzungen berühren, auf denen die Handlung beruht, so interessant bedeutungsvoll erscheint der in ihrer wundervoll beschwingten Versen dargestellte seelische Konflikt. Man sieht Belinde — sie, die den einst heißgeliebten Gatten, von dem ihr zehn lange Jahre keine Kunde kam, tot glaubt — zu neuem Liebesglück erlösen. Die vergötternde Leidenschaft eines schönen Jünglings wiegt sie in seltsame Träume. Der Gestorbene, meint sie, sei auch in ihrem Herzen für alle Zeiten tot. Sie versteht nicht, daß ihr Jünger sich in eifersüchtigen Qualen um jenes Schattenbild verzehrt. Zum Zeichen, daß sie nichts mehr von ihm zu trennen vermag, ist sie bereit, sich ihm schon vor der Hochzeit hinzugeben. Da tritt der Gatte in das Haus. In den zehn Jahren, als er draußen in schwerem Kampfe Schätze sammelte, hat er an jedem Tage ihres Treuschwurs gedacht. Und wenn er niemals schrieb, so nach Eulenbergischer Psychologie darum, weil er sich ihrer völlig sicher fühlte! An der Seite der reichen Frau hatte er sich seiner Armut geschämt. Nun ist er reich, nun will er sie mit allen Köstlichkeiten schmücken. Entsetzt sagt Belinde, doch im Entsetzen regt sich, wie sie ihn leiden sieht, ein Hauch zärtlichen Mitgeföhls. Ein Hauch nur, dann gehört sie wieder völlig dem Geliebten. In grimmiger Gasse stehen die beiden Männer einander gegenüber. Ein amerikanisches Duell soll zwischen ihnen entscheiden. Des Jünglings ahnungsloses Schweißgerinnen, dem Liebe nur ein heiterfrohes Spielchen schien, wird herbeigerufen, die

Lose zu mischen. Der Bruder zieht die weiße Kugel, die den Tod bedeutet. In dieser tiefbewegten Szene kulminiert der erste Teil des Dramas, der in der Uraufführung zu unerwartet starker Bühnenwirkung anstiegt.

Im zweiten Teil lieh die Kraft der beiden bis dahin trefflichen Hauptdarsteller, des Fräulein Käthe Hannemann in der Belinde- und Hartaus in der Gattenrolle sichlich nach. Die Leidenschaft des Mannes geriet allmählich ins Polternde, und im Schmerz Belindens an der Jahre des Geliebten fehlte der Atem fortreißenden Glanz. Vor allem aber litt das Interesse dadurch, daß der Dichter hier die ganz unmögliche Figur des Ghazinh, des gedankhaften Bruders der Belinde, breit in den Vordergrund schob. Herr Bild gab die Rolle aber geradezu virtuos, füllte ihre wirren Konturen, so weit nur eine Möglichkeit bestand, mit feinstem Rumpfschub für des Dichters Intentionen aus. Aber er konnte die Absurditäten des mit keinem Tropfen Dichterbiss erwärmten Ghazinh's höchstens mildern, nicht vergessen machen. Ghazinh soll eine Art Don Quixotte vertiegenes Aesthetentum sein. Doch statt uns einen solchen Typ als Menschen vorzuführen, uns nahe zu bringen, in dieser Rarität Züge allgemeiner Menschlichkeit abzuzeichnen, läßt er einen konstruierten Popanz im leeren Raume kopfsteil schweben.

Daneben aber spinnst sich ein tiefes seelisches Geschehen weiter fort. Die felsenste Aufrichtigkeit des Gatten, daß ihre Liebe nicht ausgelöscht sei durch die Jahre, die stillen Huldigungen, mit denen er sie umgibt, bringen Belindens innerliches Gefühl ins Wanken. Sie spürt mit banalem Schreck die Neigung zu dem Manne, der den Geliebten in den Tod getrieben, wachien. Der Gedanke, daß sie frevelnd in ihres Herzens Unbeständigkeit die Treue nochmals brechen könnte, macht sie grauen. In solcher Wirnis endet sie ihr Leben, und der Gatte folgt ihr ins Grab.

Jedenfalls verdient die Dichtung Dank, daß sie es mit diesem eigenartigen Werke — trotz aller offensbaren Mängel wohl des besten, das Eulenberg bisher gelang, wagte. Von den Darstellern ist neben den schon erwähnten Herr Bildt ehrenvoll zu nennen, der in der Rolle des Liebhabers den schwärmerischen Jünglingsenthusiasmus ausgezeichnet traf.

Ein Drama gegen den Alkohol.

Aus Bremen wird geschrieben: „Helmut Haring“, eine Geschichte aus unserer Zeit nach Dr. Hermann Popert, kam im hiesigen Schiller-Theater in einer dramatischen Bearbeitung von Direktor Adolf Steinmann zur Uraufführung. Der Roman behandelt bekanntlich die Geschichte eines Landrichters, der teils im Gerichtsaal, teils in seiner eigenen Familie so oft und nahe den verderblichen Folgen des Alkoholenusses ins Antlitz schauen muß, daß er zum begeisterten Apostel der Abstinenzbewegung wird. Die absolut



# Soziales.

## Aus dem Gewerbegericht.

### 1. Büfett- und Bettmamsell.

Eine Büfettmamsell klagte gegen den Restaurateur Balzer auf Auszahlung von 130 M. Lohnrest.  
Die Klägerin hat den Dienst verlassen, weil ihr der geforderte Aufschlag nicht gewährt wurde. Der Beklagte wendete ein, die Klägerin habe sich an Betten beteiligt, auf die er sich aus Gütmütigkeit und nach wiederholtem Drängen eingelassen habe. Ihr seien auch einige Male Beträge ausgezahlt worden; das andere Geld aber habe er aufgeschoben. Die Klägerin erwiderte, mit der Aufrechnung sei sie nicht einverstanden gewesen. Die Gewinne seien ihr nicht ausgezahlt worden.

Der Vorsitzende, Dr. Berthold, bezeichnete diese Bettabschlüsse zwischen Angestellte und Arbeitgeber als recht merkwürdige. Die Sache kam durch vergleichsweise Zahlung von 80 M. zur Erledigung.

Der Klägerin stand ein Recht auf den gesamten Lohnrest zu, weil 1. Aufrechnungen gegen den Lohn nach § 394 B.-G.-B. unzulässig und 2. Beten nach § 702 B.-G.-B. uneintragbar sind.

### 2. Kündigungsskizze.

Ein Portier klagte gegen die Cinema, G. m. b. H., auf eine Mäßige Lohnentziehung in Höhe von 22 M. wegen kündigungsscher Entlassung.

Kläger war in den Abendstunden als Portier tätig und erhielt dafür 11 M. Wochenlohn. Er war im Einverständnis mit dem Beklagten an die Stelle seines Schwagers getreten. Ueber Kündigung war nichts vereinbart. Der Beklagte machte geltend, bei derartigen Personal sei Kündigungsschluss ortsüblich.

Das Gericht verurteilte die Firma dem Klageantrag gemäß zur Zahlung. Nach § 122 der Gewerbeordnung beträgt die Kündigungsfrist 14 Tage, falls nichts anderes vereinbart ist. Ein Ortsgebrauch kann diese Vorschrift nicht ändern, es könnte nur unter besonderen Umständen aus einem allgemein üblichen Kündigungsschluss auf eine stillschweigende Vereinbarung der Parteien ein Rückschluss gezogen werden. Solche Umstände lagen hier nicht vor.

# Gerichts-Zeitung.

## Milde Strafen gegen — Arbeitgeber und Polizeikommissare.

### 1. Die Rache eines liebesdürstigen, abgewiesenen Agrariers.

Bei dem Besitzer Georg Jurskat in Annuschen (Ostpreußen) stand eine Arbeiterfrau in Arbeit und wohnte dort zu Miete. Eines Nachts machte der verheiratete Besitzer der Frau einen Besuch in ihrer Wohnung. Er fand aber keine Gegenliebe und mußte abziehen, ohne seinen Liebesdurst gestillt zu haben. Ehe er das Feld räumte, befahl er der Arbeiterfrau noch, über diesen Besuch zu schweigen, damit seine Frau nichts erfahre. Doch die Arbeiterin erzählte von der Affäre ihrer Freundin. Als Jurskat erfuhr, daß die Frau nicht reinen Mund gehalten hatte, brang er in ihre Wohnung, beschimpfte sie, würgte sie, schlug ihr mit einem schweren Schlüssel auf den Kopf und bearbeitete sie dann mit den schweren Holzklumpen, so daß die Frau blutüberströmt aus ihrer Wohnung flüchten und in einem fremden Gehöft Schutz suchen mußte. Der Agrarier wurde vom Tilziter Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die überaus rohe und gemeingefährliche Tat, die sich als grober Hausfriedensbruch, schwere Beleidigung und Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls unter Verwendung gefährlicher Werkzeuge darstellte, hätte eine nach Jahren zu bemessende Freiheitsstrafe verdient. Oder verdienen Roheiten, wenn sie Frauen gegenüber von deren Arbeitgeber verübt werden, besondere Milde?

### 2. Der Polizeikommissar mit der Hundepfeife.

Der frühere Polizeikommissar Max Poschid hatte sich vor der Tilziter Strafkammer wegen Mißhandlung zweier Personen zu verantworten. Er hatte am 6. April einen Helfstoffarbeiter und einen Barbierlehrling auf der Straße geohrfeigt und mit der Hundepfeife geschlagen, so daß der Lehrling Verletzungen davongetragen hat und krank gewesen ist. Der Angeklagte, der bald nach dem Vorfall entlassen wurde, weil er zuunrecht Verhaftungen vornahm und sehr oft die Knäpfein besuchte, gab an, er hätte sich infolge des Biergenusses in Erregung befunden. Das Gericht verurteilte ihn zu 100 Mark Geld-

und dramatische Natur des Stoffes und den tendenziösen Beigeschmack, der seiner Gestaltung die letzte künstlerische Reife nicht zu erreichen gestattet, hat der Bearbeiter mit bemerkenswertem Geschick zu überwinden gekonnt, so daß das Ganze als solches zwar kein Drama, wohl aber eine Reihe von Dramen geworden ist.

## Notizen.

— Theaterchronik. Im Neuen Volks-Theater findet Freitag die Uraufführung von Strindbergs „Rausch“ statt. — Das Deutsche Künstlertheater bringt als nächste Aufführung aus dem früheren Spielplan des Dramatischen Ensembles am Freitag neuinstudiert „Gespenscher“.

— Die Gelehrten-Vorträge der Urania beginnen am Freitag, abends 8 Uhr, mit dem Vortrage Prof. Reinkeins über „Weltentstehung und Weltuntergang“. An demselben Abend beginnt Prof. Dr. P. Schwahn im kleinen Hörsaal des Instituts einen Zyklus von vier Vorträgen über die Einführung in die Erdkunde.

— Anton v. Werner im Abgang? Der Direktor der Mademischen Hochschule für die bildenden Künste Professor Anton v. Werner hat einen sechsmonatigen Urlaub zur Kräftigung seiner Gesundheit erhalten. Ob er auf seinen Posten zurückkehren wird, ist noch nicht ausgemacht. Die total zerfallenen Verhältnisse unserer künftigen Kunstpflege verlangen jedenfalls eine Reform an Haupt und Gliedern. Aber das persönliche Regiment ist dem überall im Wege.

— Der Dichter, der einen Verleger mären sucht. Im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel veröffentlicht Ernst v. Solzogen, der Verfasser von vielgelesenen Romanen, der in vielen Sätteln gerodete Schriftsteller, folgendes Inserat: „Ich suche für mein Lebenswerk für meine dichterischen Leistungen wie für meine schriftstellerische Marktware einen Verleger-Mären, der mir durch ein festes Einkommen freies Schaffen ermöglicht. Zwei druckfertige Hefen für den Weihnachtmarkt vorliegend.“

— Die Konfessionen der Stenographie. Auf dem Braunkauer Vertretertag der Kurzschriftschule Stolze-Schrey beschäftigte man sich unter anderem mit der durch die Preise gegangenen Beurteilung des Vorsitzenden des Gabelsbergerischen Stenographenbundes Professor Pfaff in Darmstadt, daß ihm von Vertretern preussischer Behörden gesagt worden sei, Gabelsberger wäre das katholische, Stolze-Schrey das evangelische System. Hiergegen wurde lebhaft Einspruch erhoben und die Verquickung der Kurzschriftsysteme mit konfessionellen und parteipolitischen Fragen als unzulässig abgelehnt.

— Die Wiener Zensur hat die Aufführung von Franz Wedekinds Einakter „Schloß Wetterstein“ an der Neuen Wiener Bühne unterbott.

strafe mit der Begründung, daß das Publikum gegen die Uebergriffe der Polizeibeamten geschützt werden müßte.

Würde auch keine Gefängnisstrafe verhängt sein, wenn der Polizeikommissar oder etwa ein „Arbeitswilliger“ von einem Zivilisten geohrfeigt und mit der Hundepfeife geschlagen wäre?

## Traurige Folgen einer Schlägerei

lagen einer Anklage wegen schwerer Körperverletzung zugrunde, die den 22 Jahre alten Former Paul Engelbrecht vor die Strafkammer des Landgerichts II führte. Am Abend des 3. Mai entfiel in der Elbestraße in Neukölln zwischen mehreren Personen ein Streit; infolgedessen sammelten sich einige Zuschauer an, darunter auch der Lederarbeiter Paul Schneider. Obgleich dieser mit der ganzen Sache nichts zu tun hatte, erhielt er plötzlich von einem der Streitenden einen Stoß vor die Brust, so daß er zu Boden stürzte. Er sprang sofort auf und wollte sich gegen seinen Angreifer wenden. Dieser lief aber fort und als er ihn verfolgte, umgingelten ihn einige Genossen des letzteren und einer von ihnen verfeigte ihm von hinten einen Schlag gegen das Auge. Der Schläger muß einen Schlagring, ein Messer oder dergleichen in der Hand gehabt haben, denn die Folgen des Schlags waren überaus betrüblich. Die Verletzung war derartig schmerzhaft, daß das rechte Auge entfernt werden mußte. Als Täter sah die Anklage den Angeklagten an, da mehrere Personen ihn als denjenigen wiederzuerkennen glaubten, der den verhängnisvollen Schlag ausgeführt hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 1½ Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da die Melanoskopierungen zum Beweis, daß der Angeklagte in der Tat der Täter war, nicht ausreichten.

## Polizeibeamte als Gefährdungserpresser.

Die Karlsruher Strafkammer beschäftigte sich gestern mit dem Schumann Ankle und dem Schumann Dath, die unter der Anklage der Erpressung eines Gefährdnisses und schwerer Körperverletzung standen. Ein Kaufmann hatte sein Portemonnaie bei einem Tanzvergügen verloren. Er erklärte, in demselben hätten sich 120 bis 140 M. befunden; der Finder erhalte eine Belohnung von 30 M. Der 10jährige Sohn eines Goldarbeiters, Max Linde, machte sich mit der 13jährigen Tochter des Vaters auf die Suche. Sie hatten Glück und lieferten den Geldbeutel mit 152 M. ab. Als der Vater des Kindes Anspruch auf den Finderlohn machte, lehnte der Verkäufer das ab und behauptete, in dem Beutel hätten sich 15 M. mehr befunden. Der angeklagte Schumann Ankle holte den Knaben aus der Schule, behauptete, er habe 15 M. unterschlagen. Der Knabe bestritt das energisch. Darauf nahm der Schumann den Knaben zur Wache mit und schlug dort mit einem Gummistückel auf ihn los. Dann brachte er den die Schuld abstreitenden Kleinen nach der Wohnung zurück, verlangte, er solle die 15 M. herausgeben. Das konnte der Knabe natürlich nicht. Nun schleppte der Schumann Ankle den Knaben wieder nach dem Polizeibureau und schlug — unterstützt von seinem Kollegen Dath — auf das arme Kind so lange los, bis ein „Gefährdnis“ abgelegt wurde. Der Knabe machte dann, verfolgt von den gemeingefährlichen Schuppleuten, einen Selbstmordversuch durch einen Sprung in die Nagold.

Das Gericht verurteilte die Rufferschuppleute zu je einem Jahre Zuchthaus. Es besaß, daß es lediglich mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Täter auf die Minimalstrafe erkannt habe.

## Erpressung beim Umzug.

Von den Freunden eines Umzuges wurde in einer gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I verhandelten Anklage wegen Erpressung erzählt. Der Angeklagte, Fuhrmann Willi Stein, hatte es übernommen, am 2. März den Kleinen Umzug einer Witwe Ebell von der Vintenstraße bis zur Dreifeststraße zu bewerkstelligen und hatte, alles in allem, einen Preis von 18 Mark dafür verlangt und auch bewilligt erhalten. Als er am Umzugstage mit seinem Wagen vorgefahren war und es an das Ausladen der Möbel gehen sollte, erklärte er, daß er zunächst 1 Mark Trinkgeld erhalten müsse. Frau E. gab auch das Geld; sie erschrak aber nicht wenig, als der Angeklagte, indem der Wagen vor der neuen Wohnung in der Dreifeststraße angehalten war, an sie herantrat und ihr erklärte, daß er kein Möbelstück abladen würde, wenn ihm nicht noch 8 Mark Trinkgeld bewilligt würden. Vergebens machte Frau E. Vorstellungen unter dem Hinweis darauf, daß er den Umzug für den Gesamtpreis von 18 Mark übernommen habe. Sie erreichte nach längerem Verhandeln nur, daß die Forderung auf 4 Mark zurückgeführt wurde. Frau E. mußte wohl oder übel nach Abzug der schon gezahlten 1 Mark noch 3 Mark zahlen. Als nach Abladen sämtlicher Möbel sich nur noch ein Spind auf dem Wagen befand, erklärte der Angeklagte, daß er dieses unter keinen Umständen in die Wohnung schaffen würde, wenn er nicht noch 2 Mark Trinkgeld erhalte. Der Frau blieb nichts übrig, als unter diesem Druck auch diese Forderung noch zu erfüllen. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Erpressung zu 3 Monaten Gefängnis.

## Unterschlagungen im Amt.

1. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III hatte sich gestern der Eisenbahnbeamte Artur Genger aus Charlottenburg wegen Amtsverbrechen zu verantworten. Der Angeklagte war auf dem Charlottenburger Bahnhof etwa zwei Monate lang Fahrkartenverkäufer und hat in dieser Stellung vereinnahmte Gelder und ganze Posten Fahrkarten unterschlagen sowie die Einnahmen falsch gebucht. Der Schaden, den der Eisenbahnfiskus erlitten hat, beziffert sich auf 2450 M. Die Sucht, auf Nebenbahnen zu weiten, hatte den Angeklagten auf die schiefse Ebene geführt. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungszeit.

2. Wegen Unterschlagungen im Amt und Registerfälschung hatte sich vor dem Schwurgericht gestern der Rangleisestretär Albert Albrecht zu verantworten. Der Angeklagte bezog zuletzt ein Gehalt von 2800 M. Von der Militärzeit her hatte er Schulden. Er wurde im April d. J. von der kaiserlichen Disziplinar-Kammer in Potsdam wegen Dienstvergehens zur Strafverurteilung unter Verminderung des Dienstehelms um ein Zwölftel verurteilt. Bald darauf stellte es sich heraus, daß der Angeklagte von neuem Antragsfähigkeit bezogen und diese durch Fälschung der Bücher verdeckt hatte. Es ergab sich, daß er während seiner Tätigkeit in dem Bureau, in welchem die Anmeldebücher für die Patente eingezogen werden, nach und nach 55, 150 und 550 Mark unterschlagen hatte. Er wurde nun sofort vom Dienst suspendiert und unter Anklage gestellt. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurde Albrecht im Sinne der Anklage zu 2 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust, sowie Aberkennung der Fähigkeit zur Velleistung öffentlicher Ämter auf die gleiche Dauer verurteilt.

## Aus aller Welt.

### Russische Zustände.

Ein typisches Beispiel für das in Rußland immer mehr emporkommende Räuberumwesen ist ein Ueberfall, der in der Nacht zum Mittwoch inmitten der Stadt Wladikavkas im Kaukasus erfolgreich durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt der Stadt haben vierzig Räuber einen Juwelierladen beraubt und dabei durch Revolverschüsse zwei Schuppleute getötet, einen höheren Polizeibeamten, einen Schupplemann und den Ladenbesitzer verwundet. Die Räuber brachten ihren Raub in bereitstehende Wagen und fuhren davon.

Rußlands Nachhabe ernten mit diesen anarchischen Zuständen nur das, was ihre Gewaltpolitik gesät hat. Wenn sie die ganze

Kraft einsetzen, jede freiherrliche Regierung niederzuschlagen, wenn der gesamte Regierungsmechanismus dazu benützt wird, die vorwärtsdrängende Arbeiterkraft am Boden zu halten, muß sich diese Gewaltpolitik im Anwachsen des Räuberumwesens bemerkbar machen. Und schließlich ahnen die Räuber nur das Treiben eines großen Teiles der russischen Bureaucratie nach, der in voller Deffentlichkeit den Staat um ungezählte Millionen betrügt.

## Kleine Notizen.

Zur Luftschiffkatastrophe auf der Ostsee. Nach einer Meldung aus Gesele münde ist vom Dampfer „Juno“ 16 Meilen von Helgoland eine Leiche in Marineuniform, deren Hemd mit dem Namen Waller gezeichnet war, aufgefunden worden. Die Leiche wurde nach Seemannsbrauch im Meere verjast. Ferner hat der Dampfer eine jedenfalls noch vom L I stammende kleine Ledertasche und eine Marinemütze, in der der Name Adam stand, und die dem Wande nach ebenfalls von einem Angehörigen der Besatzung vom L I stammt, aufgefunden.

Schweres Grubenunglück. Auf Zeche Waldur bei Redlinghausen wurden drei Bergleute verstickt. Zwei waren sofort tot, der dritte wurde schwer verletzt.

Der „Bauernschreck“. Die Bemühungen, sich der seit langem auf Kor- und Stubalpe im steirischen Grenzgebiete hausenden, als Bauernschreck verfolgten Raubtiere zu bemächtigen, die fortgesetzt Vieherden anheilen, sind bisher erfolglos geblieben. In Graz traf die Nachricht ein, daß an der steirisch-niederösterreichischen Grenze ein Raubtier in den letzten Tagen zwei Knaben verjast hat. Einer der Knaben bezeichnete nach einem ihm vorgelegten Tieratlas das Tier als Puma.

### Todes-Anzeigen

Am Dienstag früh 6 Uhr verschied sanft nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treuherziger Vater, Schwieger- und Großvater, der Gastwirt

### Julius Last

im 58. Lebensjahr. 79a Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

Witwe Anna Last.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Hospitals, Kirchhofes in der Röllertstraße Ecke Seefraße aus statt.

### Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 4. Oktober unser Mitglied, der Kollege

### Karl Fischer

(Bezirk Spandau) im Alter von 48 Jahren an Asthma verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, 10. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Spandauer Gemeinde-Friedhofes, In den Nischen, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

1903 Der Vorstand.

### Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Am 7. Oktober verstarb unser Genosse, der Gastwirt

### Julius Last

(Wallerstr. 126a, Bezirk 777). Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Röllertstraße, Ecke Seefraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

1903/18 Der Vorstand.

### Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Todes meines Bruders Rudolf Nehmer sage allen Freunden und Bekannten sowie seinen Kollegen der Firma Gomlich meinen innigsten Dank.

26115 Eduard Nehmer.

### Swinemünder Gesellschaftshaus

Swinemünder Str. 42.

Toten Sonntag sowie Sonnabende und Sonntage noch frei. 26106

### Sozialdemokratischer Wahlverein Spandau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Töpfer

### Karl Fischer

Behrenburger Straße, Bezirk 10 im Alter von 48 Jahren plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Friedhofes in den Nischen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

### Steppdecken Spezialhaus

### Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Simillseide in den Farben 5<sup>25</sup> bis 21<sup>00</sup>

Soldonors. bord., 6<sup>00</sup> bis 27<sup>00</sup>

Wollatlas blau, 6<sup>00</sup> bis 27<sup>00</sup>

oliv

Baumendecken 25<sup>00</sup> bis 125<sup>00</sup>

Puppensteppdecken ... 35 Pf.

Schlafrdecken ... 2<sup>50</sup> bis 36<sup>00</sup>

1 Partie Schnitterdecken ... 1<sup>25</sup>

grau

Nach auswärts per Nachnahme.

### Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. fr.

## Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69

Soeben erschienen:

# Völkerschlachten und Klassenkämpfe

Urkundliche Beiträge zur Jahrhundertfeier

gesammelt von

### A. CONRADY

Erster Teil

Leinenband 1.— Mark gebunden

Der zweite Teil erscheint in wenigen Tagen!



**Fritz Hoffmann**  
 Dolzig Buch zum achtzigsten  
 Geburtstag: Unseren Gruß!  
 Die Genossen A. G. und E. K.  
 im dritten Wahlkreis.

Unserem Genossen u. Kollegen  
**Fritz Hoffmann**  
 aus dem 3. Wahlkreis, zur Zeit  
 in Buch (Dolzig), zu seinem  
 achtzigsten Geburtstag die herz-  
 lichsten Glückwünsche.  
 O. Kolleg, von G. L. Broderocke.

**Ein- und Verkaufsgenossen-**  
**schaft der selbständigen**  
**Tabakverarbeiter Deutschlands**  
 in Liquidation.  
 Laut Beschluss der General-Ver-  
 sammlung vom 13. Juli ex. aufgelöst.  
 Gläubiger wollen sich melden.  
 Berlin, den 1. Oktober 1913.  
**Die Liquidatoren:**  
 Fritz Ehlert. Ferd. Ehlert.  
 Rosenfelder Str. 17. 26156

**10 Wk. monatliche**  
**Raten**  
 Liefer elegante Herren-Garde-  
 roben u. Maß. Strengste Diskretion.  
**W. Krüger Jr., Berlin N 58,**  
 Oberberger Str. 12, im Laden.

**D. A. J. Weil's**  
**Hafermark**  
 macht alle Kinder stark!  
 Natürliches Nähr- und Kräfti-  
 gungsmittel für Säuglinge,  
 stillende Mütter, Magen-  
 leidende, Schwächliche, Re-  
 konvaleszenten und für den  
 täglichen Familientisch.  
 Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.  
 Zu haben bei **D. Mader,**  
 Prinzenstraße 93 und in den  
**Filialen d. Konsumgenossen-**  
**schaft Berlin u. Umgeg. 269/1\***

**Zentralverband der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.**  
**Deutschlands.**  
 Bureau: Engelauer 14/15. Geschäftsstelle Groß-Berlin. Tel.: Amt Rorikpl. 13261

**Einladung**  
 zu der am Freitag, den 10. Oktober, abds. 8<sup>1/2</sup> Uhr, und Sonnabend, den 11. Oktober,  
 vormittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 3), stattfindenden  
**Betriebsversammlung**  
 der Maschinisten, Heizer und Berufskollegen aller Brauereien  
 von Berlin und Umgebung.  
 Tagesordnung: 1. Heizer, Maschinenmeister und Direktion der Schultheißbrauerei,  
 Abteilung I. 2. Betriebsangelegenheiten.  
 Kollegen! Erscheint bis auf den letzten Mann in der Versammlung, keiner fehle!  
 Die Ortsverwaltung.



Kathrein's Malzkaffee schmeckt gut, ist gesund und -  
 billig. 20 Tassen nur 10 Pfennig.

**Theater.**  
 Donnerstag, 9. Oktober 1913  
 Anfang 8 Uhr.  
**Eines Palast am Zoo.** Varietés-  
 Lichtspiele.  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Eines Rollendorf-Theater.** Varietés-  
 Lichtspiele.  
 Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Kgl. Schauspielhaus.** Schwanen-  
 tor.  
 Deutsches Hamlet.  
 Kammerstücke. Ruffel.  
 Königlicher Straßer. Brand.  
 Verena. Beer Gant.  
 Zirkus Busch. Galavorstellung.  
 Zirkus Schumann. Galavorstellung.  
 Anfang 8 Uhr.

**Schiller-Theater O.**  
 (Wallner-Theater).  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Stützen der Gesellschaft.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Am Tage des Gerichts.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Stützen der Gesellschaft.**

**Schiller-Theater**  
**Charlottenburg.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Großstadtluft.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wenn der neue Wein blüht**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Großstadtluft.**  
**Deutsches Schauspielhaus**  
 Abends 8 Uhr: **Der gute Ruf.**  
 8<sup>1/2</sup> Uhr: **Residenz-Theater**  
 8<sup>1/2</sup> Uhr: **Im Ehekäfig.**

(Les Marias en cage.)  
 Schwanz in 3 Akten v. Antony Mars  
 und Maurice Desvalliers.  
 Romy u. Jola. Tage: Im Ehekäfig.

**Theater des Westens.**  
**Gräfin Fifi.**  
 8 Uhr: **Gräfin Fifi.**  
 Sonnt. nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr: **Der Hebe Augustin**

**Lessing-Theater.**  
 Heute 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
**PEER GYNT.**

**Deutsches Künstlertheater**  
**Sozialist.**  
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.  
 Der zerbrochene Krug.

**Theater am Rollendorfplatz 5.**  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Heimkehr des Odysseus.**  
 Barleske-Operette.

**Montis Operetten-Theater**  
 Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)  
 8 Uhr: Gastspiel Jul. Spidemann.  
 Der lachende Ehemann.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Die Schiffbrüchigen.**  
 Theaterstück in 3 Akten von Brünoy.  
 Freitag: Laura weinert.  
 Sonnabend/nachmittag: Frau Holle.

**Concordia - Festsäle**  
 Inh.: M. Woodt u. A. Schütze  
 64 Andreas-Straße 64.  
 Jeden Donnerstag und Sonntag:  
**Soiree**  
 Der allgemein be-  
 liebten u. bekannten  
**Hoffmanns**  
**Sänger**  
 mit vollständig  
 neuem Programm.  
 Anf. 8 Uhr. Nach der Soiree:  
**Frei-Tanz.**  
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
 Außerdem Sonntag:  
 Gr. Militär-Streichkonz.  
 der Kapelle d. Garde-Pioniere  
 unter Leitung des Kgl. Ober-  
 musikm. Herrn R. Köhle

**Berliner Theater.**  
 8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**  
 Theater in der Königgrätzer Straße  
 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Brand.**  
**Komödienhaus.**  
 8 Uhr: **Das Paar nach der Mode.**

**Freie Volksbühne**

Die nächsten Konzertveranstaltungen des Kartells.  
**Großes Chor-Konzert**  
 - 400 Mitwirkende -  
 am Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
 in der Neuen Welt.  
**Zeitgenössische Musik** (Mahler u. Strauß)  
 Die Anwanderer, v. Vorhaeren - Erntelied, Komposition  
 von Oskar Fried.  
**Blüthner-Orchester** (100 Künstler) Dirig. Osk. Fried.  
**Thilo'sche Chöre** (300 Sänger).  
 Eintrittskarten à 80 Pf. sind in den Zahlstellen und in  
 den Geschäftsstellen zu haben.

Sonntag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr:  
**2. Kammermusikabend**  
 im Konzertsaal der Singakademie (Kastanienwäldchen).

**Konzert des Flonzaley-Quartetts**  
 (die Herren Betti, Pochou, Ara, D'Archembeau).  
 Programm: Haydn: Lerchenquartett, Op. 64 No. 5  
 Dvorak: Terzett für 2 Violinen u. Viola  
 Schubert: Quartett D-moll Op. posth.  
 Eintrittskarten à 60 Pf. in folgenden Zahlstellen:  
 N, Zigarrogeschäft Boyer, Veteranenstr. 11; SO, Zigarrogeschäft  
 Horsch, Engelauer 15; O, Zigarrogeschäft Dunst,  
 Kadiner Str. 15; S, Zigarrogeschäft G. Schulz, Admiral-  
 straße 40a; NW, Restaurant Göbel, Putlitstr. 10; C, Kauf-  
 haus Fr. Hahn, Alexanderplatz; **Charlottenburg:**  
 Schmidt, Wilmersdorfer Str. 130; **Neukölln:** Conrad,  
 Hermannstr. 50. 245/12

**Ordnersitzung**  
 Sonnabend, den 10. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3). Das Erscheinen aller Ordner ist Pflicht.

**Werbet Mitglieder!**

**„Clou“** :: Berliner ::  
 Konzerthaus  
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

**Großes Doppel-Konzert!**  
 Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-Quartett.  
 Leitung: Komponist Frz. v. Bion.  
 Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Gran-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Braso.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
 An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
 Luisen-Theater. Walthalla-Theater.  
 8<sup>1/2</sup> Uhr: **Die falsche Kohelt.** Täglich 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
 Kriminalromane in 4 Akten. **Der Liebesonkel.**  
 Volle m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.

**Brauerei Friedrichshain**  
 Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr:  
**Populäres Konzert** des  
**Berliner Volks-Orchesters** Dir.  
 Alfr. Hirsch  
 sowie Gastspiel der Opernsängerin **Erna Hallenleben.**  
**Dr. Heinz Caspary** — Lieder zur Laute — und  
**Wladimir Dawingoff** aus Petersburg, der einzige Kapell-  
 meister, welcher durch hunderte Vosen und Bewegungen Musik illustriert.  
 Abendkasse 50 Pf., Billets im Vorverkauf à 30 Pf. sind  
 bei den „Vormärts“-Spieltheatern Zucht, Immanuelstr. 12 und  
 Hanisch, Adlerstr. 174, zu haben.

**Nible's Festsäle**  
 Tennendammstraße 13. Fernsprecher: Rurfürst 2004.  
 Jeden Donnerstag und Sonntag: **Großer Ball.**  
 Die Säle sind noch für Samstag, Sonntag und Sonnabend, den 6. und  
 13. Dezember zu günstigen Bedingungen frei!

**Zirkus Busch.**  
 Heute Donnerstag, den 9. Oktober,  
 abends 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Große Gala-Vorstellung.**  
 Die neue große Kunstst.-Antoni.  
**Aus unseren Kolonien.**  
 Vorher die großen Attraktionen.  
 In Anbetracht des außerordent-  
 lichen Andrangs zu den Nach-  
 mittags-Vorstellungen und des  
 hierdurch entstehenden Aufenthalts  
 an den Kassen wird daraus hin-  
 gewiesen, daß die Nachmittags-  
 billets schon täglich an der Kasse  
 nachmittags von 10 bis 1 Uhr im  
 Vorverkauf zu haben sind.

**Metropol-Theater**  
 Abends 7 Uhr 55 präzise:  
**Die Reise um die Erde**  
 in 40 Tagen.

Dr. Kunststaltungss. m. Ges. u. Tanz in  
 19 Akte, m. vollständig freier Benutzung  
 des Jules Verne'schen Romanes von  
**Julius Freund.**

**Mujit** von Jean Gilbert.  
 In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.  
**Karl Bachmann. Joseph Giampietro.**  
**Guido Thielscher. Alfred Schmasow.**  
**Leopold Wolf. Ludwig Wolf.**  
**Helene Ballet. Ida Russka. J. de Lande.**

Neu! Von 9-1 Uhr: Neu!  
**Metropol-Bar**  
 Rendezvous  
 der vornehmen Lebewelt.  
 2 Kapellen.

**Passage-Panoptikum**  
**Mundmaler Schuld**  
 der  
**Rafael**  
**ohne**  
**Arme**  
 bei seinen Arbeiten.  
**Lebend zu sehen!**  
 Der Mann mit der eisernen Hand  
 und die anderen Attraktionen.

**Trianon-Theater.**  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Seine Geliebte.**

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger**  
 Heute! **„Alarm!“**  
 M. Humoreske  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag nachm.  
 3 Uhr zu er-  
 mäßigt. Preisen:  
**„Alarm!“**  
 Log. 1 Str., Ball. 75 Pf., Entree 30 Pf.

**URANIA**  
 Tauentzienstraße 48/49.  
 8 Uhr: **Mit dem „Imperator“**  
 nach New York.  
 Prospekt über Gelehrten-Vorträge  
 (im Wissenschaftlichen Theater) und  
 naturwissenschaftliche Hörsaalkurse  
 kostenlos.

**Zirkus**  
**Alb. Schumann.**  
 Heute Donnerstag, 9. Okt.  
 Anf. 7<sup>1/2</sup> Uhr Ende 11 Uhr  
**Große Elitenvorstellung.**  
 U. a.  
 Direktor Alb. Schumann  
 mit seinen einzig dastehenden  
 Schul- und Freizeitsportarten.  
**10 Bengal-Königstiger**  
 Sonntag, den 12. Oktober:  
**2 gr. Vorstellungen 2**  
 nachm. 3<sup>1/2</sup> u. ab. 7<sup>1/2</sup> Uhr. 2  
 Nachm. hat jed. Erwachsene  
 1 Kind unter  
 10 Jahren frei.  
 Der Vorverkauf zu den  
 Sonntags-Vorstellungen  
 hat bereits begonnen.

**Berliner Prater-Theater**  
 Kastanienallee 7-9.  
 Donnerstag, den 9. Oktober:  
**Gastspiel des Boigt-Theaters.**  
**Die Spione.**  
 Schwanz in 3 Akten von Kurt Strach.  
 Staffeldorffstr. 7 Uhr. Anf. 8<sup>1/2</sup> Uhr.

**Casino-Theater**  
 Potzdamer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
 Nur noch bis 10. Oktober  
**Der Aktien-Tenor**  
 u. das glänzende Varietés-Programm.  
 Freitag, d. 11. Oktober, zum 1. Mal:  
**Ferdinand der Tugendhafte.**  
 Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
 Am grünen Strand der Spree.

**Folies Caprice.**  
 Ritter Baldrian  
**Das Adoptivkind**  
**Die Mißgeburt**  
 Anfang  
 8<sup>1/2</sup> Uhr

**Admiralspalast**  
 Eis-Arena.  
 Heute zum letzten Male:  
**Flirt in St. Moritz.**  
 Morgen geschlossen.

Sonntag, d. 11. Okt.:  
**Premiere!**  
 des Eisballetts  
**Die lustige Puppe.**  
 Text von Leo Bartuschoek.  
 Musik von Julius Einödshofer.

**Märkischer Hof**  
 Admiralsstr. 18c  
 Fernsprecher: Rorikplatz 4594.  
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**  
 Die Säle sind wieder für den 13. und  
 25. Dezember zu günstigen Bedingungen  
 zu vergeben. Auch sind noch zur Be-  
 nachbesserung der 27. und 28. frei!







# Die Berliner Parteigenossen und der Jenaer Parteitag.

Am Dienstag nahmen die Berliner Parteigenossen zu den Beschlüssen des Jenaer Parteitages Stellung. Ueber den Verlauf der Versammlungen erhalten wir folgende Berichte:

## Erster Wahlkreis.

**Volkmann** als Delegierter erstattete Bericht und recapitulirte die Verhandlungen auf dem Parteitag. Bezüglich des Massenstreiks meinte Redner, daß die Genossin Luxemburg auch nicht gesagt habe, wie es gemacht werden solle. Er habe gegen den Antrag Luxemburg gestimmt und sich auf den Standpunkt der Resolution des Parteivorstandes gestellt. In der Steuerfrage sei er für den Antrag Bäum eingetreten. Bei den Wahlen zum Parteivorstand, wo Brühl von Groß-Berlin vorgeschlagen worden sei, sei es leider anders gekommen, als Groß-Berlin es gewünscht habe. Im übrigen könne man sich freuen, daß alle diejenigen Gegner, die von dem Parteitag eine Spaltung der Partei oder sonstige Sensationen erwartet haben, gründlich enttäuscht worden seien. Der Parteitag habe trotz aller Streitfragen die vollste Entschlossenheit der Partei zum Ausdruck gebracht.

**Vubliß:** Er könne mit den Ergebnissen des Parteitages nicht zufrieden sein. Dem Parteitag habe die Geschlossenheit, die feste Richtung gefehlt. Gut sei es aber, daß der Parteitag sich mit der Jugendbewegung beschäftigt habe, denn wir müßten alles tun, um den bürgerlichen Jugendbestrebungen entgegenzuarbeiten. Daß der wirtschaftliche Niedergang bis zu einem gewissen Grade Schuld sei am Stillstand in der Parteibewegung, treffe zu; aber auch das geistige Leben der Partei zeige eine gewisse Stodung. Wenn gesagt worden sei, die Massenstreikfrage ist nicht aus den Massen gekommen, sondern einige Akademiker hätten die Frage aufgeworfen, so stimme das nicht. Die Frage habe sich aus den Massen geradezu herausgedrängt. Es sei besser, Klarheit über den Massenstreik zu schaffen, ehe man ihn anwende. Er hätte gewünscht, daß die Resolution Luxemburg angenommen worden wäre. Mit der Resolution des Parteivorstandes wisse man nicht, was man anfangen solle. Bauers Rede habe wohl auf den Parteivorstand so deprimierend gewirkt, daß die Parteivorstandsmitglieder sich veranlaßt fühlten, in ihrem Schlusswort wieder schärfer zu reden. Nun zu den Wahlen zum Parteivorstand. Er glaube, daß, wenn die Revisionisten zur Herrschaft kommen, sie viel konsequenter seien. Sein Zweifel, der Revisionismus hat auf dem Parteitag eine Verjährung erfahren. Brühl habe sich erlaubt, in der Massenstreikfrage anderer Meinung zu sein als der Parteivorstand und sei deshalb auch herausgewählt worden. Dies betrachte er, Redner, als ein Zeichen reinlicher Scheidung. Man brauche darüber nicht betrübt zu sein, denn es wird die andere Seite veranlassen, sich nunmehr auch weiter zusammenzuschließen. Die Art, wie der Fall Nadel erledigt wurde, entspreche nicht den bisherigen Gepflogenheiten der Partei. Eine solche Rückdrehung, wie der Parteitag sie vorgenommen habe, hätte er nicht für möglich gehalten. Er, Redner, sehe weiter nichts als Unklarheit, sowohl in der Frage des Massenstreiks, als auch in der Steuerfrage. Nur in der Frage der Arbeitslosenfürsorge habe der Parteitag gut gearbeitet. Im übrigen sei ein hörbarer Ruf nach Rechts zu verzeichnen.

**Petermann** stellt richtig, daß Berlin nur berechtigt sei, einen Revisor zum Parteivorstand zu stellen. Der Ausschuss habe sich geäußert, daß, wenn einer durchfallen sollte von den beiden vorgeschlagenen Genossen, die Wahl dann auf den ältesten fallen müsse. Auch der Fall Nadel sei genau untersucht worden, und schon im vorigen Jahre sollte Nadel nicht mehr aufgenommen werden.

**Saurel** schließt sich im großen und ganzen Vubliß an. Er könne nicht sagen wie Volkmann, daß der Parteitag gut gearbeitet habe. Aber so weit wie Vubliß könne er auch nicht gehen. Bäum und Kautsky seien sicher nicht zum Revisionismus zu rechnen. Immerhin habe der Revisionismus an Ausdehnung gewonnen. Es wäre richtiger gewesen, wenn die Fraktion die Wehrsteuer abgelehnt hätte. Wir sollten die Wähler nicht für so dumm halten, daß sie nicht begriffen hätten, warum wir die Wehrsteuer ablehnen müßten. Zur Frage des Massenstreiks erklärte der Redner, der Parteivorstand hätte nicht nötig gehabt, in dieser Schärfe gegen die Anhänger des Massenstreiks vorzugehen. Scheidemann habe hier das zulässige Maß überschritten. Die Rede Bauers war bedauerlich, noch bedauerlicher aber die Rede Scheidemanns. Im Falle Nadel hätte man niemals rückwirkende Beschlüsse fassen dürfen. Der Fall Nadel sei kein Ausnahmeblatt in der Geschichte der Partei. Von Wels war es nicht ganz vornehm, sich aufstellen zu lassen. Bedauerlich sei es, daß man es dem Parteivorstand überlassen habe, die Agrarkommission zusammenzustellen. Wer weiß, ob der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht etwa einen Genossen wie Dr. Schulz mit heranziehe.

**Schwabedahl:** Der Parteitag habe fruchtbringend gearbeitet. Man dürfe doch nicht vergessen, daß für die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, eine Zweidrittelmehrheit vorhanden war. Die Massenstreikfrage ist nicht aus den Massen gekommen. Theoretiker waren es, die die Massenstreikdiskussion aufgeworfen haben. Er nehme es ihnen ja auch gar nicht übel; auf Grund ihrer ideologischen Erwägungen und Untersuchungen konnten sie ja zur Verantwortung des Massenstreiks kommen. Andererseits gäbe es aber doch zu denken, wenn die höchsten Instanzen sich veranlaßt fühlten, die Frage der Verantwortung in den Vordergrund zu stellen, und die Verantwortung in dieser Frage ist eine ungeheure. In der Frage der praktischen Anwendung dieser Waffe ist die Genossin Luxemburg die Antwort schuldig geblieben. Wenn man etwas propagieren, müsse man auch die Wege zeigen. Das Verlassen auf die Unorganisierten ist verfehlt. Diejenigen, die die Resolution des Parteivorstandes unterstützt haben, waren sich ihrer Verantwortung bewußt. In der Steuerfrage teile er die Ansicht der Fraktionsmehrheit. Was Nadel anbetrifft, so wäre mit jedem einzelnen Genossen auch nicht anders verfahren worden. Alles in allem: der Parteitag habe sehr viel Nützliches geleistet.

**Düwelle:** Wenn gesagt wurde, unsere Gegner seien nicht auf ihre Rechnung gekommen, so treffe dies zum Teil zu, zum Teil auch nicht. Ein Teil der Gegner sei zufrieden, und das könnte uns Gelegenheit geben zu prüfen, ob wir zufrieden sein sollen. Er sei nicht mit allem einverstanden. Es ist ein Reflekt der allgemeinen Zustimmung und Unsicherheit, den wir beobachten konnten. Und das deutet auf den letzten Reichstagswahl her. Die Unsicherheit, die Verschwommenheit hat gefiegt. Hätte der Revisionismus gefiegt, gut; aber diese Mittellinie, das sei nicht extremlich. Vor dem ausgeprochenen Revisionismus habe er immer Achtung gehabt. Jetzt aber sei ein Din und Her, ein Schwanken auf und ab zu beobachten, das sich am charakteristischsten in der Steuerfrage zeige. Die Reichstagsfraktion wolle sich durch ihre Stellungnahme in der Steuerfrage nur die Sanktion für ihre Stellung zu der Militärvorlage sichern. Es war ein Fehler, daß man die Deckungsfrage von der Wehrvorlage getrennt hat. Es sei kein Beweis vorhanden, daß schlechtere Steuern gekommen wären, wenn wir die Wehrsteuer nicht angenommen hätten. Vielmehr hätte die Regierung, wenn die Wehrsteuer gefallen wäre, wieder zur Erbschaftsteuer greifen müssen. Redner geht des näheren auf die Konstellation und die Debatten im Reichstag zu jener Zeit ein und kommt zu dem Schluss, daß unsere Fraktion dem Zentrum und den Konservativen die Kasernen aus dem Feuer geholt habe, und das alles aus der Befürchtung heraus, daß der Reichstag aufgelöst werden könne. Mit welcher Parole hätte die Regierung ihn auflösen sollen? Wir hätten gar nichts anderes wünschen können als die Auflösung. Wir hätten vielleicht ein paar Mandate verloren. So wie es jetzt sieht,

feien aber die Mandate zu teuer bezahlt worden. Dieses Verhalten könne sich später noch schmer rächen. Bezüglich des Massenstreiks sei er, Redner, noch so pessimistisch wie früher. Die Verhältnisse in Deutschland lägen so ungünstig, daß an die Durchführung des Massenstreiks vorläufig noch nicht zu denken sei. Aber reden könne man darüber. Es wäre ja noch schöner, wenn man das nicht dürfte. Es sei bezeichnend, daß Scheidemann und Ubert gezwungen wurden, schärfer zu werden in ihrem Schlusswort, daß sich selbst Frank gegen die konservative Phrasologie Bauers habe wenden müssen. Durch Scheidemann sei die Frage des Massenstreiks vollständig verschoben worden. Die Genossin Luxemburg habe sich ja gerade dagegen gewendet, daß der Massenstreik für das Wahlrecht angewendet werden soll. In Wilmersdorf habe Frank den Revisionismus für den Massenstreik empfohlen, und gerade die Genossin Luxemburg war es, die ihm entgegentrat, und sie habe erklärt, daß man den Massenstreik nicht machen könne. Auf dem Parteitag habe sich aber Scheidemann gerade in der schärfsten Weise gegen Genossin Luxemburg gewendet, dem Genossen Frank aber nur sehr leicht die Waden gestreichelt. Dadurch sei die Sachlage vollständig verschoben worden. Eigenmächtig habe er behauptet, daß Scheidemann gerade für sich so das Verantwortungsgefühl in Anspruch genommen habe, und sagte, das Blut der Arbeiter sei ihm zu schade. Da sei es ja kein Wunder, wenn die Gegner immer lecher würden. Dabei werde täglich auf dem Schlachtfeld der Arbeit soviel Arbeiterblut vergossen infolge mangelhafter Arbeiterbeschäftigung. Die Verhandlungen über die Wehrsteuer seien ebenfalls unangenehm. Wenn man sie für verfehlt halte, dann weg mit ihr. Die Aufhebung des Münchener Beschlusses in Chemnitz sei verfehlt gewesen. Von den Arbeitern, die kein festes Einkommen haben, verlangen wir, daß sie Opfer bringen sollen; aber diejenigen, die angestellt sind, die wollen zum Teil nichts opfern. Da brauche man sich über die Folgen nicht mehr zu wundern. Was jetzt beschlossen worden sei, sei auch nicht richtig. So gehe es nicht weiter. Es müsse beschlossen werden, daß alle, die am 1. Mai Verdienst haben, diesen Verdienst abgeben müssen. Bezüglich Nadel sei es ganz egal, zu welcher Richtung er gehöre. Aber da er einmal durch eine Lüge unserer Parteistatuten in die Partei gekommen war, so dürfte man ihn nicht wieder ausschließen. Das sei keine Rechtsgarantie. Gerade weil Nadel sich unangenehm gemacht habe, dürfte man nicht einen rückwirkenden Beschluss fassen. Noch unangenehmer sei die Frage der Wahlen zum Parteivorstand. Die Wahregelung des Genossen Brühl und des Hineinleiters des Genossen Wels sei mehr als peinlich. Redner bespricht den Fall Wels. Er, der die gefaßten Beschlüsse kannte, habe den Beschluss des Parteivorstandes mißachtet. Ja, Wels soll sogar für seine Wahl auf dem Parteitag mündlich Propaganda gemacht haben. Wenn so etwas möglich sei, dann könne in der Parteioorganisation nicht alles intakt sein, und die Genossen hätten allen Grund, sich einmal gründlich damit zu beschäftigen.

**Langner:** Es komme nicht darauf an, wer die Frage des Massenstreiks angeregt hat. Man müsse die Ansichten Bauers unterstützen, wenn man sehe, wieviel von den Arbeitern organisiert und wieviel nicht organisiert sind. Bei kleineren Streiks gäbe es schon viele Streikbrecher, wieviel wären erst bei einem Massenstreik zu verzeichnen, ganz abgesehen von den Christlichen und Seldern. Ob man aber auch gerade so scharfe Mittel wie den Massenstreik anwenden solle, sei fraglich. Vielleicht greife man einmal zu anderen Streiks, z. B. zum Aufseinstreik, Kirchenstreik usw. oder zum Streik, soweit es das Halten bürgerlicher Klatschblätter im Arbeiterheim betrifft. Der Parteitag habe richtig gehandelt, wenn er sagte, heute lassen wir noch die Finger davon.

**Altermann:** Der Parteitag habe vor Problemen gestanden, die etwas Neues darstellten. Für ihn, Redner, sei die Scheidung ganz klar. Unsere ganze Parteitalit werde beeinflusst von den Gewerkschaften. Darum sei es für uns nicht mehr ganz gleich, ob der Staat uns Steuern auferlege oder nicht. Das habe sich gezeigt bei der Wehrvorlage. Es handelte sich, daß die Wehrvorlage angenommen worden wäre von den Bürgerlichen, und das kam für uns nur noch die Deckungsfrage in Betracht. Es wäre ein gewagtes Experiment gewesen, es zur Auflösung kommen zu lassen. Die Waffe hätte keinen Vorteil davon gehabt. Vor allem sei sie dafür, daß die Lasten auf die Schultern der Besitzenden gelegt werden. Er, Redner, ist auch der Meinung, daß der Ruf nach Massenstreik aus den Massen gekommen sei. Die belgischen Verhältnisse dürften aber bei der Beurteilung der Frage nicht mit herangezogen werden, da sie ganz anders seien wie in Deutschland. Wir hätten heute noch nicht die Möglichkeit, den Massenstreik so durchzuführen, wie es nötig wäre. Das zeigen am besten die großen gewerkschaftlichen Kämpfe. Darum sei es gut, wenn man mit dieser Frage vorsichtig verfähre. Großen Wert legt der Redner auf die Arbeitslosenversicherung. Wenn man von dem Fall Nadel absehe, könne man sagen, daß der Parteitag gute Arbeit geleistet habe.

**Düwelle:** Wenn der Redner meint, die Taktik der Partei sei bedingt durch die Gewerkschaften, so sei das zum Teil richtig. Darin aber sei eine gewisse Ablehnung des Parlamentarismus enthalten. Heute stehen Leute auf der rechten Seite der Partei, die früher die Gewerkschaften als belanglos beiseite geschoben haben, sie aber nunmehr als Allheilmittel betrachten. Die Partei sei groß geworden; aber was sie an Hoffnungen erweckt habe, habe sie nicht erfüllt. Darum die Unbefriedigung. Mein Jugendstudium in sozialpolitischen Dingen und dann noch die Bewilligung von Ausgaben. Trotz der Mehrheit der Linken im Reichstag sei eine Majorität für den Budgetetat vorhanden. Und angesichts dieser Zustände zeigt sich bei uns dieses Wankieren ohne festes Ziel. Der eine verzagt, und der andere sucht auf Schleichwegen zum Ziel zu kommen, beides sei falsch. Daß wir anders können, haben die Straßendemonstrationen gezeigt. Ob wir wollen oder nicht wollen, wir werden zu Massenaktionen gezwungen werden. Es sei keine Phrase, wenn man sage: agitieren und organisieren. Aber man soll bei der Agitation nicht die materiellen Vorteile in den Vordergrund stellen, sondern die großen Gesichtspunkte hervorheben, soll sagen, daß eventuell auch Blut fließen könne. Richt weil wir wollen, sondern weil die Gegner es wollen. Wir müssen der herrschenden Gesellschaft sagen: Wenn ihr unsere Rechte antastet, dann gehen wir aufs Ganze. Dem Trotz der Schamacher sehen wir den Trotz der Arbeiterschaft entgegen. Und wir können es.

**Genossin Kaufhäuser** ist auch der Meinung, daß schon seit den Reichstagswahlen eine gewisse Dämpfung zu verzeichnen ist. Eine fast zu große Ruhe ist eingetreten. Wir beschränken uns nur noch auf Versammlungen und Resolutionen. Von Demonstrationen sei keine Rede mehr. Diese Dämpfung komme überall zum Ausdruck. Und ist dann jemand nicht damit einverstanden, so sagt man gleich: Der guckt durch die russische Brille. Man hätte den Reichstag ruhig auflösen lassen sollen. Kein Mensch habe gesagt, daß wir morgen schon in den Massenstreik eintreten wollen. Weil der Massenstreik Opfer kostet, müssen wir beizeiten darüber reden. Franks Verhalten sei ein Verrat gewesen. Der Beschluss in Sachen Nadel gebe ihr, der Rednerin, gegen den Verstand. Warum konnte man nicht den ordnungsmäßigen Weg gehen. Ein Wechsel für Nadel dürfte man nicht schaffen. Scheidemann habe ihr nicht gefallen; mit schandvollen Witten sei in ersten Fragen nichts getan. Immerhin habe der Parteitag manches Gute geleistet.

**Petermann** spricht zum Fall Nadel und meint, man solle Nadel keine Träne nachweinen. Ferner stellt Redner noch einmal die Abmachungen des Kreis-Ausschusses in der Frage der Parteivorstandswahl dar und weist nach, daß der Kreis-Ausschuss ganz korrekt verfahren sei.

**Volkmann:** Es sei nicht wahr, daß in der Frage der Mai-

feier ein Antrag angenommen worden sei, der besage, wenn einer eine kleine Arbeit verrichte, dann brauche er nichts abzugeben vom Verdienst. Vielmehr ist deutlich ausgesprochen worden, daß man von jedem Genossen erwarte, daß er seinen Beitrag abliefern. (Zurufe: Erwarst! Erwarst! Ironisches Lachen.)

## Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis tagte im großen Saale der Bodbrauerei am Tempelhofer Berg.

Als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen wurden die bisherigen Vertreter für den 7. und 8. Kommunalwahlbezirk wieder aufgestellt.

In die Berichterstattung über den Parteitag teilten sich die Delegierten Renner und Clajus.

**Genosse Renner** gab ein Bild von den Verhandlungen über die ersten vier Punkte der Tagesordnung des Parteitages. Eingehend ließ sich Redner über die Massenstreikdebatte aus, die nach den Erörterungen in der Presse und in Versammlungen notwendig war. Er verbielt sich dabei in der Hauptsache referierend. Als vielleicht das wichtigste praktische Ergebnis des Parteitages bezeichnete Redner die Beschlüsse zur Arbeitslosenfrage. Es gibt keinerlei Meinungsverschiedenheiten bei uns darüber, daß es unsere Pflicht ist, in der Richtung zu wirken. Beständen wir den Hunderttausenden Arbeitern und ihren Familien, die unter der Heißer der Arbeitslosigkeit leiden, und verkünden wir allen anderen, die sie befürchten müssen, daß die sozialdemokratische Partei die einzige Partei ist, die mit Wucht und Kraft das Interesse der Arbeiterschaft wahrnimmt. Ich glaube, wir werden damit Erfolge haben. Wir werden natürlich mit größeren Versammlungen aufwarten, um den Unternehmern zu zeigen, daß es Ernst ist mit der Aktion für die Arbeitslosenfürsorge. (Lebhafte Zustimmung.)

**Genosse Clajus** behandelte in seinem Bericht eingehend die weiteren Verhandlungen des Parteitages. Mit Genugtuung konstatierte er, daß es bezüglich der Wehrsteuer dabei bleibt, daß die Arbeiter am 1. Mai die würdevollste Art der Feier sei. Was die Erklärung angeht, die der Parteitag über die Ablieferung des Tagesverdienstes der Angestellten in Partei und Gewerkschaft beschloß, hätte es Redner lieber gesehen, wenn die Pflicht dazu direkter ausgesprochen wäre und nicht bloß durch die Worte: erwartet der Parteitag.

Bei Referierung über die Verhandlungen zur Steuerfrage betonte Redner, daß es sich hier um eine der schwierigsten tatsächlichen politischen Fragen handle, in der eine vollständige Einigkeit wohl niemals herrschen werde. Einen großen Eindruck habe die Behandlung der wichtigen Frage durch Genossen Bäum gemacht, die der Parteitag mit ausgezeichneter Ruhe entgegen genommen habe. Er bitte die Genossen, wenn darüber diskutiert werde, denselben Ernst zu bewahren, den der Jenaer Parteitag gezeigt habe. Den Genossen müsse bei der hohen Bedeutung und Schwierigkeit der Frage dringend empfohlen werden, im Protokoll des Parteitages die Ausführungen nachzulesen und besonders sich in die von Bäum zu vertiefen. Redner bedauerte, daß solche wichtigen Fragen nicht mehr zu Anfang des Parteitages verhandelt werden könnten. Denn so sei durch den Schluss der Diskussion mancher nicht mehr zum Wort gekommen, der sicher etwas Wichtiges zu der Frage gesagt haben würde. Was beschlossen worden sei, gelte nun natürlich als Gesetz. Danach richte man sich und in der Richtung agitieren man. In Sachen Nadel geht des Redners persönliche Meinung bezüglich der Art, wie in der Sache Schluss gemacht worden ist, dahin, daß man vielleicht noch ein Verles hätte tun und noch ein Schiedsgerichtsverfahren hätte bewilligen können. Jetzt nach dem Parteitag heißt es wieder, alles zusammenhalten, was im Interesse der Partei liegt, an einem Stränge zu ziehen und vor allem das preukische Junkertum dabei nicht zu vergessen. Es gilt, das Ziel im Auge zu behalten, vorwärts zu blicken; los, drauf und durch! (Lebhafte Beifall.)

Zur Diskussion nahm Genosse Arthur Stadthagen das Wort. Keines Erachtens hat der Parteitag einen erhebenden Eindruck gemacht, keinen solchen, daß man sagen kann, es seien die Waffen geschärft und die Partei vorwärts gedrückt worden. Der Ausgangspunkt war die Stellungnahme in der Arbeitslosenfrage. In der Behandlung der Massenstreikfrage und der Steuerfrage ist schon durch die formelle Behandlung Licht und Schatten nicht richtig verteilt worden, und es ist so nicht zu der Klärung gekommen, die kommen sollte. Zur Massenstreikfrage wäre die Resolution Luxemburg das richtige gewesen. Sie rechnete auch damit, daß im Augenblick kein Massenstreik möglich ist, aber sie betonte für den einmal kommenden Fall ein mutvolles, konsequentes und entschlossenes Vorgehen. Aus der Vorstandsvorstellung, für die man nach dem Ausschleiden der Resolution Luxemburg wohl oder übel stimmen müßte, kann man dagegen manches herauslesen. Redner kritisiert dann die Resolution Bäum in der Steuerfrage und verteidigt die in der Resolution Gen.-Luxemburg enthaltene Auffassung, daß in erster Linie der Kampf gegen die Hauptstütze des Kapitalismus, gegen den Militarismus, komme, und erst in zweiter Linie die Steuerfrage. In erster Linie muß alles getan werden, was das militärische System schädigt. Die Sache ist die: kommt eine Militärvorlage und wird damit die Frage akut, ob indirekte oder direkte Steuern dafür in Betracht kommen, dann haben wir nicht nur die Vorlage, sondern auch alle Mittel dafür abzulehnen, weil wir sonst den Kampf gegen den Militarismus abschwächen. Zu anderer Zeit aber haben wir gemäß unserem Programm zu versuchen, die indirekten, das Volk besonders belastenden Steuern durch direkte zu ersetzen. In der Deckungsfrage hat die Mehrheit ein Quantchen vorübergehender Vorteile angenommen gegen einen zentner Nachteile für die Zukunft. — Bedauerlich seien auch Vorgänge bei der Potsdamwahl. Bei der Frage der Wahl eines Parteikreis sei von den auf der linken Seite stehenden Genossen, nachdem Genosse Dikmann zugunsten Fleishners zurückgetreten war, Fleishner ausersehen. Auch die Berliner Delegation habe sich damit einverstanden erklärt; der von einer Seite gemachten Anregung, Wels vorzuschlagen, wurde unter Hinweis darauf abgelehnt, daß nur ein feminisirender, entschiedener Charakter gewählt werden sollte, und daß die Berliner, die den Kandidaten kennen, über solche Kandidatur empört sein würden. Fleishner lebte ab. Es mußte am Freitag mittag Stellung genommen werden. Einstimmig erklärten die Berliner sich für Dikmann. Er unterlag, weil keine Kandidatur von mancher Seite als zurückgezogen galt und auch Genosse Variels zu den linksstehenden gerechnet wurde. Mit dieser Wahl kann man sich gern abfinden. Anders steht es mit der Wahl der Wehrsteuer. Hier war in Jena einstimmig von den Berlinern beschlossen, für Brühl und Bengels einzutreten. Zur Überraschung insbesondere der Berliner Delegierten stand auf der Vorkandidatliste auch der Name des Genossen Wels. Er ist nicht von den Berlinern vorgeschlagen, aber es mögen manche auswärtige Delegierte das angenommen haben. Vorgeschlagen wurde er von den Bayern und dem rechten Flügel der Sachsen. Er selbst — und das ist eine Erscheinung, die glücklicherweise bislang noch kein Parteitag geboten hat — trat im Erlaß für seine Kandidatur lebhaft ein. Erst wollte er Parteisekretär werden, lehnte im Parteiausschuss aber ab, als er merkte, daß seine von ihm selbst vorher Brandenburgern als ausschlaggebend bezeichnete Kandidatur keine erhebliche Gegenliebe fand. Dann trat er, ehe daß die Berliner eine Kenntnis davon hatten, als Gegenkandidat gegen Brühl für den Wehrsteuer auf und wirkte für seine Kandidatur. Er ist als Vertrauensmann der Rechtsstehenden dann mit 12 Stimmen gewählt. Seine Wahl hat ja die eine er-



freuliche Folge, daß er nicht mehr als Vorsitzender der Prekonmission fungieren kann. Aber im übrigen ist es tief bedauerlich, daß in dieser Weise von hinten herum entgegen dem Beschluß der Berliner und durch eigenes Vorgehen ein Parteivorstandsmittglied, und zwar ein Berliner, gewählt ist. Offensichtlich sind nachträglich so manchen die Augen darüber geöffnet, was er vom Genossen Wels zu halten hat. Gewiß müssen wir uns nach den Beschlüssen richten. Dadurch ist aber den Genossen, die mehr Kühnheit und lebendes Feuer im Kampfe sehen wollen, die Hand nicht gebunden, aufzurufen zu einer entschlossenen kühnen Taktik, die das Endziel stets im Auge behält. Die Zeit wird kommen, und vielleicht kommt sie bald, wo es mit den Worten Claus heißt: Durch, drauf, vorwärts! (Rebhauer Beifall)

Genosse Claus: Den Vorgang bei der Vorstandswahl habe ich verschiedentlich nicht vorgezogen; ich sehe vollständig auf dem Standpunkt, den Genosse Stadthagen soeben eingenommen hat.

Genosse Schulz stellt sich in seinen Ausführungen auf denselben Standpunkt wie Stadthagen und hebt noch hervor, daß er als Arbeiter sagen müsse, wir hätten einen gewaltigen Schritt nach rechts zur Reformpartei gemacht.

Genosse Emanuel Wurm wendet sich gegen Stadthagen. Stadthagens Ausführungen gipfeln in dem Satz: „Alle Steuern, mögen sie sein wie sie wollen, werden doch in letzter Linie von den Arbeitern getragen, die alle Werte schaffen.“ So richtig, wie der Nachsatz ist, so unrichtig ist der Vordersatz. Vor der Besteuerung kommt der große wirtschaftliche Prozeß der Verteilung der geschaffenen Werte als Mehrwert für die Unternehmer und als Lohn für die Arbeiter, der sich nach den jeweiligen Stärkeverhältnissen und der wirtschaftlichen Situation richtet. Da nach dieser Teilung die Steuern erhoben werden, da ist es doch durchaus nicht gleichgültig, in welcher Höhe sie den Lohn belasten. Nach Stadthagen ist der Kampf gegen den Militarismus durch die Zustimmung zum Wehrbeitrag und zur Vermögenszuwachssteuer geschwächt worden. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Die Militärvorlage konnte durch unsere Steuerbewilligung gar nicht mehr beeinflusst werden, sie war angenommen. Es kam nur noch darauf an, die Arbeiter in steuerlicher Beziehung zu schützen. — Nehner legt das noch näher dar im Sinne seiner bekannten Ausführungen auf dem Parteitag und der dort angenommenen Leitsätze. — Wichtig ist, daß die Diskussion auf dem Parteitag in diesen Fragen zu kurz kam. Das lag aber an der Verteilung einer Reihe von Umständen, wozu auch gehörte, daß die infolge der Krise besonders akut gewordene Arbeitslosenfrage noch in die Tagesordnung aufgenommen werden mußte.

In der Massenstreikfrage wird von dem Rat gesprochen, der mehr hervortreten müsse. Nun, es gibt zweierlei Rat, den Rat der Besonnenheit und des Schwartens und den Rat der Unüberlegtheit. Wenn man ein so scharfes Mittel anwenden will wie den Massenstreik, dann muß man die Überzeugung haben, daß der Arm auch stark genug sei, damit alle Kader still stehen, sonst reißen sie den Arm aus. Die Debatte war jetzt unzulänglich. Wir haben uns eingesehen müssen — und die Gewerkschafter aus ihren praktischen Erfahrungen heraus haben es uns bestätigt, daß wir jetzt noch nicht stark genug sind. Ist es nötig, das den Gegnern zu sagen? Wäre es nicht richtiger, erst vorzuarbeiten, ständig aufzuklären und für unsere Organisation zu werden, und dann im richtigen Moment auf den Kampfplan zu treten? Unsere Siege verdanken wir der ruhigen, stillen Arbeit, die darauf ausgeht, Aufklärung zu schaffen. Nur auf diesem Wege haben wir unsere Erfolge erzielt, und wenn wir unseren eigenen Genossen nicht diese Erfolge verkleinern, dann werden wir auch weiter wachsen. Wenn wir aber unsere Erfolge selber herabsetzen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir eines Tages vor leeren Sälen stehen. (Rebhauer Beifall)

Genosse Stadthagen nahm nochmals das Wort zu einigen kurzen Erklärungen. Zunächst sei festzustellen, daß auch die Resolution Luxemburg in der Massenstreikfrage davon ausgehe, daß zurzeit kein Massenstreik möglich sei. Nur eine klare Taktik wolle sie vorbereiten. Ferner stelle es Wurm so hin, als ob in der Resolution Geiger-Luxemburg zur Steuerfrage stehe, daß es gleichgültig sei, ob die Steuern direkte oder indirekte wären. Das stimmt nicht. Im Anschluß an einen mehr allgemeinen grundsätzlichen Teil der Resolution komme darin vielmehr auch zum Ausdruck, daß indirekte Steuern durch direkte ersetzt werden sollen. Da sei also gesagt, es sei nicht gleichgültig.

Nach einigen zur tatkräftigen Parteilarbeit anfeuernden Worten des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

### Dritter Wahlkreis.

Die im Gewerkschaftshaus stattgefundene Versammlung war ziemlich schwach besucht.

Zunächst beschäftigte sich die Versammlung mit der Aufstellung eines Stadterordneten Kandidaten für den 9. Bezirk. Dieser Bezirk gebührt zum Teil auch zum vierten Wahlkreis. Der Vorsitzende Genosse Pohl monierte es, daß der vierte Kreis wieder einmal eine Kandidatenaufstellung vorgenommen hat, ohne sich mit dem dritten Wahlkreis in Verbindung zu setzen. Dagegen müsse protestiert werden, obwohl gegen die Kandidatur des Genossen Böhm vom Vorstand des dritten Kreises keine Einwendungen zu erheben sind. Die Versammlung erklärt sich gleichfalls mit der Person des Kandidaten einverstanden. Die Versammlung schreitet nunmehr zur Berichterstattung über den Parteitag.

Genosse Kaminer hielt eine Berichterstattung für überflüssig und verlangte sofortigen Eintritt in die Diskussion.

Nach Ablehnung des Antrags begann zunächst Genosse Frith Schmidt mit der Berichterstattung. Im allgemeinen beschränkt sich der Redner auf eine referierende Wiedergabe der wichtigsten Verhandlungspunkte, die aus den Zeitungsberichten bekannt sind. Die Rede der Genossin Luxemburg zum Massenstreik hielt der Redner für den Höhepunkt des Parteitages, aber auch Scheidemanns Antwort war glänzend.

Auch der zweite Redner, Genosse Felsmann, gab im wesentlichen eine referierende Wiedergabe eines Teils der Verhandlungspunkte. Für sehr unglücklich hält der Redner den Parteibeisatz des Parteitages. Der angenommene Antrag des Parteivorstandes legt keine Verpflichtung zur Abführung des Tageslohnens auf, so daß es zu vielen Unzulänglichkeiten kommen wird. Unverständlich ist das Verlangen, die Waise der Arbeitlosen zu entscheiden. Die Änderung oder Aufhebung der Waise wäre ein Sieg unserer Feinde. Bei der Steuerfrage hätte der Redner einen Korreferenten gewünscht. Die Gegner der Haltung der Fraktion konnten sich in der Diskussion nicht genügend ausdrücken. Daß der Parteitag das Verhalten der Fraktion gebilligt hat, ist durchaus richtig. Wenn die Reichstagsmehrheit die Steuern allein bestimmen hätte, sähen sie sicher weit schlimmer aus. Der Fall Radek ist zur Zufriedenheit der Delegierten des 3. Wahlkreises erledigt worden. Im allgemeinen kann man zu der Arbeit des Parteitages nur seine Zufriedenheit ausdrücken.

In der Diskussion erhebt zunächst Genosse Judis das Wort. Die Genossin Luxemburg habe sich in ihren Ausführungen streng an die sozialistischen Theorien gehalten; sie kenne aber die Massen nicht gut genug. Die Gewerkschaftsführer haben täglich Fühlung mit der breiten Masse und wissen, daß heute noch die Straße zum Massenstreik fehlt. Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß Redner und Rednerinnen mit den Fähigkeiten der Genossin Luxemburg mehr Vortragsstellen für die Genossen verankern, dann wird es auch auf dem Gebiete der sozialistischen Aufklärung vorwärts gehen. Die Steuerfrage ist nicht im Sinne des Redners erledigt worden. Wenn auf diesem Wege fortgeschritten wird, werden auch wir bald der Meinung sein, das Parlament ist unsere einzige Waffe. Das Parlament darf aber für uns nur das offene Fenster sein, aus dem heraus unsere Ideen in die weitesten Kreise dringen.

Genosse: Es ist keine Ursache, mit dem Parteitag zufrieden zu sein. Bei den besonders wichtigen Abstimmungen waren große Minderheiten zu verzeichnen. Frappierend war die Rede des Genossen Bauer. Es ist nicht richtig, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben hat. Die Steuerverhältnisse sind die Ernährung ist schlechter geworden das zeigt schon der ungeheure Konsum von Margarine und anderen Surrogaten. Die Junker haben

es verstanden, und mehr zu nehmen als wir gewonnen haben. Die Förderung der Arbeitslosenfrage ist nicht nur eine praktische, sie ist auch eine revolutionäre. Ausreichende Arbeitslosenfrage zu gewähren, heißt das Recht auf Arbeit anerkennen. Unsere Kapitalisten werden aber nicht freiwillig auf die Reservearmee verzichten. Zum Massenstreik ist es ziemlich gleichgültig, ob Resolutionen gefaßt werden. Wenn die Zeit reif ist, werden alle Resolutionen nur ein Stück Papier sein. Die Genossin Luxemburg sagt die Masse falsch auf. Ein großer Teil der Inorganisierten will nur ernten, aber nicht säen. Diese Inorganisierten werden sich bei einem Massenstreik auf die Seite stellen, die ihnen größere wirtschaftliche Vorteile verspricht. Die Waise darf nicht aufgehoben werden. Das wäre ein Triumph der Gegner. Viel mehr Sorgfalt muß der Bildungsarbeit gewidmet werden.

Genosse Alexander Fröhlich: Der Parteitag hat Gutes geschaffen. Da die Hoffnung der Gegner auf ein zweites Dresden nicht in Erfüllung ging, posamen sie jetzt einen Sieg des Revisionismus in die Welt. Diese Auffassung ist falsch. Der Massenstreik ist theoretisch berechtigt. In absehbarer Zeit ist er noch nicht möglich. Genossin Luxemburg sollte nicht immer scharf machen. Jetzt würde und durch einen Massenstreik gewonnen werden, was wir in langen Jahren mühsam aufgebaut haben. Bei den Deckungsvorlagen haben wir einen Erfolg unserer Ideen zu verzeichnen. Endlich ist es einmal gelungen, die Steuern auf die kräftigen Schultern abzuwälzen. Die Militärbegeisterung wird nachlassen, wenn erst die Klauen Lappen gezählt werden müssen.

Genosse Rau ist gegenüber dem Genossen Bent der Meinung, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gestiegen ist. Die Arbeiter müssen nur um die Befriedigung der erhöhten Bedürfnisse ebenso kämpfen wie früher für die geringeren. Mit der Stellung der Fraktion zu den Deckungsvorlagen ist Redner vollkommen einverstanden. Die Leitsätze zur Steuerfrage sind zu unklar. Diese lassen alle möglichen Deutungen zu. Der Streit um die Steuern wird jetzt erst richtig beginnen. Was wird werden, wenn die Regierung neben direkten auch indirekte Steuern vorschlägt? Wir kommen in Gefahr, daß dann, um nicht nur indirekte Steuern zu bekommen, unsere Fraktion neben den direkten auch indirekte Steuern schließen muß. Zur Föhrung eines Massenstreiks denkt die heutige Arbeiterschaft zu materiell. Zwar steht auch beim Massenstreik wenigstens ein indirekter materieller Vorteil in Aussicht. Die unorganisierten Arbeiter sind aber noch nicht aufgeföhrt genug, um das zu begreifen. Mit der Resolution zum Massenstreik ist Redner durchaus einverstanden. Es ist an der Zeit, den Genossen, die die Frage des Massenstreiks immer wieder ansprechen, gründlich die Wahrheit zu sagen.

Genosse Braun: Es darf nicht wieder vorkommen, daß unsere Fraktion bei wichtigen Abstimmungen unvollständig ist, wenn nicht gerade Krankheit einige Genossen zwingt, dem Parlament fernzubleiben. Auch unsere Stellungnahme zu börischen Subventionen im Reichstage muß geändert werden. Wir müssen einfach sitzen bleiben. Die Erledigung der Steuerfrage wird die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht hindern, uns nächstes Jahr wieder eine Militärvorlage zu beschicken. Der gegenwärtige Zeitpunkt mag für einen Massenstreik ungeeignet sein, dem Genossen Dr. Frank gebührt aber Dank, daß er darauf hingewiesen hat, daß wir alles einsehen müssen für eine Verringerung der preussischen Zustände. Wenn Genosse Bauer auch auf dem Parteitag ausdrücklich sagte, er spreche als Parteigenosse, nicht als Gewerkschafter, so hat er zweifellos doch der Meinung der Generalkommission Ausdruck verliehen. Derselben Meinungsäußerungen liest man in allen Gewerkschaftszeitschriften.

Genossin Mittag: Man gerbeidet sich den Kopf über den Mitgliederchwund, ohne daran zu denken, daß es einfach der Hunger ist, der den Rückgang verursacht. Die Meinung, daß die jetzige Zeit ungeeignet wäre für einen Massenstreik, ist falsch. Gerade in den Zeiten des Hungers haben die Arbeiter nichts zu verlieren. Wenn das Elend so groß wird, daß die Arbeiter nicht mehr ein noch aus wissen, dann setzen auch die Inorganisierten ein, daß sie nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. Den Hemmschuh bilden die angestellten Genossen, die keinen Hunger mehr kennen. Aber alle Dämpfungen werden nichts nützen, der Hunger wird die Arbeiter in den Massenstreik treiben. Unverständlich ist es, wie man eine Resolution für den Massenstreik annehmen und zu gleicher Zeit gegen die Arbeitlosen am 1. Mai sein kann. Die Opfer am 1. Mai haben nicht die Gewerkschaften gebracht, deren Kampfen etwas geleistet wurden, sondern die Arbeiter, die sich für ihre Überzeugung aufsperrten ließen. Diese unpopulären Opfer dürfen nicht umsonst gebracht worden sein. Der Mangel an Idealismus ist weniger bei den Arbeitern als bei den Partei- und Gewerkschaftsbeamten vorhanden. Den Deckungsvorlagen hätte die Fraktion nicht zustimmen dürfen, denn alle Steuern werden doch von den Arbeitern gestellt.

Genosse Ritter: Ueber den Rückgang der Mitgliederzahl ist mehr geredet worden, als nötig ist. Zum Pessimismus ist kein Grund vorhanden. Durch das viele Reden erwecken wir bloß den Anschein bei unseren Gegnern, als ob wir Angst haben, wir könnten schwach werden. Wer da weiß, wie unsere Reichstagswähler zusammengesetzt sind, wird nicht annehmen können, daß wir jemals auch nur den größten Teil in unsere politischen Organisationen bekommen. Die Diskussion über den Massenstreik war nur ein Verlegenheitsprodukt einiger Akademiker, denen es nicht schnell genug vorwärts ging. Die Masse hat damit nichts zu tun. Die Gewerkschaften sind nicht Gegner des Massenstreiks. Doch ist es nicht ihre Aufgabe, denselben zu propagieren. Das ist ein Gebiet der politischen Organisationen. Die Gewerkschaften können durch eine eigene Massenstreikpropaganda höchstens den weiteren Abschluß von Tarifverträgen gefährden. Ein Beweis für das geringe Interesse, das der Diskussion über den Massenstreik entgegengebracht wurde, sei der schlechte Besuch dieser Versammlung. In der Steuerfrage steht der Redner auf dem Standpunkt des Genossen Wurm. Der Vorwurf, Wurm habe seine Meinung geändert, treffe den Genossen nicht. Es sei keine Sache, sich eines anderen zu belehren. Daß die Resolution Wurm noch zu vielen Diskussionen führen werde, ist richtig. Diese Diskussion soll aber auch nicht den Ausgang unserer Steuerpolitik bilden. Die Beschäftigten können nicht so einfach abgewälzt werden. Wäre die Abwälzungstheorie richtig, könnten wir mit der ganzen Gewerkschaftsarbeit einpicken, die wäre dann nur Siphonarbeit. Ueber die Deckungsvorlagen hätte es außerhalb des Reichstages gar keine Diskussion gegeben, wenn nicht die Widerheit der Fraktion aus Verzögerung die Fraktionsangelegenheiten an die große Glocke gehängt hätte. Im allgemeinen können wir sagen, daß die Arbeiten des Parteitages zufriedenstellend sind. Wir müssen jetzt fleißig organisieren und dafür sorgen, daß die Versammlungen, die sich mit programmatifchen Fragen beschäftigen, besser besucht werden.

Nachdem die weitere Diskussion durch die Annahme eines Schlußantrages unterbrochen wurde, konstatierte der Vorsitzende Genosse Pohl, daß die Diskussion gezeigt habe, daß die Anwesenden im allgemeinen mit den Arbeiten des Parteitages zufrieden sind.

Unter Geschäftlichem machte Genosse Pohl dann noch folgendes bekannt: In der Versammlung vom 18. Mai, die beschloffen hat, gegen den Genossen Julian Borcharde das Ausschlußverfahren zu beantragen, wurde der Vorstand beauftragt, drei Beisitzer zu ernennen, die nicht Mitglieder des dritten Wahlkreises sind. Der Vorstand wählte daraufhin folgende Genossen: den Reichstagsabgeordneten Silber Schmidt sowie die Stadterordneten Lohse und Buch. Da Genosse Borcharde sich beim Parteivorstand u. a. auch darüber beschwert hat, daß die Beisitzer nicht von der Mitgliederversammlung ernannt wurden, bitte ich, das jetzt nachzugehen. Die Versammlung ist einstimmig für die genannten Genossen.

Nachdem noch beschloffen wird, den Restaurateur Heinze, Annenstr. 1, wegen Nichtbeteiligung aus der Partei auszuschließen, findet die Versammlung ihr Ende.

### Zweiter Wahlkreis.

Den Bericht für das Adenider Viertel gab der Genosse Reile. Er ist fest davon überzeugt, daß der Parteitag gute und vorzügliche Arbeit geleistet habe. Der entschlossene Wille zur Tat war es, der auf dem Parteitag zum Aus-

druck kam, der Wille, unablässig zu arbeiten, um die kapitalistische Gesellschaft niederzujagen und wenn die Zeit gekommen ist, auf den Trümmern der heutigen Welt- und Gesellschaftsordnung das siegreiche Banner des Sozialismus aufzuspängen.

In der Diskussion erklärte sich der Genosse Schmidt einverstanden mit den Beschlüssen zur Polenfrage und zum Fall Radek. Auch die Stellung der Fraktion bei der Deckungsvorlage findet seine Zustimmung. Nur mit der Erledigung der Waisefrage sei er nicht zufrieden. Es heißt in dem Antrag: „es wird erwarlet“ usw., da werden wir wohl nicht viel zu erwarten haben! Ferner bedauert er, daß Genossin Luxemburg in so herabhebendem Tone diskutiert habe. Da war es erklärlich, daß Genosse Scheidemann auf dem Parteitage Gleiches mit Gleichem vergalt.

Sich ist ebenfalls mit dem Verhalten der Genossin Luxemburg nicht einverstanden.

Oskar Jentsch ist der Meinung, daß der Parteitag eine größere Bedeutung habe als alle übrigen dadurch, daß die Steuerfrage auf der Tagesordnung gestanden habe. Auch er billigt die Haltung der Fraktion. Man könne nicht auf einem Standpunkt stehen bleiben, auf dem man vor 20 Jahren gestanden habe. In der Massenstreikfrage habe sich Klingler einen Denkstein gesetzt. Ferner bedauert er, daß in dieser Frage der Genosse Scheidemann einen so exponierten Standpunkt eingenommen habe. Er hätte zu seinen Ausführungen eine andere Form wählen sollen. Er bläst Trübsal; das schreckt die Arbeiter ab. Redner siehe nicht auf dem Standpunkt der Genossin Luxemburg; aber hätten wir sie nicht, dann hätten wir lauter Genossen Bauer.

Die Versammlung für das Göliger Viertel

fand bei Braumann, Neumannstr. 27, statt. An Stelle des Genossen Adolf Hoffmann, der in Piffahon weilt, hatte Genosse Brückner die Berichterstattung übernommen. Redner bedauert, daß die Berichterstattung so spät stattfindet, nachdem man in fast allen Gegenden Deutschlands fertig sei. Die Stellungnahme der Berliner Genossen interessiert ihn sehr. In der Steuerfrage steht Redner wie bisher auf dem Standpunkt der Minorität. Das bemährte alte Prinzip ist durchbrochen worden. Der parlamentarische Bericht besagt, daß soziale Arbeit infolge anderer Arbeiten nicht geleistet werden ist. Die beste Arbeit des Parteitages war die Lösung der Arbeitslosenfrage. Der Fall Radek ist richtig behandelt worden. Im großen ganzen hat der Parteitag gute Arbeit geleistet; unsere Aufgabe ist es, ganze Arbeit zu machen.

In der Diskussion bedauert Genosse Kaminer, daß manche Delegierte nicht nach den Beschlüssen des Kreises gestimmt hätten. Scheidemanns Rede habe lächerlich gewirkt. Redner wendet sich ebenso wie Brückner gegen die Ausführungen Roths in den „Sozialistischen Monatsheften“; ferner bedauert er die Wahl des Genossen Wels in den Parteivorstand.

Genosse Chrzano wski wünscht ebenfalls mehr Diskussion des Massenstreiks in kleinen Zirkeln. Die Waise muß international behandelt werden; entweder — oder. Daß die Angestellten ihren Tagesverdienst am 1. Mai opfern sollen, findet er ungerade; denn wir fordern doch sonst die Bezahlung der Feiertage. In längeren Ausführungen wendet sich dann Redner gegen die Auflösung der P. R. S. und fordert deren Weiterbestehen.

Genosse Grün fordert mehr die Förderung der Jugendbewegung; in unserer Gegend fehlt notwendig ein Jugendheim. Ebenfalls beklagt er sich über Scheidemanns Rede. Seinem Vorredner tritt er wegen der Waise energisch entgegen.

Genosse Hennigse wille bemerkt haben, daß eine mittlere Linie enthanden ist, und hat den Eindruck, daß man es nicht zu Entscheidungen kommen lassen will; man kneift. Mit den Abstimmungen einzelner unserer Delegierten ist er auch nicht einverstanden. Die Waise sollte man unter den jetzigen Verhältnissen abschaffen. Der Verdruß der polnischen Genossen ist verständlich.

Genosse Zubeil beirreitet das Entstehen einer mittleren Linie, das haben die beschiedenen Abstimmungen ergeben. In der Steuerfrage gibt die Resolution keine Anhaltspunkte, Wurm und Sidelum werden sich gleich; es fehlt das Korreferat. Die Anhaltspunkte kann sich eine Reformpartei zu eigen machen. Die Abstimmungen der Groß-Berliner Delegierten haben ein Bild der Zerissenheit ergeben, eine Freude für die Süddeutschen. Die Waise muß nochmal gründlich auf dem Wiener Kongreß behandelt werden. Sie wäre die Vorbedingung für einen Massenstreik; aber die Gewerkschaften haben sie abgewürgt. Scheidemann muß gezeigt werden, daß den Arbeitern die Massenstreikidee heilig ist. Waise der müssen abgeführt werden; der Beschluß ist kon. Die Polenfrage ist richtig behandelt worden.

Genosse Brückner faßt im Schlußwort alles nochmals kurz zusammen und betont, daß die Polen sich den gefaßten Beschlüssen fügen müssen.

### Im Stralauer Viertel

in den Comenius-Sälen erstattete Genosse Paul Hoffmann den Bericht. Er referierte im wesentlichen die bekannten Dinge. Mit einem „Vorwärts, durch Kampf zum Sieg“ schloß Redner seine Ausführungen. In der Diskussion erklärte sich Genosse Brückner mit der Haltung der Fraktion in der Steuerfrage einverstanden. In der Frage des Massenstreiks kritisiert Redner die Stellungnahme eines Delegierten zum Mietstreik und betont, daß davon die Junker gar nicht berührt werden. Es müsse vielmehr dahin gewirkt werden, daß Landproletariat Massenbewußt zu erziehen, damit auch dieses mit Leib und Seele für das gleiche Wahrecht eintrete. Durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse sei eine klare Stellungnahme der Gewerkschaften zum Massenstreik gegeben. Beachtenswert für die Berliner seien die Ausführungen von Peus gewesen, wonach diese fast 3 Millionen, die sie in eigenen Betrieben produzieren, 30 Millionen und mehr in eigener Väderei herstellen könnten, ohne daß der einzelne Opfer zu bringen habe. In der Arbeitslosenfrage verweist Redner auf die Stellungnahme der Berliner Stadterordnetenmehrheit, die nicht warm, nicht kalt erklärte, das sei Sache des Staates. Der Staat erkläre wiederum, es sei Sache der Kommune. Bei den diesjährigen Stadterordnetenwahlen müsse diesen Vertretern der Standpunkt klargestellt werden. Der Fall Radek sei vom Referenten nicht berührt worden. In diesem Falle stimme er nicht mit der Haltung des Parteitages überein.

Genosse Sniati (Pole): Durch die Entziehung der Subvention seien die Polen peinlich berührt. Er verweist darauf, daß die Polen in den Gewerkschaften auch Tausende an Opfern bringen.

Genosse Hoffmann meint, die Interessen der polnischen Genossen seien am besten in der deutschen Organisation gewahrt.

Genosse Schulmacher zitiert das Resümee des Berliner Tageblattes, kritisiert das Verhalten Bauers und den Geist in den Gewerkschaften.

Genosse Kaiser meint, bei den Polen sei in erster Linie Nationalismus getrieben worden, erst in zweiter Linie Sozialismus. Das Militär sei der Nachwächter der Geldherrscher, deshalb müßten die Kosten von letzteren getragene werden. Bauern müsse man das Schmeicheln der unorganisierten Massen. Unsere Stärke habe immer in der Organisation gelegen, darum sei die scharfe Linie zwischen Anarchisten und Syndikalisten gezogen worden.

Brückner verteidigt nochmals seinen Standpunkt bezüglich des Massenstreiks gegenüber Schlußmacher. Es sei da nicht nötig, zu reden, da müsse man handeln. Ruhiges, besonnenes Handeln mache beim Gegner mehr Eindruck.

Genosse Schröder meint, die vor langen Jahren betriebene Propaganda der deutschen Genossen unter den Polen sei erfolgreicher gewesen, als die der polnischen Genossen.

Schulmacher polemisiert nochmals gegen Brückner und faßt aus, wenn man über Massenstreik rede, brauche man nicht die Pläne preiszugeben. Er stimme nicht in allem mit der Genossin Luxemburg überein, aber zum Massenstreik müsse Begeisterung vorhanden sein. Folgende Resolution wurde in getrennter Abstimmung angenommen:

Die Versammlung des Stralauer Viertels des 4. Berliner Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Partei-



lages einverstanden und erklärt in ihrem Sinne zu arbeiten. (Gegen 18 Stimmen angenommen.)  
Ebenso hält sie den Fall Kadel für erledigt und kann daher der Auslegung des diesbezüglichen Parteitagbeschlusses durch die Bremer Parteioffiziere nicht beitreten.

#### Landsberger Viertel.

Zur „Elysum“, Landsberger Allee, referierte Genosse Klingler.

Trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten sind die Debatten in Jena streng sachlich geführt worden. Beim Geschäftsbericht des Vorstandes wurde über die wenig vollständige Schreibweise der meisten Parteiblätter geklagt. Die Erörterung der Steuerfrage hat nicht die notwendige Klarheit gebracht und mehr als bisher wird sich die Partei mit dieser Frage befassen müssen. Die Debatte über den Massenstreik, meint Redner, ist vor dem Parteitag eingeleitet und geführt worden von Personen, die von dieser Sache nichts verstehen. Unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung äußert er sich dahin, daß die Auseinandersetzungen über diese Frage in erster Linie von den „Literaten“ geführt worden seien. Durch die Annahme der Vorstandsresolution sei nunmehr auch in der Frage des Massenstreiks die nötige Klarheit geschaffen, wären doch anderenfalls die mitbeteiligten Körperschaften, wie die Generalkommission der Gewerkschaften, geradezu vor den Kopf gestoßen worden. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kommt Redner dann auf den von ihm schon in Jena empfohlenen Mieterstreik zu sprechen. Er betont sich dagegen, daß auch in dieser Versammlung sein Vorschlag mit Heiterkeit entgegengenommen wurde. Wie so viele Fragen in der Partei sich erst nach und nach durchsetzen könnten — Redner erinnert an die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen — so dürfte auch dieser Vorschlag im Laufe der Zeit genügend Anhänger finden. Wenn auch sein Vorschlag als eine Dummheit bezeichnet worden sei, so tröste er sich damit, daß viele Anregungen in der Partei, welche sich heute durchaus behaupten, in der ersten Zeit verhöhnt und verlacht worden seien. Beim Problem der Arbeitslosenfrage herrsche die vollständigste Einmütigkeit. Die Debatte über die Raiffeiser war nicht gerade erhehrend. Durch die in Jena gefassten Beschlüsse hat dieser Gedanke wieder schweren Schaden erlitten. — Was den Fall Kadel anlangt, so bezeichnet Redner den Beschluß des Parteitages als einen schweren Fehler. Da Kadel deutsches Mitglied war, hätten die Instanzen gewahrt werden müssen. Alles in allem genommen, hat der Parteitag einen Mund nach rechts gemacht, ist doch bei allen Beschlüssen, die gefaßt wurden, die opponierende Linke unterlegen. Doch die Hoffnungen, daß die Sozialdemokratie einmal eine zahme Arbeiterpartei werden könnte, müßten zushanden gemacht werden. (Beifall.)

In der Diskussion verhielt sich Genosse Boehsch gegen die Ausführungen, daß die Massenstreikdebatte lediglich von Literaten propagiert worden sei. Hat doch in früheren Versammlungen Genosse Klingler sogar selbst den Massenstreik empfohlen und dabei den Jued und Kueper der parlamentarischen Tätigkeit angezweifelt. Was die Durchführbarkeit des Massenstreiks anlangt, ist Redner der Meinung, daß die große Masse der Arbeiterschaft für diese Frage nicht reif ist. Als Beispiele verweist er auf den letzten großen Bergarbeiterstreik, des weiteren auf einige Vorgänge in Berlin, wo trotz lebhafter Propaganda in der Arbeiterschaft die Hindenburg, Konfirmationen und kirchlichen Trauungen in den letzten Jahren noch zugenommen haben. Also sogar bei diesem mit keinerlei persönlichen Opfern verknüpften Protest hat die große Masse der Arbeiterschaft versagt. — Redner ironisiert dann die Ausführungen des Genossen Klingler bezüglich des Mieterstreiks. Dem Genossen Kadel ist Unrecht getan worden. Man müsse sich doch vergegenwärtigen, daß in Polen mehrere Organisationen vorhanden sind, die sich nicht gerade mit den sachlichen Mitteln bekämpfen. In der Raiffeiserfrage war es an der Zeit, nun endlich diesen weitgehenden Beschlüssen früherer Parteitage ein Ende zu machen.

Genosse Krause hält dem Genossen Klingler die Widersprüche vor in bezug auf seine Ansichten über den Massenstreik vor dem Parteitag und die heute in seinem Referat direkt entgegengesetzten Ausführungen. Nicht die Akademiker und Literaten wollen den Massenstreik, sondern die Arbeiterschaft hatte schon damals nach den großen Demonstrationen zur Erringung des Reichstagswahlrechts für Preußen den politischen Massenstreik gefordert. Wenn Genosse Klingler nicht an die Begeisterung der Massen für ein besseres Wahlrecht in Preußen glaubt, dann hätte er gegen die Ausgaben bei der Landtagswahl protestieren müssen, haben und doch die letzten Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus rund 120 000 M. gekostet.

Genosse Sassen protestiert gegen die Äußerungen des Genossen Klingler in Jena, welche dahin ausklangen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt sei, für die Erweiterung seiner Rechte zu kämpfen. Der Genosse Klingler dürfe wohl mit seiner Ansicht allein stehen, daß die Erämpfung und Erhaltung des Reichstagswahlrechts — trotz seiner anstehenden Mängel — ein Kampf um Sein oder Nichtsein, in der breiten Masse keinen Widerhall finde. Redner behauptet, daß es einem Vertreter des vierten Kreises vorbehalten blieb, von der Tribüne des Parteitages derartige Äußerungen zu machen, die unseren ganzen bisherigen Kämpfen und Traditionen entgegenstehen. Ueber den „Mieterstreik“ noch Worte zu verlieren, ließe diesem Vorschlag zu viel Ehre antun.

Genosse Willuschütz ist ebenfalls der Auffassung, daß der Parteitag mit seinen Beschlüssen fast nach rechts neige. Redner ist gleichfalls der Meinung, daß die Delegierten nicht im Sinne ihrer Auftraggeber gehandelt haben. Den Genossen Klingler erinnerte er an seine Ausführungen auf einer Generalversammlung von Groß-Berlin, wo derselbe nicht nur die parlamentarischen Erfolge verkleinerte, sondern auch von einem „Byzantinismus des Parlamentarismus“ sprach.

Genosse Bohls sagt, als er den Bericht über die Ausführungen des Genossen Klingler gelesen, habe er sich geschämt, und er verstehe nicht, wie man derartige Nachheiten vertragen kann. Wenn schon ein Redner eine Dummheit mache, dann solle er sie auch eingestehen und nicht durch allerhand Redereien beschönigen. Daß so viele Partei- und Gewerkschaftsangehörige den Tagesverdienst am 1. Mai nicht abführen, müsse uns den Ausbruch des Genossen Reibel ins Gedächtnis rufen: „Parteiangehörige, seht Euch Eure Führer genau an“.

Genosse Neumann: Seit langem hat kein Parteitag vor so schwierigen Aufgaben gestanden wie der diesjährige. In längeren Ausführungen geht Redner auf die Steuerfrage ein. Die Annahme oder Ablehnung von Steuerentwürfen müsse man schon der Reichstagsfraktion überlassen.

In seinem Schlusswort geht Genosse Klingler auf die erhobenen Vorwürfe ein. Er bestreitet, dem Massenstreik jemals das Wort geredet zu haben. Nur Klarheit sollte der Parteitag in dieser Frage schaffen. Dem Genossen Sassen erwiderte er, daß der Mieterstreik durchaus kein Unfug sei, sondern in anderen Ländern, z. B. Amerika, schon mit Erfolg angewandt wurde. Redner ergänzte dann sein Referat noch dahin, daß in der Frage, ob einen besoldeten Vorstehenden oder nicht, er es für richtig halte, einen besoldeten Vorstehenden zu haben, da dadurch auch einem Arbeiter die Möglichkeit gegeben sei, einmal Vorsitzender der Partei zu werden.

#### Die Mitgliederversammlung des

#### Frankfurter Viertels

nahm den Bericht im Lokal von Woelke, Weberstr. 17, entgegen. Die Referentin Genossin Fahrwald streifte die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages kurz, da ja im „Vorwärts“ sehr eingehend berichtet wurde. Aus den Ausführungen des Genossen Scheidemann hebt die Rednerin speziell die Schaffung einer Organisation für die Jugendlichen hervor. Des weiteren geht Rednerin auf die Schamerungen der Jugendlichen durch die Polizei ein. Pflicht der Eltern und Verwandten ist es, schon

in den Kindern den sozialistischen Geist wachzurufen. In der Deckungsfrage zur Militärvorlage ist Rednerin der Meinung, daß keine Mittel für den Militarismus bewilligt werden dürfen. Jedoch erhielt die Resolution Barm eine Majorität und wurde dadurch die Stellung der Fraktion gebilligt. Seit dem Frühjahr dieses Jahres ist die Massenstreikfrage in Ruf, und wurde dem Parteivorstand zum Vorwurf gemacht, daß er hierzu geschwiegen habe. Es waren dem Parteitag zu diesem Punkte Anträge überziewiesen, selbst solche vom vierten Kreis, welchen die Rednerin nicht zustimmen konnte. Es wäre nicht zu verantworten gewesen, wenn beim Jarenbesuch mit Demonstrationen vorgegangen worden wäre und wenn man das Proletariat vor die Kleinfährigen gelockt hätte. Rednerin erwähnt u. a. noch das vorzügliche Referat des Genossen Timm über die Arbeitslosenfrage, in welchem dem Staat und den Kommunen zur Pflicht gemacht wird, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. In der Raiffeiserfrage erhielt lediglich die Resolution von Jena ein Anhängsel, und bedauert Rednerin die Annahme derselben. In der Diskussion sprachen sich die Genossen Glas und Rybicki scharf gegen die Behandlung der Polen aus. Es dürfte dieser wichtige Punkt nicht am Schlusse des Parteitages behandelt werden. Die deutsche Partei habe die Internationalität mit Füßen getreten. Die deutsche Partei trete im Parlament gegen die Entrechtung der Polen auf und handle außerhalb selbst nicht anders.

Genosse Lehner polemisiert in nicht wiederzugebender Weise gegen den Parteitag und wird während seiner Ausführungen mehrmals unterbrochen.

Die Genossen Köbbel und Seigrit sind im allgemeinen mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und weisen Genosse Köbbel das unerhörte Auftreten des Genossen Lehner zurück, während Genosse Seigrit dem Genossen Rybicki entgegentritt und die Stellung des Parteivorstandes in der Polenfrage verteidigt. In ihrem Schlusswort weist die Genossin Fahrwald die Ausführungen der Genossen Lehner und Rybicki scharf zurück.

#### In der Versammlung für das Petersburger Viertel

in der Niederbräuerer erstattete Genosse Gutekunst den Bericht vom Parteitag. Bewunderungswürdig wäre die Sachlichkeit der Verhandlungen gewesen, hauptsächlich in der Massenstreikfrage. Die Schlussworte des Genossen Scheidemann waren ebenso als das Referat. Im übrigen ist Redner der Ansicht, daß ein Massenstreik nicht nur als Abwehrstreik, sondern auch als Angriffstreik möglich ist, wenn er genügend propagiert worden ist. Eine der größten Leistungen war die Behandlung der Arbeitslosenfrage durch Genossen Timm. In der Behandlung der Steuerfrage sei Redner enttäuscht gewesen, indem die Genossen Barm und Sadekum beide als Referenten aufgetreten sind. Jetzt steht, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. In der Raiffeiser- und Polenfrage habe der Parteitag das richtige getroffen, ebenso im Falle Kadel.

In der nun folgenden Diskussion beklagt sich Genosse Ostrowski über die zu späte Berichterstattung. Der Stillstand innerhalb der Organisation sei erklärlich gegenüber dem Schwinden des Vertrauens zu den Führern. Die Fraktion sei in eine Sackgasse geraten, indem man erst die Militärvorlage erledigte und dann zur Deckungsfrage schritt. So konnte die Fraktion nicht mehr an das Volk appellieren. Daß das Volk ein Wort zu reden hat, beweist die Hinausschiebung der Abstimmung vom Sonnabend auf Montag nach Bekanntwerden des Erfurter Schreckensurteils. Ausföhrlich geht Redner auf die Massenstreikfrage ein. Die Rede des Genossen Bauer bezeichnet er als das traurigste, was bisher geleset wurde. Sie hätte mit mehr Entrüstung zurückgewiesen werden müssen. Der Massenstreik muß kommen, nur müssen wir mehr Willen zeigen. Auf's tiefste bedauert er das Sichgehenlassen der Gewerkschaften. Er habe erwartet, daß bekannte Berliner Delegierte für die Resolution Luxemburg gestimmt hätten. Ferner wendet er sich gegen die Wahl der Parteiangestellten zum Parteivorstand. Hierzu müßten unabhängige Genossen gewählt werden.

Die Genossen Ehlerz, Denisch und Bohls wenden sich gegen die Ausführungen des Genossen Ostrowski zum Massenstreik. Genosse Krause verurteilt ebenfalls die Rede des Genossen Bauer. Im übrigen billigt er die Haltung der Fraktion in der Deckungsfrage.

Genosse Schneider fährt aus, daß unsere Fraktion auf dem besten Wege ist, regierungsfähig zu werden; auch er ist gegen die zwei Referate in der Steuerfrage. Die Arbeitslosenfrage brauchte kein besonderer Punkt der Tagesordnung zu sein.

Genosse Müller ist mit Genossen Geuer der Ansicht, keinen Mann und keinen Großen. Die Auflösung des Reichstags sollte man nicht fürchten. Wieder ehrlich Mandate verloren, als durch Rückhandel gewonnen. Nach Annahme der Würschens Resolution sei es den Labenfern und Mühlentauern ein leichtes, das Budget zu bewilligen. Im übrigen habe der Parteitag Negatives geleistet.

Ein Antrag des Genossen Ostrowski, daß die Berichterstattung vom Parteitag spätestens eine Woche nach demselben zu erfolgen hat, gelangte einstimmig zur Annahme.

#### Fünfter Wahlkreis.

Den Bericht vom Parteitag erstatteten die Delegierten Guhnleisch und Koppenhagen. Der erstere beschäftigte sich u. a. mit der Frage des Massenstreiks und bemerkte, daß beide Delegierte des Kreises für die Resolution des Parteivorstandes gestimmt haben. Die Ausführungen des Genossen Bauer seien zutreffend gewesen, er habe kein Wort zu viel oder zu wenig gesagt. Dagegen habe die Genossin Luxemburg vollständig versagt. Ihre Rede sei nur formell glänzend gewesen. Wenn Genosse Strodel am 17. September im „Vorwärts“ schrieb, die Genossin Luxemburg habe die Massenstreikdebatte erst auf die ihr gebührende Höhe gehoben, so wage ich — sagte der Redner — zu behaupten, daß außer Strodel niemand auf dem Parteitag anwesend war, der das gleiche Gefühl hatte. — Hinsichtlich der Deckungsfrage bemerkte der Redner, daß beide Delegierte des Kreises der Resolution des Parteivorstandes zugestimmt haben.

Koppenhagen sprach über die Arbeitslosenfrage und die Raiffeiser. Zum Fall Kadel vertrat er den Standpunkt: Nachdem Kadel mehrere Jahre Mitglied der deutschen Parteioffiziere war, hätte man ihn nicht auf Grund des früheren Ausschlusses aus einer Bruderpartei aus der deutschen Partei entfernen sollen. — Zur Wahl des Parteivorstandes sagte der Redner: Genosse Brühl hat als Mitglied des Parteivorstandes gegen die Resolution des Parteivorstandes zum Massenstreik gestimmt. Außerdem wurde auch bekannt, daß er in Niederbarnim geküßert hatte: die Führer hätten die Fühlung mit den Massen verloren. Aus diesem Grunde kamen viele Berliner Delegierte zu der Auffassung, daß sie Brühl nicht wiedewählen können. Das haben wir noch vor der Wahl dem Genossen Ernst mitgeteilt, damit in einer Sitzung der Berliner Delegation dazu Stellung genommen werden sollte. Vor der Wahl konnte aber keine Sitzung mehr abgehalten werden. An den vom Parteitag gefassten Beschluß der Delegation hielten wir uns nach dem, was erst auf dem Parteitag bekannt geworden war, nicht mehr gebunden. Warum sollten wir auch. Haben doch die radikalen Führer Stadthagen, Ledebour und Rosenfeld schon früher erklärt, daß Beschlüsse der Delegation für sie nicht bindend sind. Also sind sie auch für uns nicht bindend. Wir begrüssen es mit Freuden, daß Weis vorgeschlagen und gewählt worden ist.

Weis, der als erster Diskussionsredner das Wort nahm, verbreitete sich über die Arbeiten des Parteitages im allgemeinen und vertrat die Haltung der Mehrheit, besonders in den Fragen des Massenstreiks und der Kostenbedeckung der Militärvorlage. Dann kam der Redner auf die Erörterungen zurück, die sich an seine Wahl in den Parteivorstand geknüpft haben. In Niederbarnim ist gesagt worden, ich hätte nicht kandidieren dürfen, weil ich als Mitglied des Berliner Parteivorstandes an den Beschluß gebunden gewesen sei, monach Weingels und Brühl als Kandidaten Berlins bestimmt waren. — Es ist wohl bekannt, daß ich gewohnt bin, mich an die Beschlüsse des Parteivorstandes zu halten und mich nicht leichtfertig darüber hinwegzusetzen. In diesem Falle war ich

nicht als Mitglied des Parteivorstandes, sondern als Abgeordneter eines brandenburgischen Kreises auf dem Parteitag. Seitdem die Organisationen von Berlin und der Provinz Brandenburg gegen den Willen der letzteren voneinander getrennt sind, halten auch die Delegierten der beiden Landmannschaften getrennte Sitzungen ab. Die brandenburgischen Delegierten haben zur Vorstandswahl nicht Stellung genommen. Ich mache dem Genossen Brühl keinen Vorwurf daraus, daß er gegen die Resolution des Parteivorstandes stimmte. Aber es ist doch Sache des Parteitages, wie er ein solches Verhalten bewerten und wen er in den Vorstand wählen will. Jedem Genossen muß doch der Weg in den Vorstand offen stehen. — Man sagt, ich sei als Vertrauensmann der Redner gewählt worden. Da muß ich doch fragen: Wer ist denn radikal? Ich habe aus meiner Ansicht nie ein Hehl gemacht und stets das vertreten, was ich im praktischen Leben gelernt habe. Wenn Stadthagen und Genossen sagen, ich gehöre zum rechten Flügel, so sage ich: Meinungsverschiedenheiten in der Partei sind notwendig und müssen zum Austrag gebracht werden, aber die Geschlossenheit der Partei darf darunter nicht leiden. Das ist auch die Ansicht des allergrößten Teils der Parteigenossen. Wenn das radikal sein soll, daß eine Abspaltung von der Partei propagiert wird, ein Gedanke, den ja Geuer mit dem Hinweis auf die Möglichkeit des Entstehens einer neuen proletarischen Partei berührt hat, dann bin ich nicht radikal. Wenn das radikal sein soll, daß man alles mitmacht, was Arthur Stadthagen und Rosa Luxemburg machen, dann bin ich nicht radikal. Wenn es Mode wird, daß man jeden, der das nicht mitmacht, als im Sumpf liegend bezeichnet, dann will ich gern mit Rautsky und anderen Meistern unserer Theorie im Sumpf stehen. Geislich, wir haben auf der rechten Seite der Partei Leute, die das Programm revidieren wollen. Aber in Jena haben die Revisionisten auf der linken Seite. Die Resolution Luxemburg-Geuer zur Steuerfrage bedeutet eine Revision des Parteiprogramms. — Wenn Stadthagen sagt, er freue sich, daß ich aus der Prekominmission heraustrimme, so kann ich ihm das nachfühlen, denn wir beide haben in der Prekominmission Auseinandersetzungen gehabt, die es mir verständlich machen, daß er seiner Freude so unverbohlen Ausdruck gab. Aber das kann ich dem Genossen Stadthagen sagen: Das ist er mich noch lange nicht. Der Aerger, dem man jetzt Ausdruck gegeben hat, entspringt nicht daraus, daß ich die Kandidatur zum Parteivorstand angenommen habe, sondern daß ich gewählt worden bin. Wäre ich durchgefallen, dann hätten sich viele gefreut und mir meine Kandidatur nicht vorgeworfen. Das ist gewählt worden, daran bin ich unschuldig. Das hat der Parteitag getan. Wenn der in Niederbarnim ausgesprochene Wunsch, mir unbedingt ein auf den Mund zu geben, heut in den Berliner Versammlungen erfüllt werden sollte, dann sage ich: Viel Vergnügen. Das Maulaufreißen ist mein gutes Recht und das gute Recht jedes anderen. — Sein allgemeines Urteil über den Parteitag sagte der Redner dahin zusammen: Der Parteitag hat vor allem Klar gestellt, daß die innere Geschlossenheit der Partei nicht angefaßt werden darf. Dieser Parteitag war einer der besten, die wir gehabt haben.

Wanke billigte die Haltung des Parteitages in der Massenstreikfrage und kritisierte die von Stadthagen in Niederbarnim gegen Weis gemachten Äußerungen.

Robert Schmidt sagte zur Vorstandswahl: Die in Niederbarnim zum Ausdruck gekommene Auffassung entspreche nicht den demokratischen Grundgesetzen. Man solle seine gebundenen Pflichten aufstellen. Jeder einzelne muß das Recht haben, zu wählen wen er will. Kein Beschluß darf ihn in dieser Hinsicht binden. Der Parteivorstand hat gar kein Recht, den Delegierten vorzuschreiben, wen sie wählen sollen, er hat auch nicht das Recht, jemandem Vorschriften darüber zu machen, ob er kandidieren darf. — In längeren Ausführungen ging der Redner auf die Fragen des Massenstreiks und der Steuerpolitik ein. Er billigte die Haltung der Parteimehrheit. Die Haltung der Fraktionsmehrheit zur Deckungsvorlage entspreche dem Standpunkt, den die Partei stets eingenommen und namentlich in der Agitation betont hat: Wenn neue Steuern nicht verhindert werden können, müssen wir bestrebt sein, sie auf die leistungsfähigen Schultern zu legen. — Die Partei steht heute auf einem sehr verantwortungsvollen Posten. Das hat der Parteitag erkannt, und er hat gezeigt, daß er die Kräfte der Partei richtig abzuschätzen weiß, und daß sie — wie Rautsky schrieb — ihre Heerhaufen nicht dahin drängen wird, wo sicheres Verderben ihrer wartet. Achtung vor jeder Ueberzeugung, auch vor der, die uns ungesund hordwärts drängen will. Aber es sollen auch die Genossen berücksichtigt werden, welche glauben, daß mit den Kräften der Partei nicht va banque gespielt werden darf.

Wolmar sprach, daß die Radikalen den Massenstreik auch nur dann wollen, wenn er notwendig ist. Man dürfe ihnen also nicht symbolistische Bezeichnungen vorwerfen, womit nur die Genossen hänge gemacht werden sollen. Weis habe schon seit Jahren beim Bericht vom Parteitag immer gegen Stadthagen gesprochen. Man solle doch nicht in dieser Weise die eigene Person in den Vordergrund drängen. Diese Angelegenheiten interessieren die Genossen doch nicht so wie die allgemeinen Parteifragen.

Friedländer sagte zum Fall Kadel: Wenn nur ein Tüpfelchen von dem wahr ist, was das Schiedsgericht der polnischen Genossen unter Vorsitz von Karsch und Rosa Luxemburg festgestellt hat, dann gehört Kadel nicht in die Partei. In der Angelegenheit Brühl-Weis sagte der Redner: Stadthagen und Brühl spekulieren auf eine gewisse Mißbilligkeit des Genossen Weis in den Reihen der Berliner Parteigenossen. Diese Mißbilligkeit kommt daher, weil Weis in den Generalversammlungen von Groß-Berlin oft Anträge des Parteivorstandes zu begründen hatte, die bei den Parteigenossen heftigen Widerspruch fanden. Weiter führte der Redner aus: Die ganzen Diskussionen des Parteitages haben nicht erkennen lassen, worin die neue offensive Taktik der Partei bestehen soll. In der letzten Sonntagssitzung der „Leipziger Volkszeitung“ empfiehlt Genosse Pannekoek die offensive Taktik; aber auch er sagt nicht, was damit gemeint ist. Wenn damit gemeint sein soll — was anzunehmen ist —, daß uns die russische Taktik empfohlen wird, die auf jeden politischen Prozeß mit einem Streik antwortet, so kann uns diese Taktik nicht zum Erfolg führen.

Dr. Weinberg führte aus, daß er sowohl in der Massenstreikfrage wie in der Deckungsfrage mit der Mehrheit gestimmt haben würde. Die dem Genossen Weis wegen der Vorstandswahl gemachten Vorwürfe billigt der Redner nicht. Die allgemeine Ansicht des Redners über den Parteitag ist die: Der Parteitag habe keinen Anlaß zum Jubel, aber auch keinen Grund zur Verzweiflung. Die Meinungsverschiedenheiten, die in Jena zum Ausdruck kamen, seien weniger auf sachliche Unterschiede als auf Verschiedenheiten des Temperaments zurückzuführen.

Schmittsky sagte: Er nehme es dem Genossen Weis nicht übel, daß er die Wahl in den Vorstand angenommen hat; aber den Berlinern, die für ihn stimmten, mache er den Vorwurf, daß sie den Beschluß der Delegation nicht gehalten haben.

Genossin Kewitz beschäftigte sich hauptsächlich mit einigen in der Diskussion gefallenen Bemerkungen über die „Gleichheit“. Im Gegensatz zu Dr. Weinberg, der den Inhalt der „Gleichheit“ als auch für Durchschnittsarbeitern verständlich bezeichnet hatte, bezieht sich die Rednerin darauf, daß die in der Bearbeitung stehenden Genossinnen die gegenteilige Erfahrung gemacht hätten. Es sei notwendig, daß die Grundfrage, welche die Genossin Petkin auf dem Parteitag über die Redaktionsführung vorgebracht hat, auch ausgeführt werden.

Zucht läßt es nicht für richtig, daß die Delegierten an gewisse, vor dem Parteitag gefasste Beschlüsse gebunden werden. Die Besprechung der Delegierten könne nur eine unverbindliche sein. Aus den Debatten auf dem Parteitag müsse sich jeder sein eigenes Urteil bilden. Wenn sich Brühl jetzt darauf beruft, daß der Parteivorstand schon öfter geteilter Meinung war und die Parteimitglieder auf dem Parteitag gegensätzliche Ansichten vertreten haben, so kann Brühl keinen Fall anführen, wo ein Mitglied des Vorstandes gegen eine Vorstandsresolution gestimmt hat. Wenn Stadthagen sich freut, daß Weis aus der Prekominmission austritt, so soll Stadthagen nicht glauben, daß die Art, wie er früher die „Radik“



rebierte, wo er oft einen großen Teil des Blattes mit dem Ausdruck von Reichstagsreden füllte, jetzt auch im „Vorwärts“ Platz greifen darf. — Die Diskussionen über den Massenstreik erklärt der Redner für müßiges Gerede, woran sich am meisten solche Genossen beteiligen, die nichts davon verstehen.

Robert Schmidt bemerkte noch: Es sei doch nicht daran zu denken, daß jetzt, wo wir 700 000 Arbeitlose haben, ein Massenstreik ins Werk gesetzt werden kann. Immerfort über ein Kampfmittel reden, das man noch nicht anwenden kann, das müsse den Wegnern als Schwäche erscheinen.

Nach einem Schlußwort der Referenten konstatierte der Vorsitzende Friedländer ohne Widerspruch, daß die Versammlung mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitag einverstanden ist.

Hierauf wurde Genosse Pankowski als Kandidat für die Stadtverordnetenwahl im 26. Bezirk einstimmig aufgestellt.

Ein Antrag, der die Einrichtung einer besonderen Sektion des Wahlvereins für Genossen von 18 bis 21 Jahren fordert, wurde nach kurzer Diskussion dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

### Sechster Wahlkreis.

Die Vorschläge zur Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl fanden widerspruchsfreie Zustimmung der Versammlung. Nachdem noch einem Ausschlußantrag gegen Nettig zugestimmt wurde, nahm Stäffler das Wort zu dem Bericht vom Parteitag. Er streifte die einzelnen Verhandlungspunkte, verweilte etwas länger bei der Frage des Massenstreiks, indem er die Zustimmung zur Resolution des Parteivorstandes damit rechtfertigte, daß es notwendig sei, die Gegenkräfte möglichst auszugleichen, um geschlossen den Kampf aufnehmen zu können. Trotzdem brauche man aber nicht mit jedem einzelnen Wort einverstanden zu sein. Vor allem sei es erforderlich, die Idee des Massenstreiks zu propagieren, damit die Kampfkraften mit der Waffe im gegebenen Augenblick vertraut sind.

Die Verhandlung über die Arbeitslosenfrage, so führte der Referent weiter aus, wurde durch die vom einheitlichen Willen des Parteitags getragene Resolution zu einer imposanten Kundgebung.

Bei der Erörterung über die Steuerfrage bedauerte der Redner, daß es der Minderheit in der Fraktion nicht möglich gewesen sei, ihren Standpunkt eingehend darzulegen. Ob aber die Annahme der zu diesem Punkte vorliegenden Resolution von Nutzen sein werde, müsse er bezweifeln. Die Fraktion solle es in Zukunft lieber auf eine Auflösung ankommen lassen. Wenn sich in der Praxis herausstellen sollte, daß die Resolution nicht von Nutzen sei, müsse sie der nächste Parteitag wieder beseitigen. Er wünsche, daß die Massen künftig erst befragt werden, ehe die Fraktion eine Stellung von so weittragender Bedeutung einnehme. Der Referent warf weiterhin einige kurze Streiflichter auf die weiteren Punkte und erörterte dann die Vorgänge bei der Vorstandswahl. Wenn Wels behauptete, Brühl sei nur von einer Minderheit vorgeschlagen, befände er sich im Irrtum; Brühl sei vielmehr ein i n t i m i g vorgeschlagen und Wels hätte sich dem fügen müssen.

In der Debatte wendete sich P f u h l dagegen, daß der Parteitag in der Steuerfrage von der altbewährten Taktik so sehr abgewichen sei. Ein Schritt fehle nur noch bis zur Budgetbewilligung. Wie wir es früher getan haben, sollten wir auch jetzt noch die Steuerbewilligung den Bürgerlichen überlassen. Auch die Behandlung des politischen Massenstreiks verhiere eigentümlich. Es dürfe nicht unüberprüfbar bleiben, was Scheidemann gesagt habe in bezug auf die Genossen, die eine andere Ansicht haben als der Parteivorstand, der anscheinend die Massen einschleifen wolle. Der Parlamentarismus sei ohne die politische Aktion der Massen ohnmächtig. Bezüglich der Vorstandswahl scheine ihm, daß Wels allzu sehr nach der Sonne stehe, und er werde sich die Flügel noch verkreuzen. Brühl sei ein Opfer der Nieder-Darmstädter Resolution geworden, Wels aber habe sich über Beschlüsse unfair hinweggesetzt.

Schubert bedauert, daß die Parteiführer durch das Verhalten gewisser Genossen aus Gewerkschaftskreisen herabgewürdigt sei. Auch das Verhalten Scheidemanns, vor allem auch die Worte Bauers in bezug auf den Massenstreik seien deprimierend.

Seide: Die Richtlinien, die uns der Parteitag gegeben hat, sind kaum als solche anzusehen. Der Verwendungszweck darf auch bei indirekten Steuern nicht außer Betracht bleiben. Zum Massenstreik ist eine Entschliebung angenommen, die vor fast zehn Jahren ähnlich auch angenommen wurde. Wann aber ist endlich der Zeitpunkt zur Anwendung der Waffe gekommen?

Lebedour: Der Unterschied, der mich vom Referenten und von anderen Genossen trennt, ist in bezug auf die praktische Stellungnahme zum Massenstreikfrage, liegt darin, daß ich und einige andere Genossen in der Resolution des Parteivorstandes ein Verlegenheitsprodukt erblicken. Der Parteivorstand hätte am liebsten nicht an die Frage getippt. Wenn aber jemand nur moralisch gezwungen zu einer Frage spricht, kommt in der Regel nichts Vernünftiges heraus. Es haben sicher außer dem Parteivorstand noch andere Instanzen an dem Zustandekommen der Resolution mitgewirkt. Ueberflüssig war, daß Scheidemann Genossen mit anderen Anschauungen persönlich verabschiedete.

Ich habe im Reichstag unter Zustimmung der Fraktion erklärt, daß die Massen zum Massenstreik greifen müßten, wenn sie in Preußen kein gleiches Wahlrecht bekommen. Und jetzt sind wir deshalb Schindlaffen? Nachdem wir den Wahlkampf in Preußen hinter uns hatten und sich zeigte hatte, daß wir eine irgend unserer Größe entsprechende Vertretung nicht bekommen, mußte auf dem Parteitag die Notwendigkeit des Massenstreiks betont werden, und zwar mit aller Energie. Jetzt müßte aber auch der ernste Wille zur Tat bekundet werden! Weiter wollte unsere Resolution nichts. Unsere kolossal angewachsene Partei kommt mit den bisher angewandten Mitteln nicht mehr aus. Die Quantität muß in Qualität umschlagen, wie Engels sagt. Wir werden mit unseren 11 Mandaten weniger denn je sozialdemokratische Forderungen durchsetzen können. Unter den Bürgerlichen Parteien besteht das Bestreben, die Sozialdemokraten allein reden zu lassen, um so die Debatte um Arbeiter zu bringen. Mit plumpem Hoßn soll man es, sogar uns gegenüber in u n s e r e n Reihen die gleiche Taktik zu empfehlen. Wenn die Bürgerlichen und parlamentarisch aussehenden wollen, müssen wir zu Massenaktionen kommen. Es wird sich aber zeigen, daß das, was unsere Resolution will, von selbst und nur zu bald kommt.

In der Steuerfrage erscheint die Lage noch so ungeläutert wie möglich. In der Fraktion besteht der Kardinalfehler in der Einwilligung zur Trennung von Heeres- und Deckungsvorlage. Dadurch wurde unsere Stohkraft gegen erstere geschwächt. Die Schuld an der Flauheit der Masse lag darin, daß es von vornherein hieß, die Annahme der Heeresvorlage sei nicht zu verhindern, und da darf man sich nicht wundern, wenn die Massen sich fragen: weshalb sollen wir uns darüber noch aufregen? Auch die Angst vor einer Reichstagsauflösung, die bei einzelnen bestand, war ein Fehler, war geradezu beschämend und durchaus einer „revolutionären“ Partei unwürdig. Die Resolution, die angenommen ist, entscheidet gar nichts. Stets von neuem wird der Reinigungskampf wieder auszufochten. Mit der Erledigung des Falles Radel kann ich auch nicht einverstanden sein. Ich halte sie für ein schweres Unrecht. Nicht, daß der Fall an sich uns hier interessierte; aber es besteht keine allgemeine Grundfrage über die Frage, was als ehrlos gilt. Deshalb mußte ein deutsches Schiedsgericht eine Interjurisdiction einleiten, zumal das auch die polnische Organisation wünschte. Daß aber einem Gesetz rückwirkende Kraft verliehen wurde, ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit. Diesen Beschluß rückgängig zu machen, ist eine Pflicht der Gerechtigkeit.

Die Wahl des Genossen Wels an Stelle des Genossen Brühl hätte ich gern unerörtert gelassen, weil dadurch ein persönliches Moment hineingetragen wird. Es besteht kein Zweifel, daß Brühl seiner Ueberzeugung wegen aus dem Parteivorstand hinausge-

wählt wurde. Daß Brühl für seine Ueberzeugung eintrat, ohne ein Hehl daraus zu machen, ehrt ihn. Die Tatsache, daß ursprünglich die Frage gestellt wurde, wenn im gegebenen Fall die Berliner fallen lassen wollten, hat zweifellos gewissen Leuten die Möglichkeit gegeben, das Gerücht auszusprengen, die Berliner wollten Brühl gar nicht. Uns, die wir Wels aus der Fraktion kennen, ist er ja als Opportunist bekannt, aber im allgemeinen hält man ihn noch für einen gemäßigten Radikalen, wie er sich selbst, nach seiner Erklärung zu schließen. Dikmann hat sich in einem Schreiben an mich zu dem im „Vorwärts“ aufgestellten Behauptung Wels wie folgt geäußert:

„Wir hatten bei unserer Stellungnahme in Chemnitz keine Beanstandung bezügl. der gefestigten Grundanschauungen bei den Genossen Brühl und Bengels. Uns kam es darauf an, den Genossen aus dem Reich die Möglichkeit zu geben, bei der Komminierung der Kandidaten (Beisitzer im Parteivorstand) ein Wort mitzureden zu können. Deshalb wünschten wir vor der Kandidatenaufrufung eine Aussprache und Verständigung mit den Vertretern der Berliner Genossen, damit die Genossen des Reichs nicht einfach von jeder Mitwirkung ausgeschlossen sind. In diesem Sinne verhandelten verschiedene unserer Parteifreunde, darunter auch Gottschalk-Königsberg und ich, mit Vertretern der Berliner Genossen. Unter letzteren befanden sich die Genossen Ernst, Henschel, Wels.“

Diese Verhandlungen können Genossen Wels nicht den geringsten Anlaß geben, Ausführungen wie oben skizziert zu machen. Das bestätigt mir ebenfalls Genosse Gottschalk-Königsberg in einem Schreiben.

Der Parteitag hat eine aufklärende Wirkung gehabt in der sogenannten Richtungsfrage.

Liebnecht: Ich möchte mich mit wenigen Worten gegen die Lösung der polnischen Frage wenden, wie sie der Parteitag beabsichtigt hat. Die Fraktion, die gefestigt wurde, um ein Zusammenleben der Polen mit der allgemeinen Organisation herbeizuführen, ist zu knapp bemessen. Den Ausführungen Dasjinskis stimme ich zu. Auch ich bedauere den Ausgang des Falles Radel. Der Fall war und sollte in seinen Einzelheiten nicht erörtert werden. Der Parteitag hat aber über das Materielle ein Urteil gefällt, ohne den Fall zu kennen. Besonders die Stigmatisierung Radels durch Müller trug dazu bei, daß einem Beschluß rückwirkende Kraft verliehen wurde. In der Steuerfrage weiche ich von der Anschauung Ledebours ab. Die Erörterung war mit die unerquicklichste des Parteitages. Die theoretische Erörterung wurde völlig von der taktischen erdrückt. Eine einzigartige Erscheinung war die völlige Uebereinstimmung von Referat und Korreferat. Beide, die mehr als vier Stunden ausfüllten, und das Schlußwort hinzugenommen, einschließlich der Debatteredner, gaben somit der Fraktionsmehrheit 7 Stunden Zeit, ihren Standpunkt darzulegen, während die Minderheit inapp zwei Stunden zur Verfügung hatte. Das müßte zu einem Theatererfolg der Mehrheit führen. Ich gehöre zur Minderheit und stehe doch auf dem Boden der Burmeschen Resolution, weil sie durchaus auf gleicher Basis mit der Nürnberger Resolution steht und keineswegs einen Schritt zur Budgetbewilligung bedeutet. Eine Verweigerung der Deckung hätte im vorliegenden Falle nicht die Durchführung der Militärvorlage verhindert. Diese wäre eben, unter Einbruch durchgeführt worden. Wir haben eine Angstmisere wegen der drohenden Reichstagsauflösung durchzumachen gehabt. Die Mandate, die auf schwachen Füßen stehen, sind ein Bleigewicht in allen ernsten Fragen und sind in solchen Augenblicken mehr von Hebel, als sie sonst nützen. In der Frage des Massenstreiks sehe ich vollkommen auf gleichem Boden mit Ledebour. Die Resolution des Parteivorstandes sucht geradezu ihrer ganzen Tonart nach mies zu machen. Das trat insbesondere auch in den Reden hervor. Aber leider erstreckte sich auch das Riesmachen auf die preußische Wahlrechtsfrage, und das ist überaus betrübend. Hängt diese Frage nicht mit der Reichspolitik aufs innigste zusammen? Auch die Frage der Arbeitslosenfürsorge und die der Niederwerfung aller Reaktionen sind eng verknüpft mit der Wahlrechtsfrage. Die Resolution des Parteivorstandes bedeutet eine Diskreditierung der Massenstreikfrage. Wir aber wollen eine Förderung. Die preußische Wahlrechtsfrage ist die Zentralfrage, um die wir alles einzusehen bereit sein müssen. Dazu ist nötig, den Willen zum Massenstreik zu wecken und zu stärken.

Genossin Reichert: Wir hat der Parteitag keinen so ungünstigen Eindruck hinterlassen, wie den Genossen Ledebour und Liebnecht. Rednerin legt ihre Auffassung dar, kommt dann auf die Frauen- sowie Jugendbewegung zu sprechen und fordert zu tätiger Mitarbeit auf diesem Gebiete auf. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Stäffler verteidigt im Schlußwort seine Auffassung gegenüber den Ausführungen Liebnechts und Ledebours. Als der Versammlungsleiter das Einverständnis der Versammlung mit dem Verhalten der Delegierten konstatieren wollte, löste ihm aus einem Teile der Versammlung ein „Ja, na!“ entgegen.

### Renkölln.

Vor wöchentlich gefüllter Versammlung berichtete hier Genosse P ä h e l. Der eigentliche Geschäftsbericht des Parteitages gab wenig Grund zur Debatte, bis auf den politischen Umtrieb. Besonders die Frage des Massenstreiks, des Jubiläumstrummels und der Abmonteneinbuße boten Anlaß zur Diskussion. Hier hätte gezeigt werden müssen, was wir verüben haben. Wäre das aber gelungen, dann hätten eben alle geschlafen. Oder ist es denn kein Beweis intensiver Arbeit, daß wir 111 Reichstags-, 271 Landtags- und 800 Stadtverordnete besitzen. Weiterhin in 3000 Gemeinden zirka 9000 Vertreter und 320 Magistratsmitglieder. Gemäß geht es langsam vorwärts, aber doch stetig. Was sich im Jahresbericht widerspiegelt, ist die nicht zu übersehende Kleinarbeit. Doch will Redner nicht bestreiten, daß, wenn wir mit der Portion Klassenbewußtsein, mit dem die Bourgeoisie kämpft, arbeiten würden, wir bedeutend weiter wären, als wir sind. So hätte uns das Jahr 1912 bei einer beratigen Gärung mehr bringen müssen, als wie gesehen. Daß nur 12 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, ist wohl bedauerlich, erfreulich dagegen ist, daß es meistens Frauen sind, die den Weg zur Partei gefunden haben. Wenn er bedenklich, daß wir zurzeit 92 Tageszeitungen haben, die in 83 eigenen Gesellschaften mit einem Personalbestand von 11 000 hergestellt werden und sogar noch 315 000 R. Uebersehung erzielten, so liegt wirklich kein Anlaß zur Trübsalbläselei und Schwarzscheerei vor. Die momentane Flaubeit wird in dem Augenblick schwinden, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bessern. Zurzeit haben wir 1 1/2 Millionen Abonnenten der Parteipresse, natürlich bei weitem mehr Leser, besonders in den kleinen Industrievierteln. Wir dürfen eben nicht vergessen, daß sich die Konjunktur in absteigender Kurve bewegt.

Eine erfreuliche Tatsache ist der Stand der „Arbeiter-Jugend“, die heute schon 107 000 Exemplare Auflage zählt. Genau so erfreulich ist aber auch der Vorzug, sich mit der 18-21-jährigen Jugend eingehender zu beschäftigen als bisher. Sehr recht habe S o l l - m a n n gehabt, als er auf die notwendige, vorganznehmende Bildungsarbeit in diesen Reihen hinwies, diese ist sehr zu begrüßen.

Viel wird durch die Agrarkommission gewonnen werden. Diese muß das nötige Material sammeln und verarbeiten, um die so ganz anders gearteten ländlichen Verhältnisse zu klären. Auf dem Lande muß man eine sozialdemokratische Schablone beiseite lassen; es heißt hier den Wirkungen (Siedlungspolitik) auf den Grund zu gehen. Verhütet muß werden, daß die kleinen Leute als „der Landwirtschaft ruhigstehende“ vom Bund der Landwirte gefordert werden; denn wir haben für diese Kleinen zu sorgen. Selbstverständlich sind in dieser Kommission alle Richtungen, wohl auch Krüger Schütz, vertreten.

Am Parteihimmel war bis zum Sommer kein Wölkchen zu erblicken. Da kamen der Jubiläumstrummel, der Jarenbesuch und die näheren Ergebnisse der Reichstagswahl. Mit Zug und Recht hat dann Frank in Wilmersdorf die Frage aufgeworfen, was ist nun zu tun? Daß Genossen L u x e m b u r g als Antipode F r a n k s seinen Standpunkt nicht teilen, ist erklärlich. Doch auch

hier liegt die Wahrheit in der Mitte; denn ohne Erörterung können wir bei der heutigen bürgerlichen Parteikonstellation (Dreispartei = Bund der Landwirte, Industriellen und Mittelständler) in den schönsten Massenstreik geraten. Es sollte es die Regierung nur versuchen, die Gewerkschaften anzutasten, oder die Vereinsvermögen zu konfiszieren, oder gar eine Reichstagswahlrechtsveränderung vorzunehmen und wir hätten den Massenstreik. Zu beurteilen war das heftige Aufeinanderlosgehen.

Unter den gegebenen Verhältnissen konnte die Reichstagsfraktion gar nicht anders handeln, als wie sie es getan. Rimmer hätten wir bei einer Reichstagsauflösung draußen den Leuten Harzmachen können, daß wir an der Seite der Konservativen gegen die Verlesung der Bescheidenden stimmten. Neue Gesetzesvorlagen wirken. Würden wir dem Besch über die Massen auf, so wird ihm die Affenliebe zum Militarismus schon vergeben. Bei einer Urabstimmung würde wahrscheinlich der größte Teil der Genossen der Fraktion recht geben. (Lebhafter Widerspruch.)

In gründlicher Erörterung wurde die Frage der Arbeitslosigkeit verhandelt. Die Regierung sowohl als die Kommunen müssen dieser Frage näher treten. Fest scheint zu stehen, daß Groß-Berlin bald eine Arbeitslosenversicherung bekommen muß.

Als der Sturm, der nicht sterben kann, ist die Kaiserzeit zu bezeichnen. Sie ist tot geredet und geschrieen worden und kann doch nicht enden. Durch moralischen Druck wird hinreichend auf die Parteiangestellten eingewirkt werden, so daß sie den Beschluß, betreffs Ablieferung des Tagesdienstes, nachkommen. (Widerspruch.)

Die Quintessenz der Steuerfrage ist, daß wir nicht noch einer Schablone arbeiten können, sondern die Frage entscheiden: „Wie trifft die Steuer nicht die Armen, sondern die Besitzenden?“

Da man Arbeiter duldend ausüßliche, habe er die Gerechtigkeitssache im „Fall Radel“ nicht begreifen können und, wie auch Scholz, für den Ausschluß gestimmt. Das neugewählte Parteivorstandsmittglied Otto Wels war früher nie P ä h e l s Mann; doch habe er ihn später als treuen Kamerad und Draufgänger schämen gelernt. Ueber Brühl will er damit absolut nichts gesagt haben. Zum Schluß wendet er sich gegen die Art der Parteitagskritik der „Vergessenen Arbeiterstimme“, um dann mit der „Neuen Zeit“ zu schließen: Der Parteitag hat gezeigt, daß wir bleiben, was wir waren. (Beifall.)

P o d a m y ist unzufrieden mit dem Polenbeschlusse. Es sei ein großer Fehler, daß über der P. P. S. der Stab gedrohen ist. Wenn man auf der einen Seite die Germanisationspolitik bekämpfe, so dürfe man in den eigenen Reihen solche nicht durch die Auflösung der P. P. S. treiben. Da nur der gutbezahlte Arbeiter sich den „Vorwärts“ leisten kann, müßte er billiger werden, so wie die Provinzialpresse.

Ausschließlich und öfters von lebhaftem Widerspruch begleitet behandelte dann in zirka 1/2 Stunden Genosse J o p e r n i k die Polenangelegenheit. Ueber diese Frage sei P ä h e l zu kurz hinweggegangen. Wer hat dem Parteitag das Recht gegeben, sich über die große geschichtliche Entwicklung des Polentums hinwegzusetzen? Jetzt wird der Fluch der bösen Tat sein, daß ein Kampf unter den Genossen entbrannt wird. So vielleicht bei der Reichstagswahl. (Stürmisches Pöhl.) Unseren Abgeordneten müsse die heuchlerische Maske heruntergerissen werden. (Große Unruhe.)

S t u h r betont, daß er mit der P. P. S. gearbeitet habe. Von beiden Korrednern werde die Sache schieß hingestellt; es seien eben Polen. Nicht die Deutschen, sondern die P. P. S. verweigert. Das können wir auf keinen Fall weiter dulden. In Oberschlesien ist von den Polen kein Biennig dem Pressfonds überwiesen, aber sehr gern deutsches Geld angenommen worden. Bei der Agitation sind es immer die Polen, die gegen die Genossen treiben. In glühender Entrüstung fragt Redner, was die P. P. S. nun eigentlich geleistet habe? Nichts; denn sie seien erst Polen, dann erst Sozialdemokraten. So wählen denn die Polen einen S o f i n s k i und K o r s a n d, aber keinen Sozialdemokraten. Redner geht dann auf das eigentliche Thema ein. Er hält es für unangebracht, daß erst jetzt, drei Wochen nach dem Parteitag, der Bericht gegeben wird. Er glaube wohl, daß S c h e i d e m a n n mehr aus sich herausgehen würde, wenn er könnte, doch muß er den Gesamtvorstand vertreten. Alle Welt brannte darauf, vom Parteitage Richtlinien zu empfangen, darin sei er sehr getäuscht. Besonders Bauers Ausführungen waren nicht am Platze. Er hätte gewünscht, daß keine Resolution angenommen worden wäre, sonst „revolutionäre“ man den Massenstreik genau so zu Tode wie die Kaiserzeit. Wenn gesagt wird, Rosa L u x e m b u r g habe keine Fühlung mit den Massen, so ist das sehr deplaciert. Führer und Massen haben Hand in Hand zu arbeiten. Nicht über das Können an sich ist zu reden, darüber sind wir uns klar, nein, ein jeder hat die Pflicht in sich zu fühlen, mitzumachen, wenn es gilt. (Lebhafter Beifall.)

Radel gibt der Meinung Ausdruck, daß W e b e l nicht so weit nach rechts gegangen wäre, wie der Draufgänger S c h e i d e m a n n. Die um Rosa L u x e m b u r g haben recht mit der Behauptung, uns trenne von den Unorganisierten nur ein Blatt Papier. Partei und Gewerkschaften müssen zusammenarbeiten. Zur richtigen Zeit muß Begeisterung in die Massen getragen werden; denn Unterstützungen dürften wohl schwerlich bei einem politischen Massenstreik gezahlt werden. Klar hat sich die Masse darüber zu sein, daß sie eventuell auch ihr Leben aufs Spiel setzt. Vom praktischen Standpunkt ist der Fraktion recht zu geben. Im übrigen hätte die Polenfrage ruhiger und feiner behandelt werden können.

Ein Vertagungsantrag setzte dem großen Diskussionsbedürfnis ein vorläufiges Ziel.

### Frauen-Leseabende.

Mariendorfer. Freitag, den 10. Oktober, 8 Uhr, bei Genscher, früher Sudrow, Chauffee 27. Vortrag des Genossen Farwig über: „Bürgerliche Jugendpflege und proletarische Jugendbewegung“.

### Witterungsüberblick vom 8. Oktober 1913.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.
Schwetzingen	755	SW	5	10	Saarbrücken	758	SW	2	10
Dresden	752	SW	3	10	Petersburg	755	SW	2	10
Berlin	754	SW	1	11	Schiff	747	SW	4	10
Kranz a. R.	753	SW	1	11	Merseburg	753	SW	2	10
München	754	SW	1	13	Paris	752	SW	2	10
Wien	754	SW	1	13					

Wetterprognose für Donnerstag, den 9. Oktober 1913. Ziemlich mild, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 7. 10.		am 8. 10.		Wasserstand	am 7. 10.		am 8. 10.	
	10	10	10	10		10	10	10	10
Wemel, Luff	161	-1	161	-1	Saale, Großsch	64	+6	64	+6
Bregel, Jüterburg	16	-2	16	-2	Havel, Spanbau	92	-2	92	-2
Bregel, Thörn	244	-4	244	-4	„ Rastensee	0	-2	0	-2
Dber, Ratibor	288	-5	288	-5	Spree, Spremberg	74	+2	74	+2
„ Krossen	151	-3	151	-3	„ Bestow	92	0	92	0
„ Frankfurt	154	+2	154	+2	„ Besez, Ründen	122	-15	122	-15
„ Schlamm	50	-4	50	-4	„ Flinden	154	+6	154	+6
„ Landsberg	23	-1	23	-1	„ Rhein, Raximiliansau	374	-6	374	-6
„ Regie, Boddamm	-11	-1	-11	-1	„ Raud	165	-4	165	-4
„ Elbe, Leitmeritz	-30	-1	-30	-1	„ Rahn	145	-6	145	-6
„ Dresden	-132	-5	-132	-5	„ Reitz, Geilbrunn	49	-11	49	-11
„ Barch	90	+5	90	+5	„ Raitz, Danau	109	-1	109	-1
„ Magdeburg	79	+1	79	+1	„ Rosel, Arter	31	+1	31	+1

\*) + bedeutet Hoch, - Fall. — 7) Unterpegel.



Partei-Angelegenheiten.

Stierter Wahlkreis. In der gestrigen Notiz über die Veran-

Reinickendorf-Ort. Von der Postkutsche zur elektrischen Schnell-

Berliner Nachrichten.

Behördlicher Mißgriff.

Als ein Mißgriff der in Betracht kommenden Behörden stellt sich

Die gesetzliche Bestimmung der „Verhinderung“ zur Aus-

Es scheint ein schärfer behördlicher Mißgriff vorzuliegen, zumal

Nach einer Auskunft der Auskunftsstelle für Auswanderer seien

Von der Gemeinde-Wertzuwachssteuer in Berlin.

Um große Summen handelte es sich bei den Projekten

Der Berliner Magistrat hatte beide auf Grund der Ver-

Beide steuerpflichtigen Veräußerer klagten auf Herab-

Der Bezirksauschuss gab den Klägern recht und ermäßigte

Das Obergericht hob aber als Revisionsinstanz

Proletariatsfind!

In unser Bureau tritt abends ein ganz kleines Mädel, blaß

Durch Stellunglosigkeit zur Schwindlerin geworden.

abgenommen. Die Häufung derartiger Schwindereien in dem

Eifersuchtsattentat.

Eine Eifersuchtsatragödie, bei der ein junges Mädchen von

Selbstmord eines Direktors einer Darlehnskasse.

Wegen großer Verluste der Spar- und Darlehnskasse,

Ein raffinierter Kautionschwindler.

der den Namen der Deutschen Versicherungsgesellschaft „Jduna“ in

Raubanfall auf einer Kontoristin. Gestern früh gegen 8 1/2 Uhr

Ein ungewöhnlicher dreifacher Raubanschlag wurde gestern abend

wurden an, daß er Karl Becker heiße und aus Frankfurt a. M.

Ein Achtzigjähriger. Im dritten Kreise war er lange tätig, der

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Stadtvorordnetenversammlung. Nach wochenlanger Pause fand

Die Gültigkeit der im 2. Wahlbezirk der 2. Wählerabteilung

Der Bericht zur Vorberatung des Ortsstatuts betr. die

Den vorgeschlagenen Abänderungen des Be-

Über die Rechnungslegung der städtischen Spar-

Für den Wahlprüfung referierte Stadtv. Köhe über die ein-

Die Vorlage über Bildung einer Deputation zur Bes-

Darauf nahm die Versammlung die Wahlen für 6 un-

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden auf Freitag

Mariendorf.

Aus der Gemeinderatsversammlung. Zunächst stand eine An-



und sonstige Anlagen auf den betreffenden Plätzen unentgeltlich ausführen zu können. Ebenfalls müsse es möglich sein, Abwässer unter Umständen in vierfacher Verdünnung in den Teufelstollen zu leiten. Auch bei einem event. Ausweichen aus dem Kreise müsse das Interesse der Gemeinde sichergestellt werden. Die Gemeindevertreter Sauer und E. Noack sprachen sich im gleichen Sinne aus; letzterer regte noch an, daß auch eine sich als notwendig herausstellende Verstärkung der Konstruktion der Brücken auf Kosten des Kreises ausgeführt werden müsse. Nachdem noch Genosse Reichardt sich mit den Ausführungen des Gemeindevorsethers einverstanden erklärte, wurde beschlossen, dem Verträge mit den auf Grund der Kommissionsbeschlüsse vom Gemeindevorsteher vorgelegten Änderungen zuzustimmen. — Eine längere heftige Debatte zeitigte der Antrag Gelethin betreffs Genehmigung und Errichtung einer Radrennbahn auf dem für Stollberg-Berntgerodeschen Gelände an der Schöneberger Straße. Wie der Gemeindevorsteher dazu ausführte, hat sich die Baukommission eingehend mit diesem Projekt beschäftigt; es sei vom Haus- und Grundbesitzerverein Südenbe und auch vom Mariendorf ein Schreiben eingegangen, die Genehmigung nicht zu erteilen. Die Kommission habe die angegebenen Gründe geprüft und sei zu dem Entschluß gekommen, dieselben als stichhaltig nicht zu betrachten. Er empfehle deshalb im Auftrage der Kommission, dem Antrage im Prinzip zuzustimmen. Die Gemeindevorsteher Th. Noack, Sauer und Zahn sprachen sich entschieden gegen die Errichtung einer Radrennbahn aus. Letzterer speziell machte auf das Geräusch aufmerksam, das durch das Geschnitz der Motore entsteht; die Mieter in dem Villenterrain Südenbe würden in Massen ihre Wohnungen kündigen, und die Gemeinde würde die besten Steuerzahler verlieren. Der Gemeindevorsteher Schmidt sprach sich für die Errichtung der Rennbahn aus; wenn, wie angeführt werde, das Terrain dadurch entwertet würde, hätte er das größte Interesse daran, dagegen zu stimmen, weil er Grundstücke in nächster Nähe des Terrains besitzt. Genosse Weber ist der Meinung, daß die Gründe der Gegner nicht stichhaltig sind; das Geräusch sei nicht halb so schlimm, als es dargestellt werde. Mit demselben Recht könnte man sich auch gegen das Geräusch der Luftschiffe und Flugapparate, welche in größerer Zahl fast jeden Tag den Ort überfliegen, wenden. Genosse Reichardt wies darauf hin, daß durch eine derartige Anlage der Ort nur gewinnen könne; man müsse damit rechnen, daß Mariendorf dadurch bessere Bahnverbindung an ehesten erzielen könne. Die Gemeinde erhalte auch ganz bedeutende Einnahmen. Redner erinnerte außerdem noch an Städtg. und Friedenau; beide Gemeinden hätten zu einem guten Teil ihre Entwicklung auf die vorher bestandene Radrennbahn zurückzuführen. Gerade in nächster Nähe der Bahnen habe die Bevölkerung zuerst eingezogen. Herr Zahn war durch die Ausführungen unserer Genossen und des Herrn Schmidt sehr aufgeregt; er kündigte, sobald die Majorität für die Genehmigung stimmen würde, einen Krieg an, wie ihn Mariendorf bisher noch nicht erlebt habe; er werde gegen die Errichtung der Radrennbahn kämpfen „bis zum letzten Blutstropfen“. Außerdem machte Redner dem Genossen Reichardt und Herrn Schmidt den Vorwurf, wider besseres Wissen Behauptungen aufgestellt zu haben; wegen dieser Äußerung wurde Herr Zahn vom Gemeindevorsteher zur Ordnung gerufen. Genosse Reichardt sowohl wie Herr Schmidt verneinten sich gegen derartige Unterstellungen und Genosse Weber meinte ironisch, wenn Herr Zahn aus diesem Grunde sein kostbares Blut verstreuen würde, so möchte er am liebsten gegen den Antrag stimmen. Auf Antrag Th. Noack erfolgte hierauf namentliche Abstimmung, um, wie derselbe begründend ausführte, nach Jahren noch in der Lage zu sein, den Herren ihren jetzigen Standpunkt vor Augen zu halten. Für die Genehmigung zur Errichtung einer Radrennbahn stimmten außer unseren vier Genossen noch die Gemeindevorsteher Dillges und Schmidt, sowie der Gemeindevorsteher und der Schöffe Radon; dagegen stimmten die Gemeindevorsteher Ed. Noack, Th. Noack, Treppens, Sauer und Zahn. — Hierauf erfolgte noch eine geheime Sitzung.

**Weissenfee.**

Aus der Gemeindevertretung. Der Vertrag mit dem Fuhrunternehmer, der die Wagenverbindung zwischen Säuglingskranienhaus und Pfarrkirche leistet, wurde auf ein Jahr unter den alten Bedingungen erneuert. Bei dieser Gelegenheit wurde das schlechte Wiedermaterial wie das miserable Aussehen des Wagens bemängelt. Zu Vorstehenden des Gewerbegerichts für das Jahr 1914 wurden der Polizeioberwachtmeister Dr. Altmuth, Syndikus Knothe und an Stelle des Rechtsanwalts Dr. Weinberg der Rationalökonom Dr. Brandt gewählt. Dem Wünsche, die Sitzungen des Gewerbegerichts nicht vor drei Uhr nachmittags beginnen zu lassen, sowie die Verhandlungspunkte zu beschränken, soll nachgekommen werden. Der vor zwei Jahren erfolgte Erlaß einer Polizeiverordnung für das öffentliche Fuhrgewerbe hat dem Regierungs- sowie dem Polizeipräsidenten Anlaß gegeben, einige Änderungen vorzuschlagen, um eine Einheitsheit mit den schon bestehenden Vorschriften zu erzielen. Die Polizeiverordnung umfaßt 89 Paragraphen, sie wird jedoch für den Ort keine Verwendung finden, da eine Konzeptionierung von Droschken und Autos für Weissenfee nicht nachgekauft werden dürfte. — In der geheimen

Sitzung wurde nochmals über die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark beraten, die der zu errichtenden Anstalt für zweite Hypotheken zur Verfügung gestellt werden sollen. Vom Kreisaußschuß wurden Bedenken erhoben, dieses Geld schon jetzt aufzunehmen, bevor die Genehmigung zur Errichtung einer solchen Anstalt von der vorgesetzten Behörde erfolgt sei. Die Gemeinde hat jedoch Gelegenheit, von einem Geldinstitut zu angemessenen Bedingungen diese Million zu erlangen, was aber bei einer Hinauszögerung der Anleihe nicht mehr möglich ist. Durch nochmaligen Beschluß und auf den dringenden Hinweis der Ratslage der Haus- und Grundbesitzer soll der Kreisaußschuß gestimmt gemacht werden. Es wurde bekanntgegeben, daß schon Anträge zur Vergabe zweiter Hypotheken vorliegen, die über 850 000 M. lauten, trotzdem die Genehmigung zur Errichtung der Hypothekenanstalt noch sechs bis acht Wochen dauern kann. Heber die im Orte befindlichen Gastmüllereien und deren Verbreitung übler Gerüche wurde lebhaft Klage geführt; Herr Gemeindevorsteher Schmiebiede verlangte, daß unser „Polizeipräsident“ mal mit eigener Faust dazwischen fahre.

**Kaufwib.**

Eine Änderung der Vaugebührenordnung wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung vorgenommen. In den Vaugebührenordnungen Groß-Verlins ist allgemein der Passus enthalten, daß der Reichs- und Landesfiskus bei Errichtung von Gebäuden nur die Hälfte der Gebühren zu entrichten braucht. Die Aufsicht der Gemeinde erstreckte sich bisher jedoch nur auf die Prüfung der Vaugelüste. Nach einem neuen Erlaß soll für in Zukunft die Veranschlagung der Baupolizei auf die ganze Dauer der Bauten erstrecken. Es wurde deshalb beschlossen, bei Staatsbauten dieselben Kosten wie bei Privatbauten zu erheben. Ob dieser Änderung die Genehmigung erteilt werden wird, steht noch in Frage. In nicht öffentlicher Sitzung wurden drei Gemeindevorsteher in den Vorstand der Kaiser-Wilhelm-Jubiläumstiftung gewählt.

**Nieder-Schönhausen.**

Einen „guten Fang“ machte am Dienstagmittag ein Wächter des hiesigen Saloparks. Schon seit geraumer Zeit wurde von den Angestellten des Parks die Bohrerrechnung gemacht, daß von den Eichen fallende Eichel und Kastanien auf unauffindbare Weise verschwand. Es mußte also Spürhunden geben. Endlich wurde auch die Vermutung bestätigt. Zwei Schülern, deren Weg durch den Park führte, sah man eifrig nach etwas Bestimmtem suchen. Man sah aber auch schon mit eiligen Schritten, jeden Baum als Dedung benutzend, den Wächter der Eichen und Kastanien hinaufsteigen. Sollte er wirklich den Verbrechern auf der Spur sein? Noch ein Schritt, ein Sprung und — auf freier Tat ertrappt hatte er einen bei der Wunde. Und nun mit ihm zur Wache. Wenn das Witznehmen von auf dem Wege liegenden Eichen usw. verboten ist, warum macht man nicht durch einen Hinweis darauf aufmerksam? Als vor einiger Zeit Frauen auf die schamloseste Art belästigt wurden, gelang es nicht, dieses Patrons habhaft zu werden. Eichen suchende Kinder sind indessen schneller und besser zu fassen.

**Kallberge-Rüdersdorf.**

Wie verlautet, wird sich die Rüdersdorfer Dampfschiffahrts-Aktien-Gesellschaft auflösen. Der Grund hierzu liegt in dem geringen Dampferverkehr, der durch die Konkurrenz der Straßenbahn noch ungünstiger geworden ist. Der Vorstand des Aufsichtsrats wird der nächsten Generalversammlung die Liquidation der Aktien-Gesellschaft vorschlagen.

**Potsdam.**

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage des Magistrats, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: 6000 M. zur Verfügung zu stellen. Das Gewerkschaftsrat hatte hierzu eine Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten gerichtet, in Anbetracht der gegenwärtig in Potsdam herrschenden Arbeitslosigkeit Erhebungen über den Umfang derselben anzustellen und vor allen Dingen baldmöglichst Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Der Magistrat hat sich der tatsächlich in Potsdam herrschenden Not nicht verschließen können, es soll deshalb mit Notstandsarbeiten begonnen und hierbei vor allen Dingen Familienkassen berücksichtigt werden. In Aussicht genommen sind vorläufig die Ausbesserungsarbeiten zu den neuen Schulbauten, die Vorarbeiten zu der Waldberolungsstätte usw. Recht sonderbar war der Vorschlag des Stadtverordneten Horstmann, der von dem Stadtverordneten Pauli unterstützt wurde, man möge den ledigen Arbeitslosen das Fahrgeld geben, damit sie sich nach Hoffnungsstäl oder Reppen in die Vobelschwindschen Anstalten begeben können. Eine Kritik an diesem Vorschlag ist wohl nicht erst nötig. — Einen großen Raum der Tagesordnung nahm die Aufnahme einer 10-Millionen-Anleihe ein, welche die im Rathaus sitzenden Hausbesitzer in eine 12-Millionen-Anleihe umwandeln. Diese Anleihe sollte nämlich mit 3 Millionen auch zur Schaffung eines Hypothekenfonds verwendet werden, um mit dieser Summe den Hausbesitzern bei der Aufnahme zweiter Hypotheken unter die Arme zu greifen. Die Summe war den Hausbesitzern jedoch zu gering; bei der Zusammenfassung auf dem Potsdamer Rathaus war es deshalb nicht

schwierig, die Summe für den Hypothekenfonds auf 5 Millionen hinaufzusetzen und damit die Anleihe zu einer 12-Millionen-Anleihe zu machen. — Die Sitzungen für die Landtrankenfasse, deren Errichtung man vor einiger Zeit beschloffen hatte, trotzdem sich das Versicherungsamt, die Allgemeine Ortskrankenkasse und die beteiligten und gebürtigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die Errichtung ausgesprochen hatten, wurden genehmigt. Als Beitrag sollen 4 1/2 Proz. des Lohnes (bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nur 4 Proz.) erhoben werden. Als Krankengeld werden 50 Proz. (bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse 64 Proz.) gewährt. Die Mitglieder der Landtrankenfasse stehen sich in Bezug auf Leistungen und Gegenleistungen bedeutend schlechter wie die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Es wurde ein Ausschuss aus neun und ein Vorstand aus sechs Mitgliedern gewählt. — Die Zufahrten zu dem Palais Barberini, in dem sich jetzt verschiedene Abteilungen des Magistrats befinden, sollen reguliert werden, wozu 7150 M. bewilligt wurden. — Eine Gesellschaft aus Dresden will an verschiedenen Stellen der Straßenbahn Wetter-schutzhäuschen unentgeltlich aufstellen, doch sollen diese Häuschen mit Kleinfachildern von der Gesellschaft aus versehen werden. Die Stadtverordneten sind gegen diese Häuschen und bezürten die Ansicht, daß man selber derartige Schutzhäuschen bauen könne, wenn solche notwendig sind. — Gelegentlich eines Punktes betr. Nachbewilligung für die Friedhofverwaltung aus dem Rechnungsjahr 1912 fragt ein Stadtverordneter an, wie es mit dem Bau des Krematoriums stehe und ob Schwierigkeiten bezüglich der Eingemündung des in Frage kommenden Terrains beständen. Die Frage wurde vom Oberbürgermeister dahin beantwortet, daß das Projekt bis auf Kleinigkeiten genehmigt sei und daß man mit dem Bau nicht früher beginnen könne, bis die Entschädigung für die Eingemündung festgesetzt sei, weil sich sonst die Entschädigungssumme erhöhen werde. Bis zum Jahre 1915 werde voraussichtlich die Eingemündung vollzogen sein.

**Jugendveranstaltungen.**

**Reinick.** Heim I. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn H. Kramig über: „Die Kultur der Urgzeit“. Ein zweiter Vortrag über dasselbe Thema wird am Freitag, den 17. Oktober, gehalten.  
Heim II. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Schulz über: „Welchen Wert hat die Bildung für die arbeitende Jugend?“ Die Heimt befinden sich in der Waldpassage (Heim I.) und Rogalstr. 15 (Heim II.).  
**Charlottenburg.** Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale des Volkshauses ein Vortrag des Genossen Dr. Konrad Schmidt statt über: „Der Herrschaft der Hauptmann. Eintritt für Jugendliche unter 18 Jahren frei.“ Die Jugendlichen und deren Eltern sind freundlich eingeladen.  
**Pantow-Nieder-Schönhausen.** Heute Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr: Jenseitliche Jugendversammlung in Weindorf-West im Lokale von Woblfahrt, Gäßchenstr. 18. Die Pantow-Nieder-Schönhauser Arbeiterjugend wird ersucht, sich recht zahlreich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Abfahrt pünktlich 7 1/2 Uhr Pantow, Nordbahnhof, Fahrgeld 20 Pf. Die erwachsene Arbeiterjugend wird gebeten, die Jugendlichen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.  
**Prin.** Heute abend pünktlich 8 Uhr findet im Heim der erste Vortrag des naturwissenschaftlichen Jufus über: „Die Geschichte der Erde“ statt. Referent: Herr Segener.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — 7 Uhr abends —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.  
**S. D. 5. Adlerhof.** 1. Nach der bisherigen Gesetzgebung nein. 2. Es steht eine Abänderung des Gesetzes in Aussicht. Wird eine solche beschlossen, dann würde Ihre Pater bezugsberechtigt sein. Die Adresse kann nicht angegeben werden, da Sie den Wohnort Ihres Vaters nicht mitgeteilt haben.  
**S. R. 41.** Ein Recht auf Erlangung des Niederschlags nicht Ihnen nicht zu. — **S. 142.** 1. u. 2. Nein. — **W. R. 221.** Falls es sich um einen eingeschriebenen Brief handelt, legen Sie den Briefkasten bei der Steuerbehörde vor, andernfalls läßt sich nichts tun. — **R. 2. II.** Nach Ihrer Darstellung haben Sie die preussische Staatszugehörigkeit. Um diese nachweisen zu können, beantragen Sie beim Polizeipräsidenten die Erteilung eines Nachweises. — **S. S. 3. Ia.** Durch Bericht auf die Erfolgsfolge würden Sie befreit werden. 1b. Am geschicktesten beim Notar und zwar bevor Sie nach dem Tode des Vaters vererben sind. 1c. Ja. Ueber die Nachlassobjekte dürfen Sie, abgesehen von der Verteilung der Vererbungsgegenstände, nicht verfügen. 2. u. 4. Ja. 3. Ja, sofern das Objekt 100 M. übersteigt.  
**S. R. 100.** Ja, legen Sie eine Kritik. Falls diese erfolglos verbleibt, können Sie beim Amtsgericht Klage erheben. — **S. P. 150.** Ja.

**Marktpreise von Berlin am 7. Oktober 1913.** nach Ermittlungen des 1. Polizeipräsidenten. Reis (ungez.) gute Sorte 00,00—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Mais (runder), gute Sorte 00,00—00,00, Mischsort 4,80. Fein 6,00—8,00.  
**Getreidepreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 36,00—70,00. Kartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Stule 1,70—2,40. Rindfleisch, Saubfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,40. Mais 1,40—2,80. Haber 1,30—3,20. Gerste 1,20—3,00. Weizen 0,80—2,40. Schale 1,60—3,20. Reis 0,80—1,80. 60 Stück Weizen 1,00—4,00.

# Leipzig 1913

## Internationale Baufach-Ausstellung mit Sonder-Ausstellungen

# Welt-Ausstellung

## für Bauen und Wohnen

Mai bis Ende Oktober

Am Fuße des Völkerschlachtendenkmals erbaut auf einer Fläche von 400 000 qm. Besondere Sehenswürdigkeiten: Leipzig um 1800 — Dörfchen mit anschließender landwirtschaftlicher Sonderausstellung — Gartenvorstadt Marienbrunn — 50 000 qm großer Erholungspark — Täglich große Künstler- und Militär-Konzerte — Abends Festbeleuchtung der Ausstellungsbauten und Leuchtspingbrunnen. An Elitotagen — in der Regel Montags — Große Festillumination.

**Bis heute rund 3 1/2 Million Besucher.**

Die deutsche und ausländische Presse hat schon während der Vorarbeiten der Ausstellung das größte Interesse entgegengebracht. Nach der Erfüllung haben die bedeutendsten Publizisten sie einer eingehenden Kritik gewürdigt. Wir zitieren folgende Zeitungsstimmen:

... diese Ausstellung, über deren feierliche Eröffnung wir berichteten, bietet unendlich viel mehr als trockenen Fachkram, der die Allgemeinheit wenig interessieren könnte; sie gibt eine völlige Ausschöpfung des Begriffes Baufach und verfolgt ihn in seinen Ausstrahlungen bis in fast alle anderen Kulturgebiete. *Tägl. Rundschau*

Leipzig hat den Beweis geliefert, daß es auf dem Gebiete des Weltausstellungswesens mit jeder europäischen Großstadt in die Schranken treten kann ... und weiter ... Eins aber steht fest: Die IBA wird in der Geschichte des modernen Ausstellungswesens als eine Musterleistung gebührend gefeiert werden, und die Besucher, die aus allen Gegenden der Welt nach der alten Pleißestadt zu pilgern beginnen, werden die Reise nicht zu bereuen haben ... *Kölnische Zeitung*

Es mag ausdrücklich nochmals hervorgehoben sein, daß die Internationale Baufach-Ausstellung, zwar aus der Praxis für die Praxis geboren, doch eine reiche Fülle anschaulicher Unterweisung und belehrende Aufklärung umfaßt, die auch für die Allgemeinheit von größter Bedeutung ist ... *Neue Preussische Kreuzzeitung*

Die Leipziger Weltausstellung für Bau- und Wohnwesen ist das stolze Dokument unserer wieder wahrgewordenen, fest gegründeten, großzügigen, ehrlichen und phantasiereichen neuen Baukultur ... *Frankfurter Zeitung*

Gerade diese Vielseitigkeit darf als ein besonderer Vorzug der IBA bezeichnet werden. Nicht für den Fachmann und nicht für den einzelnen ist sie bestimmt, sondern für jeden, der nicht verständnislos dahinleibt, sondern der seine nächste Umwelt begreifen möchte, um sie zu verschönern ... *Kölnische Zeitung*

Ein künstlerischer Geist hat in der Anlage des Ganzen gewaltet. Eine ungeheure Fülle des menschlichen Wissens, Schaffens und Strebens ist dort angesammelt worden, an dem sich viele Tausende in den nächsten Monaten erfreuen und von dem aus reiche Anregung und Belehrung ausgehen werden ... *Schlesische Zeitung, Breslau*

... das große Werk ... Eine Kühnheit, die gerade wir Berliner besonders würdigen und preisen müssen, da wir sie bisher nicht bewiesen haben, und wie es scheint, in absehbarer Zeit nicht beweisen werden ... Es verdient die Bezeichnung durch seinen Umfang, durch die Art, wie es mit der Entwicklung der Stadt in Beziehung gesetzt ist, durch die Planung der Gesamtanlage und durch die technisch einwandfreie Ausführung bis in die letzte Ecke. Es steht in allen diesen Dingen weit über den sogenannten Weltausstellungen, die Städte von gleichem Rang im Ausland veranstaltet haben, und zeigt, wie fruchtbar die Ideen der modernen deutschen Bewegung schon geworden sind ... *Berliner Tageblatt*

Also eine nationale Ausstellung und erfreulicherweise zum guten Teil als nationales Unternehmen ist die Leipziger Schau zu werten, denn dem Ruf der Leipziger haben viele andere Städte, haben vor allem Staaten wie Preußen, Sachsen und Bayern Folge geleistet ... So kann die ganze Ausstellung, trotz aller erhobenen Einwände, klärend und kulturfördernd wirken, und muß deshalb als ein Dokument und Monument deutscher Kultur und deutschen Geistes dankbar begrüßt werden. Auf dem, was hier als Leistungen unserer Zeit vorgeführt wird, soll sich dereinst wieder eine wahrhaft künstlerische Kultur erheben. Möge dem so sein. *Hannoverscher Courier*

Allem Anschein nach wird die heute eröffnete Internationale Baufach-Ausstellung in nichts hinter der Hygiene-Ausstellung in Dresden zurückbleiben, um so mehr, da ja das Bauwesen im allerengsten Zusammenhang mit der menschlichen Kultur steht und fast in alle Zweige des menschlichen Lebens eingreift, so daß auch der Laie des Interessanten und Belehrenden so viel findet, daß er gern der Ausstellungs- und Feststadt Leipzig einen Besuch abstatten wird ... *Die Post, Berlin*

Wenn die Internationale Baufach-Ausstellung vor den Toren Leipzigs auf den Grundlagen und Erfahrungen der Dresdener Hygiene-Ausstellung aufgebaut ist, so ist das ein eindrucksvoller Beweis für die Abkehr von der wachsenden Planlosigkeit der Weltausstellungen der letzten Jahre. Vor allem wird auch der Besucher in der glücklichen Lage sein, bereichert und belehrt von ihr nach Hause zu gehen ... *Dresdener Anzeiger*

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Reinick. Für den Druck: Druck u. Verlag: Vorwärts. Buchdrucker: u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.